Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Aufstellung

Gesamtabschluss 2013
Kreis Gütersloh

NKF

Service Finanzen

Herausgeber: Kreis Gütersloh
Der Landrat
Service Finanzen

Ansprechpartner: Jürgen Dewner
05241 - 85 1076

André Rahe
05241 - 85 1070

Concunia
Kompetenz, die bewegt.

KREIS GÜTERSLOH

B e r i c h t
über die
Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2013

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Inhaltsverzeichnis

		Seite
A.	Erstellungsauftrag	1
B.	Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung	3
C.	Erläuterungen zum Gesamtabschluss	6
	I. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung	6
	II. Konsolidierungskreis	6
	III. Gesamtabschluss	7
	IV. Gesamtlagebericht	8
	V. Beteiligungsbericht	8
D.	Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers über die Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen	9

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Anlagen

I Gesamtabschluss mit Lagebericht

1. Gesamtergebnisrechnung 2013

2. Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2013

3. Gesamtanhang zum 31. Dezember 2013
   Anlage 1: Verbindlichkeitenspiegel
   Anlage 2: Kapitalflussrechnung nach DRS 2

4. Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2013

5. Beteiligungsbericht des Kreises Gütersloh 2012/2013

II Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

A. Erstellungsauftrag

Der Landrat des Kreises Gütersloh beauftragte uns mit der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2013 des

Kreises Gütersloh,

im Folgenden auch Kreis oder Konzern genannt.

Der Landrat unterzeichnete den Erstellungsauftrag am 3. November 2015.

Gemäß § 116 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat der Kreis in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung einen Gesamtabschluss aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang. Er ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Weiterhin ist der Beteiligungsbericht dem Gesamtabschluss beizufügen.

Der Konzern enthält folgende Einzelabschlüsse:

- Kreis Gütersloh („Mutterunternehmen“),
- wertkreis Gütersloh gGmbH,
- Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG,
- Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH sowie
- Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Erstellung erstatten wir den vorliegenden Bericht. Bei der Erstellung wurden zugleich Plausibilitätsbeurteilungen durch uns vorgenommen. Der vorliegende Erstellungsbericht richtet sich an den Kreis Gütersloh.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts, eines Beteiligungsberichts sowie die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten waren nicht Gegenstand dieses Auftrags. Jedoch wurde der Gesamtlagebericht von uns einer Plausibilitätsbeurteilung unterzogen. Der Beteiligungsbericht wurde im Rahmen der Erstellungsarbeiten von uns ausgewertet.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7).

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 3. November 2015 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002, die als Anlage beigefügt sind.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

Gegenstand der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Im Rahmen unseres Auftrags haben wir den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 unter Beachtung der für die kommunale Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der sonstigen gemeinderechtlichen Bestimmungen erstellt. Die Anwendung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Erstellung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Gesamtabschluss ergeben.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts, eines Beteiligungsberichts und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Ersteller gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Daten den Gesamtabschluss zu erstellen.

Neben der Erstellungstätigkeit haben wir die dem Gesamtabschluss zu Grunde liegenden Konsolidierungsbuchungen und die vorgelegten Unterlagen auf ihre Plausibilität hin beurteilt und uns einen Überblick über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem bezüglich des Gesamtabschlusses verschafft.

Art und Umfang der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde aus den uns vorgelegten Unterlagen und den erteilten Auskünften des Kreises abgeleitet. Der Lagebericht wurde durch die gesetzlichen Vertreter des Kreises erstellt.

Für die Bereiche wertkreis Gütersloh gGmbH, Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG sowie Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH haben wir Anpassungen hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis vorgenommen, um einen NKF-konformen Abschluss zu erstellen.

Die Jahresabschlüsse wurden anschließend in ein EDV-System eingespielt. Weiterhin erfolgten eine Fortführung der aufgedeckten stillen Reserven sowie die Durchführung der Konsolidierungsbuchungen.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Bei der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2013 haben wir auftragsgemäß Plausibilitätsbeurteilungen der Konsolidierungsbuchungen vorgenommen. Darüber hinausgehende Prüfungshandlungen wurden nicht vorgenommen.

Die Beurteilung der Plausibilität der dem Gesamtabschluss zu Grunde liegenden Unterlagen erfolgte durch:

- Auswertung der in den Gesamtabschluss einbezogenen Einzelabschlüsse,
- Befragung nach den angewandten Verfahren zur Erfassung, Verarbeitung und Abstimmung von zu konsolidierenden Geschäftsvorfällen im Rechnungswesen,
- Befragung zu allen wesentlichen Abschlussaussagen,
- analytische Beurteilungen der einzelnen Abschlussaussagen,
- Abgleichung des Gesamteindrucks des Gesamtabschlusses mit den im Verlauf der Erstellung erlangten Informationen und
- stichprobenartige Überprüfung der vom Kreis zu Teilbereichen zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Vorliegend wurden der Einzelabschluss des Kreises Gütersloh durch die örtliche Revision geprüft, der Jahresabschluss der GEG wurde durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wortmann und Partner & Co. KG, Rheda-Wiedenbrück, geprüft, die wertkreis Gütersloh gGmbH wird von der CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, und die Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG sowie die Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH werden durch die Scheurer und Partner GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Lippstadt, geprüft. Die Jahresabschlüsse der GEG und der wertkreis Gütersloh gGmbH wurden mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nach § 101 GO NRW bzw. § 106 GO NRW und § 322 HGB a. F. versehen. Die Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG sowie die Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH sind nicht prüfungspflichtig. Im Rahmen der Erstellung des Gesamtabschlusses haben wir uns von der Richtigkeit der Jahresabschlüsse überzeugt.

Die Erstellung hat sich unter anderem schwerpunktmäßig mit den folgenden Themen beschäftigt:

- Überleitung der Einzelabschlüsse in einen NKF-Summenabschluss,
- Ertrags- und Aufwandskonsolidierung,
- Schuldenkonsolidierung sowie
- IT-technische Umsetzung.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Wir haben die Erstellung mit zeitlichen Unterbrechungen in den Monaten April bis Juli 2016 in unserem Hause erledigt. Art und Umfang unserer Gesamtabschlusserstellung, die entsprechend der Stellungnahme IDW S 7 durchgeführt wurde, haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Die erbetenen Auskünfte und Nachweise sind uns von den gesetzlichen Vertretern des Kreises und den uns benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Darüber hinaus haben uns der Landrat und der Kreiskämmerer des Kreises in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass zur Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2013 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse, Abgrenzungen und Konsolidierungssachverhalte berücksichtigt sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Insbesondere wurde uns bestätigt, dass besondere Umstände, die die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nachhaltig verschlechtern könnten, nicht bestehen. Zudem wurde uns versichert, dass Gesetzesverstöße, die Bedeutung für den Inhalt des Gesamtabschlusses oder für die Entwicklung des Kreises haben können, nicht bestanden.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

C. Erläuterungen zum Gesamtabschluss

I. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 116 GO NRW sowie den §§ 49 bis 51 Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) von uns erstellt.

Der Gesamtabschluss basiert auskunftsgemäß auf den nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüssen aller einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zum Abschlussstichtag des Kreises Gütersloh (Konsolidierungskreis). Daran anschließend wurden die Jahresabschlüsse der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche zusammengefasst und um konzerninterne Leistungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bereinigt (Konsolidierung).

Für alle in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden bei der Erstellung des Gesamtabschlusses einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften beachtet.

Der Gesamtabschluss sowie der Gesamtlagebericht und Beteiligungsbericht sind nach den Rechnungslegungsvorschriften der GemHVO NRW und des Handelsgesetzbuches (HGB) i. d. F. vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2002, unter Beachtung der Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) erstellt und gegliedert worden.

II. Konsolidierungskreis

Einbezogene verselbstständigte Aufgabenbereiche

In den Gesamtabschluss ist der Kreis Gütersloh als „Mutterunternehmen“ einbezogen. Darüber hinaus werden in den Gesamtabschluss folgende verselbstständigte Aufgabenbereiche im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen, da das Mutterunternehmen Aufgaben in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Organisationsform ausgegliedert hat:

- Kreis Gütersloh („Mutterunternehmen“),
- wertkreis Gütersloh gGmbH,
- Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG,
- Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH und
- Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Weiterhin wurden folgende verselbstständigte Aufgabenbereiche im Wege der Equity-Methode in den Gesamtabschluss einbezogen:

- ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH und
- KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH.

Die übrigen verselbstständigten Aufgabenbereiche werden nicht einbezogen. An dieser Stelle verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

III. Gesamtabschluss

Wir haben den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche sowie den ergänzenden Unterlagen zu den Anpassungs- und Konsolidierungsmaßnahmen erstellt.

Der Gesamtabschluss, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang, zum 31. Dezember 2013 ist gemäß §§ 49 bis 51 GemHVO NRW i. V. m. §§ 300, 301, 303 bis 305 und §§ 307 bis 309 HGB a. F. aufgestellt und entspricht nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften.

Der Gesamtanhang und die beigefügte Gesamtkapitalflussrechnung wurden von uns nach allen gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben und Aufgliederungen erstellt.

Die Gesamtkapitalflussrechnung ist unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) aufzustellen. Bei der Berechnung des Finanzmittelfonds werden die Ein- und Auszahlungen aus den Vorräten sowie den erhaltenen Anzahlungen unter dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit gezeigt. In der Finanzrechnung nach GemHVO NRW werden diese Zahlungen hingegen unter dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens und der Sonderposten im Haushaltsjahr zahlungswirksam waren.

Die Aufstellung des Gesamtabschlusses erfolgt EDV-gestützt. Die Konsolidierungsvorgänge sind ordnungsgemäß nachgewiesen und protokolliert.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

IV. Gesamtlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter haben den Gesamtlagebericht entsprechend den Vorschriften des § 51 GemHVO NRW erstellt. Die Angaben erwecken nach im Rahmen unserer Erstellung erlangten Erkenntnissen keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage.

V. Beteiligungsbericht

Der von den gesetzlichen Vertretern erstellte Beteiligungsbericht wurde von uns, ohne weitere Beurteilungen durchzuführen, dem Gesamtabschluss beigefügt. Hinsichtlich der Bestimmung des Konsolidierungskreises haben wir den Beteiligungsbericht ausgewertet.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

D. Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers über die Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

An den Kreis Gütersloh:

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Gesamtabschluss – bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang – des Kreises Gütersloh für den Stichtag zum 31. Dezember 2013 unter Beachtung der gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die von uns geprüften Einzelabschlüsse, die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Weiterhin haben wir den Gesamtlagebericht hinsichtlich Plausibilität und Übereinstimmung mit dem Gesamtabschluss durchgesehen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards „Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7)“ durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, an deren Zustandekommen wir nicht mitgewirkt haben, haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Weiterhin haben wir den Gesamtlagebericht hinsichtlich Plausibilität und Übereinstimmung mit dem Gesamtabschluss durchgesehen. Hierbei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Unterlagen und des auf dieser Grundlage erstellten Gesamtabschlusses bzw. Ordnungsmäßigkeit des Lageberichts sprechen.

Münster, am 13. Juli 2016

Concunia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Jürgens
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Anlagen

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

NKF

Gesamtabschluss 2013

1. Gesamtergebnisrechnung
2. Gesamtbilanz
3. Gesamtanhang
4. Gesamtlagebericht
5. Beteiligungsbericht

1. Gesamtergebnisrechnung

Kreis Gütersloh

Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Gesamtergebnisrechnung des Haushaltsjahres	Ergebnis des Vorjahres
	€	€
1. Steuern und ähnliche Abgaben	5.799.081,38	5.140.432,52
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	260.759.079,39	256.771.129,20
3. Sonstige Transfererträge	7.400.835,92	6.739.711,41
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.761.984,12	32.741.662,61
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	68.257.844,75	65.678.107,66
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.381.095,19	86.363.269,27
7. Sonstige ordentliche Erträge	11.353.646,71	13.059.398,80
8. Aktivierte Eigenleistungen	3.993,00	506,58
9. Bestandsveränderungen	631.978,12	19.941,70
10. Ordentliche Gesamterträge	490.349.538,58	466.514.159,75
11. Personalaufwendungen	98.851.555,61	99.531.895,35
12. Versorgungsaufwendungen	6.461.489,32	5.236.744,01
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.763.076,80	40.596.953,77
14. Bilanzielle Abschreibungen	12.984.363,73	12.867.086,55
15. Transferaufwendungen	293.853.124,90	276.401.007,01
16. Sonstige ordentliche Gesamtaufwendungen	30.639.759,01	33.832.270,37
17. Ordentliche Aufwendungen	484.553.369,37	468.465.957,06
18. Ordentliches Gesamtergebnis	5.796.169,21	- 1.951.797,31
19. Finanzerträge	729.180,34	969.528,02
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.244.426,92	2.272.755,21
21. Gesamtfinanzergebnis	- 1.515.246,58	- 1.303.227,19
22. Außerordentliche Gesamterträge	39.790,50	21.038,89
23. Außerordentliche Gesamtaufwendungen	62.724,48	9.002,31
24. Außerordentliches Gesamtergebnis	- 22.933,98	12.036,58
25. Gesamtjahresergebnis	4.257.988,65	- 3.242.987,92
26. anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	0,00	0,00
27. Zuführungen/Entnahme Gewinnrücklage	- 241.884,30	- 104.585,40
28. Gesamtbilanzergebnis	4.499.872,95	- 3.138.402,52

Gesamtbilanz
Kreis Gütersloh
zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.216.332,22	1.061.160,65
II. Sachanlagen			
1. unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.081.462,70		4.085.143,67
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	157.524.008,94		160.731.396,02
3. Infrastrukturvermögen			
3.1. Grund- und Boden des Infrastrukturvermögens	16.026.205,87		15.408.853,95
3.2. Brücken und Tunnel	8.913.597,37		9.011.224,39
3.3. Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	102.559.971,60		103.719.556,94
3.4. sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	6.897.835,96		3.813.326,27
	134.397.610,80		131.952.961,55
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	22.899.004,61		22.814.200,61
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	92.329,31		85.080,31
6. Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	6.194.097,12		6.431.487,10
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.146.239,13		7.939.066,87
8. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.176.813,78		3.256.392,02
		337.511.566,39	337.295.728,15
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	198.933,96		198.933,96
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	7.320.197,77		7.055.886,02
3. übrige Beteiligungen	10.384.921,42		10.397.556,06
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	3.917.284,63		3.299.953,57
5. Ausleihungen	14.301.201,10		9.143.566,10
		36.122.538,88	30.095.895,71
		374.850.437,49	**368.452.784,51**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		1.862.499,92	1.579.814,56
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen	22.526.011,23		21.728.178,30
2. Sonstige Vermögensgegenstände	12.019.325,80		11.952.134,63
		34.545.337,03	33.680.312,93
III. Liquide Mittel		37.592.362,93	38.616.691,74
		74.000.199,88	**73.876.819,23**
C. Aktive Rechnungabgrenzung		**34.006.440,21**	**33.147.791,58**
		482.857.077,58	**475.477.395,32**

PASSIVA

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	31.231.235,55		28.103.308,05
II. Sonderrücklagen	1.000.000,00		1.000.000,00
III. Ausgleichsrücklage	6.968.332,02		8.847.115,86
IV. Ergebnisvortrag	492.758,30		824.338,91
V. Gesamtbilanzgewinn/-verlust	4.499.872,95		-3.138.402,52
VI. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	7.994.381,34		8.056.672,24
		52.186.580,16	**43.693.032,54**
B. Sonderposten			
I. Sonderposten für Zuwendungen	150.304.113,73		151.614.521,95
II. Sonderposten für Beiträge	0,00		0,00
III. Sonderposten für den Gebührenausgleich	2.230.220,77		1.794.216,45
IV. sonstige Sonderposten	5.773.097,42		5.500.259,40
		158.307.431,92	**158.908.997,80**
C. Rückstellungen			
I. Pensionsrückstellungen	127.560.775,00		123.306.998,36
II. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	13.959.755,00		12.829.245,00
III. Instandhaltungsrückstellungen	1.310.288,40		686.092,36
IV. Steuerrückstellungen	0,00		0,00
V. sonstige Rückstellungen	15.096.938,60		22.563.818,92
		157.927.757,00	**159.386.154,64**
D. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	71.931.409,41		69.999.776,40
II. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditssicherung	0,00		2.949,47
III. Verbindlichkeiten aus Vorgängen die der Kreditaufnahme gleichkommen	108.122,00		370.775,57
IV. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.902.440,37		3.988.846,25
V. Sonstige Verbindlichkeiten	11.407.749,27		11.095.392,47
		87.349.721,05	**85.457.740,16**
E. Passive Rechnungsabgrenzung		**27.085.587,45**	**28.031.470,18**
		482.857.077,58	**475.477.395,32**

3. Gesamtanhang

3.1. Allgemeines

Der Kreis Gütersloh hat zum 1. Januar 2008 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde ein Gesamtabschluss nach den §§ 49 ff. GemHVO NRW aufgestellt. Dieser besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz sowie dem Gesamtanhang (§ 51 Abs. 2 GemHVO NRW) einschließlich einer Kapitalflussrechnung (§ 51 Abs. 3 GemHVO NRW) und einem Verbindlichkeitenspiegel (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 47 GemHVO NRW). Hinsichtlich der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung wurden die VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW (Anlage 27 und 28) beachtet. Die Zuordnung der Jahresabschlusspositionen zum Gesamtabschluss erfolgte gemäß Anlage 26 des VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW. Hinsichtlich des Verbindlichkeitenspiegels wurden Anlage 25 sowie § 49 Abs. 3 i. V. m. § 47 GemHVO NRW beachtet.

Neben den relevanten Vorschriften der KrO NRW, der GO NRW sowie der GemHVO NRW wurden die Regelungen des HGB in ihrer Fassung vom 10. Mai 1897 (RGBl. S.1055), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2009 (BGBl. S.1102), beachtet.

3.2. Angaben zum Konsolidierungskreis

Der Kreis Gütersloh ist an folgenden verselbstständigten Aufgabenbereichen beteiligt und hat diese wie folgt im Gesamtabschluss berücksichtigt:

Beteiligung	**U=unmittelbar** **M=mittelbar**	**Anteil Kreis**	**Beteiligungsbuchwert zum 31.12.2013**
Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG	U	100,00 %	3.097.000,00 €
Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH	U	100,00 %	25.000,00 €
Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen im Kreis Gütersloh GmbH	U	100,00 %	1.773.069,65 €
Wertkreis Gütersloh gGmbH	U	74,00 %	14.175.000,00 €
Pro Wirtschaft GT GmbH	U	51,00 %	73.932,96 €
PA-Böckstiegel-Stiftung	U	*	5.938.390,92 €

RWE AG	U	0,00 %	44.287,10 €
Zweckverband Infokom AöR	U	21,9 %	466.458,86 €
Zweckverband Studieninstitut Westfalen-Lippe	U	10,59 %	541.679,00 €
Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe	U	20,00 %	527.353,00 €
Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald	U	4,5 %	2.402,98 €
Zweckverbandssparkasse „Sparkasse Gütersloh“	U	*	1,00 €
Zweckverbandssparkasse „Kreissparkasse Wiedenbrück“	U	*	1,00 €
Zweckverbandssparkasse „Kreissparkasse Halle“	U	*	1,00 €
Kommunales Haus und Wohnen GmbH	U	37,67 %	5.873.418,93 €
Flughafen Gütersloh GmbH	U	20,00 %	4.851,67 €
Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	U	25,00 %	96.278,76 €
Flughafen Paderborn – Lippstadt GmbH	U	7,84 %	2.351.225,60 €
OstWestfalenLippe Marketing GmbH	U	7,14 %	30.119,23 €
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH	U	0,42 %	4.633,30 €
Wege durch das Land gGmbH	U	7,14 %	2.000,00 €

Kreiswohnstättengenossenschaft Halle Westfalen eG	U	10,23 %	266.240,00 €
Kiebitzhof gGmbH	M über wert-kreis	100,00 %	25.000,00 €
Flussbett GmbH	M über wert-kreis	100,00 %	100.000,00 €
Wolkenlos gGmbH	M über wert-kreis	50,00 %	1,00 €
Wiepeldoorn mobil GmbH	M über wert-kreis	100,00 %	1,00 €
ECOWEST GmbH	M über GEG	49,00 %	122.500,00 €
BIOWEST GmbH	M über GEG und über ECOWEST	36,70 %	293.608,00 €

* Bei den Sparkassenzweckverbänden und der Stiftung sind keine prozentualen Anteile an dem Unternehmen zu be stimmen.

Zweck der Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist die Festlegung der Betriebe, die zusammen mit der Kernverwaltung selbst den „Konzern Kreis“ bilden und deren Beziehungen untereinander eliminiert werden müssen.

Ein Betrieb wird vollkonsolidiert, wenn entweder die tatsächliche Ausübung der einheitlichen Leitung im Sinne des § 50 Abs. 2 Satz 1 GemHVO NRW oder ein beherrschender Einfluss gemäß § 50 Abs. 2 Satz 2 vorliegt.

Ein beherrschender Einfluss liegt vor, wenn:

- die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft zusteht,
- das Recht zusteht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen, und der Kreis gleichzeitig Gesellschafter ist sowie
- das Recht zusteht, einen beherrschenden Einfluss auf Grund eines Unternehmensvertrages oder auf Grund einer Satzungsbestimmung auszuüben.

Die At-Equity-Methode gem. § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB zielt darauf ab, die Beteiligung am einbezogenen Betrieb mit dem Betrag auszuweisen,

der dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des Betriebes entspricht. Gemäß der gesetzlichen Definition des § 311 HGB ist ein typisches assoziiertes Unternehmen dadurch gekennzeichnet, dass ein in den Gesamtabschluss einbezogenes Unternehmen auf dieses Unternehmen einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn dem Kreis ein Stimmrechtsanteil von mindestens 20 % zusteht.

Die Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG, die Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH, der Wertkreis Gütersloh GmbH sowie die Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen im Kreis Gütersloh GmbH sind im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss 2013 einbezogen.

Die Kommunales Haus und Wohnen GmbH und die ECOWEST GmbH werden mit der At-Equity Methode im Gesamtabschluss berücksichtigt.

Die Pro Wirtschaft GT GmbH, die Kiebitzhof gGmbH, die Flussbett GmbH, die Wolkenlos gGmbH, die Wiepeldoorn mobil GmbH und der Zweckverband Infokom AöR, der Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe, die Flughafen Gütersloh GmbH, die Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG sowie die BIOWEST GmbH wären nach dieser Vorschrift grundsätzlich ebenfalls einzubeziehen. Da sowohl die Bilanzsumme als auch die ordentlichen Erträge weniger als 3 % der entsprechenden Beträge der Gesamtbilanz bzw. der Gesamtergebnisrechnung ausmachen, waren auf Grund von untergeordneter Bedeutung nach § 116 Abs. 3 GO NRW die Voraussetzungen für eine Vollkonsolidierung als auch für eine Bilanzierung nach der Equity-Methode nicht gegeben.

Nach dem nordrhein-westfälischen Sparkassengesetz sind die Sparkasse Gütersloh, die Kreissparkasse Wiedenbrück sowie die Kreissparkasse Halle nicht im kommunalen Einzelabschluss und demzufolge auch nicht im Gesamtabschluss zu berücksichtigen. Bei allen übrigen Beteiligungen besteht weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss, sodass die Bewertung im Gesamtabschluss zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips erfolgt.

Eine schematische Übersicht über sämtliche Beteiligungen des Kreises Gütersloh sowie gesonderte Angaben zu den nicht in den Gesamtabschluss einbezogenen kommunalen Beteiligungen sind dem Beteiligungsbericht zu entnehmen, welcher dem Gesamtabschluss beigefügt ist.

3.3. Gesamtabschlussstichtag

Der Gesamtabschluss wurde zum Ende des Haushaltsjahres der „Kernverwaltung“ des Kreises Gütersloh, d. h. zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013, aufgestellt. Alle einbezogenen Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden ebenfalls auf den Bilanzstichtag der Gemeinde aufgestellt.

3.4. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

3.4.1. Kapitalkonsolidierung

Aus dem Einheitsgrundsatz folgt, dass keine Anteile des Kreises an voll zu konsolidierenden, verselbstständigten Aufgabenbereichen im Gesamtabschluss ausgewiesen werden dürfen. Somit sind die Buchwerte der Beteiligungen mit den korrespondierenden Posten des Eigenkapitals aufzurechnen (Kapitalkonsolidierung). Diese erfolgt grundsätzlich nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 HGB.

Der Kreis Gütersloh hat in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 die GEG mbH, das Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG sowie die Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH zulässigerweise mit der Eigenkapitalspiegelbildmethode im Rahmen des § 55 Abs. 6 GemHVO NRW bewertet und auf eine Neubewertung der verselbstständigten Aufgabenbereiche verzichtet. Für die erstmalige Kapitalkonsolidierung wurde gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 2 HGB auf den Zeitpunkt des (fiktiven) Erwerbs, dem Stichtag der kommunalen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008, abgestellt, sodass für die verselbstständigten Aufgabenbereiche im Rahmen der Kapitalkonsolidierung weder stille Reserven gehoben wurden noch hieraus ein Unterschiedsbetrag entstanden ist.

Für die wertkreis gGmbH wurde in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 1. Januar 2008 das Substanzwertverfahren nach § 55 Abs. 6 GemHVO NRW zur Bestimmung des Beteiligungsbuchwertes verwandt. Dies führt zu einem Unterschiedsbetrag in der Kapitalkonsolidierung. Dieser Unterschiedsbetrag ist bis zur Höhe der stillen Reserven oder stillen Lasten auf die Vermögens- und Schuldenwerte zu verteilen. Er wurde zum Stichtag 1. Januar 2008 aufgedeckt. Um den tatsächlichen Wert des Vermögens zum Bilanzstichtag wiederzugeben, werden die stillen Reserven mit ihrer durchschnittlichen Restnutzungsdauer linear abgeschrieben.

Aus der Bewertung der Eröffnungsbilanz des Kreises gehen stille Lasten für den Ansatz von mittelbaren Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 10.528 hervor, die einem handelsrechtlichen Wahlrecht unterliegen. Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der Zusatzversorgungskasse im sogenannten Umlageverfahren (Abschnittsdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für zukünftige Versorgungslasten. Im NKF und so auch im Jahresabschluss des Kreises Gütersloh werden diese Rückstellungen auf Grund der fehlenden konkreten Verpflichtung und nach Meinung der Handreichung grundsätzlich nicht angesetzt. Der in der Handelsbilanz ausgewiesene Sonderposten von T€ 5.073 wurde je hälftig dem Eigenkapital sowie dem Fremdkapital zugerechnet.

Ein sich hieraus ergebender passivischer Unterschiedsbetrag von T€ 5.907 ist zum fiktiven Erwerbszeitpunkt, dem Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz des Kreises Gütersloh, ergebnis-

wirksam aufgelöst worden, da mit der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 bereits feststand, dass es sich bei der Kapitalmehrung um einen realisierten Gewinn handelt (sog. lucky buy).

Gewinne oder Verluste der verselbstständigten Aufgabenbereiche nach dem kommunalen Eröffnungsbilanzstichtag stellen grundsätzlich Veränderungen des Gesamteigenkapitals dar.

3.4.2. Schuldenkonsolidierung

Gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten der einbezogenen Aufgabenbereiche wurden miteinander nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 303 HGB verrechnet. Aufrechnungsdifferenzen wurden erfolgswirksam eliminiert, sofern sie das Gesamtergebnis beeinflusst haben. Alle übrigen wurden erfolgsneutral mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

3.4.3. Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie Zwischengewinneliminierung

Gegenseitige Aufwendungen und Erträge wurden nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 305 HGB eliminiert. Auf eine Umgliederung der bei der Aufwands- und Ertragskonsolidierung verbliebenen Aufwendungen aus Umsatzsteuer wurde auf Grund untergeordneter Bedeutung verzichtet.

Wesentliche Sachverhalte, die die Notwendigkeit einer Zwischenergebniseliminierung nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 304 HGB begründet hätten, haben sich nicht ergeben.

3.5. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden / Erläuterungen zu Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung

Das Wesen der Einheitstheorie besteht darin, dass sie den „Konzern Kreis“ trotz rechtlicher Selbstständigkeit der einzelnen verselbstständigten Aufgabenbereiche als wirtschaftliche Einheit betrachtet. Entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Gesamtrechnungslegung sind daher gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW für den Gesamtabschluss grundsätzlich die gemeinderechtlichen Vorschriften für Bilanzierung und Bewertung anzuwenden. Ansatz, Ausweis und Bewertung aus den Einzelabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden daher an die Vorschriften der GemHVO NRW angepasst, wobei von zulässigen Vereinfachungsregelungen Gebrauch gemacht wurde.

Im Folgenden werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, ebenso wie relevante Erläuterungen zu der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung, getrennt nach Bilanzpositionen dargestellt:

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bilanziert und, soweit sie einer Abnutzung unterliegen, gemäß § 35 GemHVO NRW entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Gegenstände des Sachanlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Herstellungskosten werden im handelsrechtlichen Mindestumfang aktiviert.

Grundsätzlich werden nach § 35 Abs. 1 GemHVO NRW Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen erfolgen gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO NRW grundsätzlich auf der Grundlage der Tabelle über die ortsüblichen Gesamtnutzungsdauern des Kreises Gütersloh, die sich an der Rahmentabelle des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert. Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden hingegen nur im Bereich der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude und bei gleicher Art und Funktion überprüft. Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nicht von wesentlicher Bedeutung wären und eventuell abweichende Beträge betriebsspezifisch sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungs- oder Herstellungswert bis zu € 410,00 ohne Umsatzsteuer werden nach den Regelungen des § 35 Abs. 2 GemHVO NRW im Jahr des Zugangs komplett abgeschrieben. Zudem wird ein Anlagenabgang unterstellt. Poolabschreibungen aus den Jahresabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden unverändert übernommen.

Außerplanmäßige Abschreibungen sind nach § 35 Abs. 5 GemHVO NRW vorzunehmen, wenn sich eine voraussichtlich dauernde Wertminderung eines Vermögensgegenstandes ergibt.

Im Bereich des Finanzanlagevermögens werden die Anschaffungskosten der Beteiligungen und Ausleihungen sowie die Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert. Das Niederstwertprinzip wurde berücksichtigt.

Im Bereich des Umlaufvermögens wurde auf Grund untergeordneter Bedeutung keine Anpassung von Herstellungskosten aus den Einzelabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche für den Gesamtabschluss vorgenommen.

Vorräte werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Sofern der niedrigere beizulegende Wert geringer war, wurden Abschreibungen auf diesen vorgenommen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert bilanziert. Den Ausfallrisiken wird durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Zusammenfassung von Forderungsarten und Ausleihungen wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen.

Beim Eigenkapital werden unter der Position Allgemeine Rücklage unter anderem die Ergebnisvorträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche seit dem fiktiven Erwerb zum

1. Januar 2008 ausgewiesen. Eine Besonderheit stellt die unter der Position Sonderrücklage bestehende Zustiftung des Kreises Gütersloh zur Peter-August-Böckstiegel-Stiftung aus dem Jahre 2008 in Höhe von Mio. € 1 dar.

Als Gesamtbilanzgewinn des „Konzerns Kreis Gütersloh“ wird ein Betrag von € 4.499.872,95 ausgewiesen.

Sonderposten für Zuwendungen im Bereich des kommunalen Einzelabschlusses wurden – soweit möglich – einem konkreten Vermögensgegenstand zugeordnet und entsprechend dessen Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Zuwendungen, die noch keinem Vermögensgegenstand zugeordnet werden konnten, werden als sonstige Verbindlichkeiten passiviert.

Sonderposten für den Gebührenausgleich werden gebildet, wenn eine kostenrechnende Einrichtung einen Gebührenüberschuss erwirtschaftet. Für den Rettungsdienst werden zum 31. Dezember 2013 Kostenüberdeckungen in Höhe von € 2.165.980,42 ausgewiesen. Aus der Gebührenkalkulation für Fleischbeschau ergibt sich eine verbleibende Kostenüberdeckung aus den Vorjahren in Höhe von € 64.240,35.

Bei den sonstigen Sonderposten ist in erster Linie der Wert des in die Peter-August-Böckstiegel-Stiftung eingebrachten Nachlasses in Höhe von rd. Mio. € 4,9 passiviert.

Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen nach beamtenrechtlichen Vorschriften wurden in der Bilanz unter dem Posten Pensionsrückstellungen zusammengefasst. Die Höhe der Pensionsrückstellung wurde auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, ermittelt. Die Rückstellung enthält neben den künftigen Versorgungsleistungen des „Konzerns Kreis Gütersloh“ auch die Ansprüche auf Beihilfe. Die Bewertung erfolgte mit dem in § 36 Abs. 1 GemHVO NRW vorgesehenen Rechnungszinsfuß von 5 % unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Die Rückstellungen für Deponien und Altlasten für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Deponie	Nachsorge-ende	Errichtungs-kosten (netto)	Nachsorge-maßnahmen	Gesamtrück-stellung	Gebildete Rückstellung
Halle Künsebeck I	2045	106.687 €	2.067.785 €	2.174.472 €	1.037.094 €
Halle Künsebeck II	2045	6.942.899 €	4.035.485 €	10.978.384 €	9.100.420 €
Westerwiehe I	2041	89.595 €	1.438.280 €	1.527.875 €	909.944 €
Westerwiehe II	2041	56.033 €	1.232.273 €	1.288.306 €	760.201 €
Borgholzhausen I	2062	922.523 €	1.156.030 €	2.078.553 €	1.261.431 €
Borgholzhausen II	2062	492.717 €	397.948 €	890.665 €	890.665 €

Bewertungsgrundlage für die Rückstellungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die inzwischen verfüllten Deponien Halle-Künsebeck, Westerwiehe I, Westerwiehe II und der noch in Betrieb befindlichen Boden- und Bauschuttdeponie Borgholzhausen ist ein durch die IWA Ingenieursgesellschaft für Wasser- und Abfallwirtschaft erstelltes Gutachten.

Langfristige Rückstellungen werden im Vergleich zu den Pensionsrückstellungen nicht ab- oder aufgezinst. Die Rückstellung für Deponien und Altlasten wurde im Rahmen der Gesamtabschlusserstellung angepasst.

Für die Deponie Borgholzhausen I sind sowohl die Errichtungskosten als auch die Nachsorgemaßnahmen in der Rückstellung enthalten. Auch für die Deponie Borgholzhausen II sind diese Kosten anteilig nach dem Verfüllstand der Rückstellung zugeführt.

Die Rückstellungen für Deponien in Halle-Künsebeck und in Westerwiehe berücksichtigen die Errichtungskosten. Um die Müllgebühren in künftigen Jahren zu stabilisieren und weitere Preiserhöhungen zu dämpfen, wurden zum Teil auch Kosten der laufenden Nachsorge zusätzlich zurückgestellt.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen werden gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO NRW gebildet, wenn die Nachholung der Instandhaltung konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Die sonstigen Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages angesetzt. Langfristige Rückstellungen beinhalten entgegen der handelsrechtlichen Rechnungslegung grundsätzlich keine Preissteigerungen oder Trendantizipationen und werden im Vergleich zu den Pensionsrückstellungen nicht ab- oder aufgezinst. Auf die Anpassung einzelner Rückstellungen der wertkreis gGmbH wurde auf Grund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragsgesamtlage verzichtet.

Alle Verbindlichkeiten sind zum jeweiligen Erfüllungsbetrag bilanziert. Die Zusammenfassung von Verbindlichkeiten wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen. Entgegen dem Muster des Innenministeriums zur Gesamtbilanz erfolgt der Ausweis der erhaltenen Anzahlungen analog zum Jahresabschluss des Kreises Gütersloh weiterhin unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

Der Stand und die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten zum 31.12.2013 sind dem Gesamtverbindlichkeitenspiegel, der als Anlage 1 dem Anhang beigefügt ist, zu entnehmen.

Aufwendungen und Erträge wurden grundsätzlich zum Realisationszeitpunkt nach § 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB und unter Beachtung des Verrechnungsverbotes nach § 38 Abs. 1 GemHVO NRW im Gesamtabschluss erfasst. Abweichend hiervon wurden gemäß § 11 Abs. 2 Satz 2 GemHVO NRW Erträge und Aufwendungen zum Zeitpunkt ihrer Verbescheidung festgesetzt.

Die Behandlung von Aufrechnungsdifferenzen ist im Handelsrecht nicht ausdrücklich geregelt. Aufrechnungsdifferenzen wurden daher in der Regel über die allgemeine Rücklage korrigiert.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Aus Vereinfachungsgründen werden bei der Berechnung des Finanzmittelfonds die Ein- und Auszahlungen aus den Grundstücksvorräten sowie den erhaltenen Anzahlungen unter dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit gezeigt. In der Finanzrechnung nach GemHVO werden diese Zahlungen hingegen unter dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens und der Sonderposten im Haushaltsjahr zahlungswirksam waren.

Die Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) ist dem Anhang als Anlage 2 beigefügt.

Bestehende Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Dauerschuldverhältnisse zu diversen Lieferanten der Sparte zur Entsorgung von Abfällen. Unter Berücksichtigung der angenommenen Mengen ergeben sich hieraus jährliche Zahlungsverpflichtungen von rund 9,3 Mio. € (Vorjahr: 9,3 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag bestehen Patronatserklärungen zu Gläubigern von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, zugunsten dieser Unternehmen (T€ 3.522).

Daneben hat der Kreis Gütersloh im Rahmen eines PPP-Projektes eine Förderschule errichten lassen. Dafür zahlt der Kreis Gütersloh über einen Zeitraum von über 20 Jahren Finanzierungskosten (6,5 Mio €).

Gütersloh, den 13. Juli 2016

Aufgestellt:	**Bestätigt:**
Ingo Kleinebekel	Sven-Georg Adenauer
Kreiskämmerer	Landrat

Verbindlichkeitenspiegel
(Stichtag: 31.12.2013)

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2013 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2012 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**71.931.409,41**	**1.624.764,05**	**8.186.125,38**	**62.120.519,98**	**69.999.776,40**
wertkreis	11.811.405,90	592.154,24	2.368.471,12	8.850.780,54	
Kreis	44.998.250,62	199.159,29	1.835.446,33	42.963.645,00	
GEG	2.383.558,00	177.000,00	801.558,00	1.405.000,00	
Altenzentrum Wiepeldoorn HKG	12.738.194,89	656.450,52	3.180.649,93	8.901.094,44	
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**2.949,47**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	**108.122,00**	**108.122,00**	**0,00**	**0,00**	**370.775,57**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**3.902.440,37**	**3.902.440,37**	**0,00**	**0,00**	**3.988.846,25**
6. Sonstige Verbindlichkeiten	**11.407.749,27**	**10.740.230,79**	**250.691,56**	**416.826,92**	**11.095.392,47**
7. Summer aller Verbindlichkeiten	**87.349.721,05**	**16.375.557,21**	**8.436.816,94**	**62.537.346,90**	**85.457.740,16**

Nachrichtlich:			
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten			
Kreissportbund Gütersloh GmbH sowie Verein zur Förderung spastisch Gelähmter u.a. Körperbehinderter e.V. für den Kreis Gütersloh in Rheda-Wiedenbrück	Ausfallbürgschaft des Kreises zum Erwerb der Mitgliedschaft bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (zkw)	Die Höhe der Verpflichtung, die der Kreis zu leisten hätte, kann erst bei Ausscheiden des Mitgliedes aus der zkw festgestellt werden.	
BIOWEST GmbH	Bürgschaft	2.537.977,06	2.661.603,46
Forfaitierung PPP-Projekt Rietberg	Bürgschaft	6.253.990,49	6.474.610,22
Flussbett GmbH	Bürgschaft	701.750,00	740.750,00
Flughafen Paderborn Lippstadt GmbH	Bürgschaft	393.960,00	417.480,00
Mensaverein P.-A.-Böckstiegel GmbH	Bürgschaft	26.812,17	42.272,16
Wolkenlos gGmbH	Bürgschaft	320.000,00	320.000,00
Kiebitzhof gGmbH	Bürgschaft	160.000,00	160.000,00

Anlage I 3.2

Gesamtkapitalflussrechnung 2013 nach DRS 2 (Mindestgliederung)

			Ergebnis Geschäftsjahr €	Ergebnis Vorjahr €
1.		Ordentliches Gesamtergebnis	4.280.922,63	-3.255.024,50
2.	+/–	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	12.571.131,78	12.436.782,87
3.	+/–	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.323.656,64	9.901.986,62
4.	–/+	Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-531.170,76	-4.991.242,60
5.	–/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-30.579,72	-85.247,03
6.	–/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.006.358,09	-9.938.609,21
7.	+/–	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 982.585,38	10.262.592,37
8.	+/–	Ein- und Auszahlungen aus außerordentliche Posten	-22.933,98	12.036,58
9.	=	**Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**	11.954.769,84	14.343.275,10
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	580.867,80	189.752,05
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-13.267.665,38	-15.427.058,09
12.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	181,00	0,00
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermöge	-490.769,51	-320.252,07
14.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.154.999,64	1.861.827,05
15.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.915.818,56	-8.018.254,41
16.	+	Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	4.028.162,98	3.794.096,60
17.	=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	-14.910.042,03	-17.919.888,87
18.	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)krediten	8.856.517,84	13.466.834,29
19.	-	Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-6.925.574,46	-7.819.806,40
20.	=	**Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit**	1.930.943,38	5.647.027,89
21.		**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	-1.024.328,81	2.070.414,12
22.	+/-	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	38.616.691,74	36.546.277,62
23.	=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	37.592.362,93	38.616.691,74

4. Gesamtlagebericht

des Kreises Gütersloh

zum 31.12.2013

Inhaltsverzeichnis:

1. **Vorbemerkungen**

2. **Darlegung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage**

   2.1 Vermögenslage
   2.2 Schuldenlage
   2.3 Ertragslage
   2.4 Finanzlage

3. **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Anlage:

Angaben zu den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes und der Kreistagsmitglieder

1. Vorbemerkungen

Gem. § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist der Gesamtabschluss um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Gesamtlagebericht (vgl. § 51 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW)) wird auf Grundlage der Lageberichte der Einzelabschlüsse erstellt und muss mit dem Gesamtabschluss im Einklang stehen.

Der Bericht hat das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises Gütersloh einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche zu erläutern. Zu diesem Zweck sind die wesentlichen Entwicklungen im Konzern Kreis Gütersloh im Haushaltsjahr 2013 zu erläutern und zu analysieren. Ferner gilt es, ein umfassendes Bild von der Gesamtlage zu zeichnen.

Da das Bild des Gesamtabschlusses weiterhin im Wesentlichen durch die Zahlen des Einzelabschlusses der Muttergesellschaft „Kreis Gütersloh“ geprägt ist, wird die nachfolgende Darstellung in erster Linie auf wesentliche, für die Konzernbetrachtung relevante Aspekte eingehen.

Zur Vervollständigung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Konzerns Kreis Gütersloh kommt der Einschätzung der Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung eine besondere Bedeutung zu.

2. Darlegung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

2.1 Vermögenslage

Die Gesamtbilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 482,9 Mio. €. Die Struktur der Gesamtbilanz 2013 ähnelt der Struktur des Einzelabschlusses beim Kreis Gütersloh und kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Bilanzkategorie	Wert in T €	Wert in %
Anlagevermögen	**374.850**	**77,7**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.216	0,3
Sachanlagen	337.512	69,9
Finanzanlagen	36.122	7,5
Umlaufvermögen	**74.000**	**15,3**
Vorräte, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.863	0,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.545	7,1
Liquide Mittel	37.592	7,8
Aktive RAP	**34.007**	**7,0**
Bilanzsumme Aktiva	**482.857**	**100,00**

Für die Aktivseite der Gesamtbilanz heißt das, die Vermögenslage des „Konzerns“ Kreis Gütersloh wird ganz wesentlich von einer hohen Anlagenintensität mit rd. 77,7 % geprägt. Innerhalb des Anlagevermögens haben die Sachanlagen die höchste Bedeutung. Mit 69,9 % oder 337,5 Mio. € nimmt dieser Bilanzbereich die dominierende Rolle auf der Aktivseite ein. Bei den Sachanlagen ragen die Wertansätze für die bebauten Grundstücke (157,5 Mio. € mit im Wesentlichen den Schulen und Verwaltungsgebäuden) und für das Infrastrukturvermögen (134,4 Mio. €, Straßen- und Radwegenetz) deutlich heraus. Eine hohe Anlagenintensität erschwert grundsätzlich die Anpassung an veränderte, neue Rahmenbedingungen, auf die der Konzern ggf. zu reagieren hat. Andererseits ist die Aufgabenstruktur öffentlich-rechtlicher Gebietskörperschaften grundsätzlich auf Dauer angelegt, so dass die hohe Anlagenintensität, die wesentlich durch das Infrastrukturvermögen (u. a. Straßen- und Radwege) bestimmt wird, nicht überkritisch zu betrachten ist. Dies gilt nicht nur für den Kreis Gütersloh mit seinem Einzelabschluss, sondern auch für den Konzern Kreis Gütersloh mit den konsolidierten Aufgabenbereichen Abfallwirtschaft und den sozialorientierten Geschäftsfeldern des Wertkreises. Der hohen Anlagenintensität steht auch ein ausreichender Anlagendeckungsgrad mit rund 108,5 % auf der Passivseite der Bilanz gegenüber, so dass das Anlagevermögen auch langfristig finanziert (Eigenkapital + Sonderposten + Pensionsrückstellungen + langfristiges Fremdkapital) wird. Nichts desto trotz ist diese Situation insbesondere vor dem Hintergrund von gesetzgeberisch hervorgerufenen Aufgabenveränderungen (z.B. schulische Inklusion) oder einer veränderten Aufgabenwahrnehmung auf gemeindlicher Ebene (z.B. im Schulbereich mit Schulgründungen in „Konkurrenz“ zur Schullandschaft des Kreises) aufmerksam zu beobachten, um auf die mit der Anlagenintensität verbundene Fixkostenbindung (Abschreibungen, Zinsaufwand) rechtzeitig und angemessen reagieren zu können.

Das Sachanlagevermögen unterteilt sich nach Durchführung der Konsolidierung wie folgt:

Sachanlagevermögen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	280.843	83,2	282.805	-1.962
GEG	7.846	2,3	6.320	+1.526
Wertkreis	29.618	8,8	29.440	+178
AZW HKG	19.205	5,7	18.731	+474
AZW Verw. GmbH	0	0,0	0	0
Gesamtwert:	**337.512**	**100,0**	**337.296**	**+216**

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus den vorgenommenen Abschreibungen und den Zugängen im Haushaltsjahr 2013. Der Zugang im Einzelabschluss der GEG resultiert aus der Errichtung zweier Photovoltaik-Anlagen am Standort Rietberg-Westerwiehe. Mit rund 1,5 Mio. € pro Anlage wurden diese über einen Zeitraum von zwei Jahren als Anlagen im Bau erfasst und in 2013 in der Bilanzkategorie technische Anlagen und Maschinen aktiviert.

Die Bilanzposition der Finanzanlagen verzeichnet nach den umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen einen Wertansatz von 36,1 Mio. €.

Die nachfolgende Unterteilung zeigt die einzelnen Spartenergebnisse:

Finanzanlagen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	30.266	83,8	24.241	+6.025
GEG	5.610	0,7	5.610	0
Wertkreis	246	15,5	245	+1
AZW HKG	0	0	0	0
AZW Verw. GmbH	0	0	0	0
Gesamtwert:	**36.122**	**100,0**	**30.096**	**+6.026**

Die Wertveränderung ist in erster Linie auf die Einzahlung des Kreises Gütersloh in den Versorgungsfonds der KVW (5,8 Mio. €) zurückzuführen.
Die Wertanpassung der Kommunales Haus und Wohnen GmbH im Rahmen der At-Equity-Methode macht einen weiteren Zuwachs von rund 247 T € aus.
Die Auflösung der Jobcenter GT aktiv führt zu einem Abgang bei den Finanzanlagen von rund 13 T €.

Die Finanzanlagen oder Beteiligungen des Kreises haben alle, wie im Beteiligungsbericht näher ausgeführt, infrastrukturelle bzw. standortorientierte Zielsetzungen. Zudem spielen hier sozial- oder gesellschaftspolitisch ausgerichtete Perspektiven eine Rolle. Vor diesem Hintergrund liegen die Chancen aus den Beteiligungen des Kreises vor allem in der weiteren Förderung des mit der jeweiligen Beteiligung verbundenen öffentlichen Zwecks und dem damit korrespondierenden Nutzen für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kreises. Die mit den Beteiligungen verbundenen Risiken liegen grundsätzlich in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sowie in der für jedes Beteiligungsunternehmen spezifischen Markt- bzw. Umfeld Entwicklung, die ggf. dazu führen, dass ein Beteiligungsunternehmen möglicherweise vorübergehend oder dauerhaft defizitär arbeitet und der Kreis als Gesellschafter dieses Unternehmens insofern (weitere) öffentliche Mittel zur Fortführung bzw. Stützung des Gesellschaftszwecks bereitstellen muss, wie die geführte Diskussion im Zusammenhang mit dem Flughafen Paderborn/Lippstadt gezeigt hat. Grundsätzlich ist insofern der öffentliche Zweck eines Beteiligungsunternehmens regelmäßig zu überprüfen und darüber hinaus abzuwägen, ob die ggf. vom Kreis Gütersloh zu leistenden Mittel an ein Unternehmen, die erforderlich werden, um dessen Marktposition zu halten, angemessen sind

im Vergleich zu dem erzielten öffentlichen Zweck/Nutzen, der mit der Beteiligung des Kreises an dem Unternehmen für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kreises erzielt wird.

Der Forderungsbestand der Gesamtbilanz liegt bei 34,5 Mio. €, davon entfallen 12,0 Mio. € auf den Bereich der sonstigen Vermögensgegenstände (beim Kreis Gütersloh zum Beispiel die Forderungen aus dem Verkauf der Marburgflächen).

Die Liquidität des „Konzerns“ Kreis Gütersloh war zum Gesamtbilanzstichtag gesichert und weist einen Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von 37,6 Mio. € auf. Dabei entfielen auf die Sparte Wertkreis 7,8 Mio. €, die GEG 4,9 Mio. €, auf den Kreis Gütersloh 24,5 Mio. € und auf die Altenzentrum Wiepeldoorn GmbH & Co. KG rund 0,4 Mio. €.

2.2 Schuldenlage

Die Passivseite der Gesamtbilanz zeigt folgendes Bild:

Bilanzkategorie	Wert in T €	Wert in %
Eigenkapital	**52.186**	**10,8**
Allgemeine Rücklage	31.231	6,5
Sonderrücklagen	1.000	0,2
Ausgleichsrücklage	6.968	1,4
Ergebnisvorträge	493	0,1
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	4.500	0,9
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	7.994	1,7
Sonderposten	**158.307**	**32,8**
Rückstellungen	**157.928**	**32,7**
Verbindlichkeiten	**87.350**	**18,1**
Passive RAP	**27.086**	**5,6**
Bilanzsumme Passiva	**482.857**	**100,00**

Das Eigenkapital wird in Höhe von rd. 52,2 Mio. € ausgewiesen.
Dabei gehen die Sonderrücklagen sowie die Ausgleichsrücklage in voller Höhe auf den Wert des Einzelabschlusses des Kreises Gütersloh zurück. Der Ergebnisvortrag in Höhe von rd. 493 T € resultiert aus dem Ergebnisvortrag des Einzelabschlusses der GEG und weiteren Abgrenzungskomponenten zwischen Wertkreis und Kreis Gütersloh.
Die Ausgleichsposten für andere Gesellschafter (rd. 8,0 Mio. €) werden für den am Wertkreis mit 26 % beteiligten Verein „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.“ ausgewiesen.
Der Gesamtabschluss 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von rd. 4,5 Mio. € (vgl. dazu auch Punkt 2.3 Ertragslage).

Zur Einschätzung der finanzwirtschaftlichen Situation soll an dieser Stelle die sog. **Eigenkapitalquote** ausgewiesen werden. Das NKF-Kennzahlenset NRW unterscheidet dabei die **Eigenkapitalquote I** (Eigenkapital i. e. S. / Bilanzsumme) und die **Eigenkapitalquote II** (Eigenkapital + Sonderposten aus Zuwendungen+Beiträgen / Bilanzsumme). Für den Gesamtabschluss 2013 ergeben sich folgende Werte:

Eigenkapitalquote I	Eigenkapital / Bilanzsumme	**10,81%**
Eigenkapitalquote II	(Eigenkapital + Sonderposten Zuwendungen + Beiträge) / Bilanzsumme	**41,94%**

Zur Bewertung der Höhe der Eigenkapitalquote I ist anzumerken, dass diese nicht sonderlich hoch ist. Andererseits wird dadurch aber auch deutlich, dass der Konzern Kreis Gütersloh insbesondere seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden nur in geringem Umfang zur Finanzierung des Vermögens herangezogen hat.

Die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge stellen eine Bilanzposition mit Eigenkapitalcharakter dar. Die Zuordnung bewegt sich zwischen Eigen- und Fremdkapital.
Das Ergebnis der Eigenkapitalquote II zeigt somit, dass mit rund 42 % eine ausreichende Ausstattung an nicht rückzahlbarem Kapital vorliegt.

Im Vergleich zum Einzelabschluss des Kreises Gütersloh kommt im Konzernabschluss mit den Deponie- und Nachsorgerückstellungen eine wesentliche Position bei den Rückstellungen hinzu. Insgesamt verteilen sich die Rückstellungen im Gesamtabschluss wie folgt:

Rückstellungen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	141.032	89,3	143.434	-2.402
GEG	14.502	9,2	13.147	+1.355
Wertkreis	2.381	1,5	2.793	-412
AZW HKG	12	0,0	11	+1
AZW Verw. GmbH	1	0,0	1	0
Gesamtwert:	**157.928**	**100,0**	**159.386**	**-1.458**

Der deutliche Rückgang beim Kreis Gütersloh basiert u.a. auf der Auflösung der in den Jahren 2011 und 2012 gebildeten Drohverlustrückstellung für die PAB-Gesamtschule (4,3 Mio. €) bzw. der Rückstellung für die erwartete Belastung aus dem sogenannten Einheitslastenabrechnungsgesetz (rd. 3,9 Mio. €). Zugänge resultieren aus der Anhebung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (rd. 4,3 Mio. €).
Zugänge und Zinsanpassungen bei den Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen für Deponien führten bei der GEG zu einem Anstieg in dieser Kategorie.

Die gesamten Verbindlichkeiten (aus Investitionen und Lieferungen und Leistungen) strukturieren sich wie folgt und machen 18,10 % des Bilanzvolumens aus.

Verbindlichkeiten				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	56.286	64,4	56.736	-450
GEG	3.188	3,7	993	+2.195
Wertkreis	15.297	17,5	15.304	-7
AZW HKG	12.579	14,4	12.424	+155
AZW Verw. GmbH	0	0	0	0
Gesamtwert:	**87.350**	**100,0**	**85.457**	**+1.893**

Die Verschuldung aus vorgenommenen Investitionen zeigt folgendes Bild und nimmt 14,9 % des Bilanzvolumens ein.

Investitionskredite				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	44.998	62,6	45.463	-465
GEG	2.384	3,3	33	+2.351
Wertkreis	11.811	16,4	12.061	-250
AZW HKG	12.738	17,7	12.443	+295
AZW Verw. GmbH	0	0	0	0
Gesamtwert:	**71.931**	**100,0**	**70.000**	**+1.931**

Die Investitionskredite sind damit im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,9 Mio. € gestiegen. Die Gesamtverschuldung erhöhte sich ebenfalls um rd. 1,9 Mio. €.

2.3 Ertragslage

Das Haushaltsjahr 2013 weist folgende Erträge aus:

Bezeichnung	**Wert in T €**	**Wert in %**
Ordentliche Gesamterträge	**490.350**	**99,84**
Steuern und ähnliche Abgaben	5.799	1,18
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	260.759	53,09
Sonstige Transfererträge	7.401	1,51
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.762	7,28
Privatrechtliche Leistungsentgelte	68.258	13,9
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.381	20,44
Sonstige ordentliche Erträge	11.354	2,31
Aktivierte Eigenleistungen	4	0
Bestandsveränderungen	632	0,13
Finanzerträge	**729**	**0,15**
Außerordentliche Erträge	**40**	**0,01**
Gesamterträge	**491.119**	**100,00**

Auch das Bild der Erträge wird im Wesentlichen durch die Zahlen des Einzelabschlusses des Kreises Gütersloh geprägt. Lediglich bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten kann ein Bestand von rd. 68 Mio. € festgestellt werden. Dieser basiert im Wesentlichen auf den Umsatzerlösen der GEG, des Wertkreises und der AZW HKG. Im Ergebnis kann zur Ertragslage des Gesamtabschlusses die auch hier zu verzeichnende überproportionale Umlageintensität festgehalten werden.

Im Rahmen der Ertragskonsolidierung wurden insgesamt rd. 2,7 Mio. € Erträge eliminiert. Diese entsprechen in der Regel den Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaften. Der größte Anteil (2,1 Mio. €) geht dabei auf die Position der privatrechtlichen Leistungsentgelte zurück.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	100.381	100,0	86.363	+14.018
GEG	0	0,0	0	0
Wertkreis	0	0,0	0	0
AZW HKG	0	0,0	0	0
AZW Verw. GmbH	0	0,0	0	0
Gesamtwert:	**100.381**	**100,0**	**86.363**	**+14.018**

Der Anstieg lässt sich zurückführen auf deutliche Zunahmen bei den Kosten für die Bewältigung von Aufgaben im Jobcenterbereich und in der Abteilung Soziales, die wiederum durch Mehrerträge bei den Kostenerstattungen gedeckt wurden. Mehrerträge im Vergleich zum Vorjahr fielen bei der Aufgabenwahrnehmung als Optionskommune in Höhe von 5,6 Mio. €. Im Sozialbereich waren es sogar 11,3 Mio. €. Dies ist zurückzuführen auf eine generelle Steigerung bei der Bundeserstattung nach dem SGBXII von rd. 5,0 Mio. € auf rd. 11,4 Mio. €. Zudem wurde die Bundeserstattung in Vorjahren noch bei den Zuwendungen und Umlagen verbucht, während sie in 2013 in die Teilergebnisposition Kostenerstattungen und Kostenumlagen fällt.

Im Haushaltsjahr 2013 entstanden folgende Aufwendungen:

Bezeichnung	**Wert in T €**	**Wert in %**
Ordentliche Gesamtaufwendungen	**484.553**	**99,53**
Personalaufwendungen	98.852	20,30
Versorgungsaufwendungen	6.461	1,33
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.763	8,58
Bilanzielle Abschreibungen	12.984	2,67
Transferaufwendungen	293.853	60,36
Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.640	6,29
Finanzaufwendungen	**2.244**	**0,46**
Außerordentliche Aufwendungen	**63**	**0,01**
Gesamtaufwendungen	**486.860**	**100,00**

Die Versorgungs- sowie die Transferaufwendungen gehen wie schon im Vorjahr nahezu vollständig auf den Einzelabschluss des Kreises Gütersloh zurück. Insofern bleibt auch beim Blick auf die Aufwendungen die überaus starke Sozialrechtsprägung des „Konzerns“ Kreis Gütersloh festzuhalten.

Bei den Personalkosten ergibt sich folgendes Spartenergebnis:

Personalaufwendungen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	63.964	64,7	64.900	-936
GEG	380	34,9	398	-18
Wertkreis	34.507	0,4	34.234	+273
AZW HKG	0	0,0	0	0
AZW Verw. GmbH	0	0,0	0	0
Gesamtwert:	**98.851**	**100,0**	**99.532**	**-681**

Im Vorjahresvergleich sanken die Gesamtpersonalaufwendungen um rd. 681 T € konzernweit. Mit Blick auf den Kreis Gütersloh, fielen trotz Erhöhungen bei den laufenden Personalaufwendungen (rd. 2,7 Mio. €) die Personalaufwendungen um rd. 936 T € geringer

aus. Die laufenden Aufwendungen für Beihilfen sanken im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,4 Mio. €, zudem wurden im Haushaltsjahr 2013 rd. 2,2 Mio. € weniger Zuführungen zur Pensionsrückstellung vorgenommen.

Die Kosten für Sach- und Dienstleistungen teilen sich auf folgende Sparten auf:

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	19.074	45,7	19.340	-266
GEG	10.700	25,6	10.789	-89
Wertkreis	11.752	28,1	10.257	+1.495
AZW HKG	237	0,6	211	+26
AZW Verw. GmbH	0	0,0	0	0
Gesamtwert:	**41.763**	**100,0**	**40.597**	**+1.166**

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 stiegen die Gesamtkosten für Sach- und Dienstleistungen in 2013 um rd. 1,2 Mio. €.

Leistungsbeziehungen bei den Aufwendungen wurden in Höhe von rd. 2,6 Mio. € verrechnet. Der größte Betrag (2,2 Mio. €) wurde dabei bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen eliminiert.

Das Gesamtergebnis errechnet sich aus den o.g. Gesamterträgen abzüglich der Gesamtaufwendungen. Hinzu kommen die Verrechnung des den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisses und die Verrechnung der Entnahme aus der Gewinnrücklage.

Bezeichnung	**Wert in T €**
Gesamterträge	491.119
Gesamtaufwendungen	-486.860
anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	0
Entnahme Gewinnrücklage	241
Gesamtbilanzgewinn	**4.500**

Die Position, der anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisanteile, besteht im Gesamtabschluss 2013 nicht.

2.4 Finanzlage

Eine Aussage zur Finanzlage des Konzerns Kreis Gütersloh lässt sich aus der verkürzten Cash-Flow-Rechnung (auch: Kapitalflussrechnung) ablesen:

Bezeichnung	**Wert in T €**
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**11.954**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.764
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-21.674
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-14.910**
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	8.857
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und(Finanz-)Krediten	-6.926
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**1.931**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	**-1.025**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	38.617
Finanzmittelfonds zum 31.10.2013 (liquide Mittel)	**37.592**

Aus der Cash-Flow-Darstellung ist ersichtlich, dass aus der laufenden Geschäftstätigkeit heraus ein positiver Cash-Flow in Höhe von 11,95 Mio. € generiert wird.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit schließt mit rd. -14,91 Mio. € negativ ab.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen blieben mit rd. 8,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Einzahlung von weiteren rd. 5,8 Mio. € in den Versorgungsfonds der kvw zur liquiditätsmäßigen Absicherung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen bildet dabei die größte Position.

Des Weiteren wurden auch im HHJ 2013 die Investitionen ins Sachanlagevermögen intensiviert. Hier kann allerdings im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von rd. 2,1 Mio. € auf rd. 13,3 Mio. € festgestellt werden. Die Herstellung und Aktivierung zweier Photovoltaik-Anlagen am Standort Rietberg-Westerwiehe durch die GEG, machen dabei mit die größten Positionen in der Kategorie technische Anlagen und Maschinen aus.

Das Ergebnis aus der Finanzierungstätigkeit stellt sich mit rd. 1,93 Mio. € positiv dar. Die Einzahlungen aus Kreditneuaufnahmen übersteigen zwar auch in 2013 wieder die Tilgungsleistungen bei vorhandenen Darlehen, fallen aber mit rd. 8,9 Mio. € um rd. 4,6 Mio. € geringer aus als im Vorjahr. Die neuen Investitionskredite dienten u.a. der Finanzierung des Erweiterungsbaus vom Kreishaus in Gütersloh, dem Neubau einer Salzlagerhalle in Wiedenbrück sowie dem Neubau einer Rettungswache in Rietberg.

Ausgehend von einem Anfangsbestand an liquiden Mitteln in Höhe von 38,6 Mio. € ergibt sich zum Stichtag 31.12.2013 ein Bestand von rd. 37,6 Mio. €.

Der Bestand an liquiden Mitteln verteilt sich auf die einzelnen Sparten wie folgt:

Liquide Mittel				
Sparte	**Wert in T €**	**Wert in %**	**Vorjahr in T €**	**(Δ) in T €**
Kreis Gütersloh	24.502	65,2	26.453	-1.951
GEG	7.828	20,8	3.232	+4.596
Wertkreis	4.893	13	8.256	-3.363
AZW HKG	356	1,0	661	-305
AZW Verw. GmbH	13	0,0	15	-2
Gesamtwert:	**37.592**	**100,0**	**38.617**	**-1.025**

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Kreis Gütersloh ist zurzeit dabei, die Aufstellung der Gesamtabschlüsse 2010 bis 2014 möglichst bis zum Jahresende 2016 abzuschließen. Im Rahmen dieses (Aufhol-) Prozesses wurde der Gesamtabschluss 2012 im April 2016 vorgelegt. Insofern ergeben sich hinsichtlich der Chancen- und Risikoeinschätzung keine wesentlich neuen Gesichtspunkte, so dass an dieser Stelle nochmals die entsprechende Bewertung aus dem Gesamtabschluss 2012 wiedergegeben wird.

Der Ausblick für den Konzern Kreis Gütersloh hinsichtlich seiner Chancen- und Risikosituation orientiert sich weiterhin im Wesentlichen an zwei Betrachtungssäulen, die die haushaltswirtschaftliche Lage des Konzerns in der Balance halten sollen.

Dabei spielt die allgemeine konjunkturelle Entwicklung für die Steuereinnahmesituation der Gemeinden, die ja ihrerseits gewissermaßen das Fundament der Kreishaushaltfinanzierung darstellt, eine besondere Rolle. Und es bleibt sorgfältig zu beobachten, ob die im Landesvergleich überwiegend überdurchschnittlich gute Steuerentwicklung der Kommunen des Kreises Gütersloh weiter gehalten werden kann oder wieder erreicht wird, wenn man als Basis dieser Fragestellung ausschließlich das aktuelle Haushaltsjahr 2016 zu Grunde legt.
Steuerungsmöglichkeiten für den Kreis Gütersloh sind hier natürlich nur sehr gering. Über seine Beteiligungsgesellschaft pro Wirtschaft GT GmbH sollen dazu die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die auch als Koordinationsfunktion gesehen wird, um daraus Impulse für bestimmte Wirtschaftssegmente zu entwickeln, was aktuell zum Beispiel in der Gesundheitswirtschaft erreicht werden soll.
Nicht nur die eigenen Steuereinnahmen sind für die kommunale Ebene von besonderer Relevanz, sondern auch die Zuweisungen des Landes über den verfassungsmäßig garantierten Finanzausgleich. Dabei spielen für die Höhe der Mittel an die Kommunen sowohl die horizontalen Verteilungsparameter, die ja quasi im dauerkontroversen Diskussionsprozess zwischen dem Land NRW und den Kommunen stehen, und die vertikalen Verteilungsregeln zwischen dem Bund und den Ländern eine wichtige Rolle. Und an dieser Stelle gilt es sicherlich, die aktuell angestrebte Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aufmerksam zu beobachten und hinsichtlich der Auswirkungen für die kommunale Ebene mit Hilfe der kommunalen Spitzenverbände kritisch zu bewerten.

Für die der Finanzierungssäule gegenüberstehende Leistungssäule der Haushaltswirtshaft des Konzerns Kreis Gütersloh bleiben die sozialrechtlich geprägten Aspekte weiter von entscheidender Relevanz. Gesetzgeberische Aktivitäten hinsichtlich sozialpolitischer Ansprüche, sei es in der Frage, welche Ansprüche eröffnet werden oder sei es in der Frage der Standardsetzung bei der Ausgestaltung sozialer Rechtspositionen, bilden hier unverändert wesentliche Fragestellungen zur Einordnung einer Chancen- und Risikosituation. Jedenfalls dann, wenn der Fokus dabei primär auf die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen gelegt wird. Und insofern kann an dieser Stelle auf die bereits in Vorjahren

dargelegten Anstrengungen des Kreises hinsichtlich der eigenen Steuerungsmöglichkeiten innerhalb seiner sozial- und jugendhilferechtlich ausgestalteten Aufgaben verwiesen werden. Zudem kann erneut die Beachtung bzw. Einforderung des Konnexitätsprinzips angeführt werden sowie die besondere Bedeutung des Hochzonens von Finanzierungszuständigkeiten von der kommunalen auf die staatliche Ebene, wobei hier wiederum primär die Finanzierung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen angesprochen wird. Neben der Anzahl und Ausgestaltung von Sozialrechtsansprüchen wird die hier anzustellende Chancen- und Risikobetrachtung weiterhin auch vom Umfang der Inanspruchnahme von Leistungen bestimmt. Und an dieser Stelle sind die Auswirkungen aus der aktuellen Flüchtlingssituation das beherrschende Thema. Zumindest vorübergehend muss davon ausgegangen werden, dass die Sozialleistungssysteme vor diesem Hintergrund deutliche Zusatzbelastungen erfahren. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Chance eröffnet, erwartete Demografieeffekte mit zum Beispiel deutlichem Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderung zu bewältigen.

Gütersloh, den 13.07.2016

Aufgestellt:	**Bestätigt:**
Kleinebekel	Adenauer
Kreiskämmerer	Landrat

Mitglieder des Kreistages des Kreises Gütersloh				
Name, Vorname	**Fraktion/ Partei**	**Beruf**	**Mitgliedschaften**	**Persönliche/r Stellvertreter/in der Mitgliedschaften**
Adenauer, Sven-Georg	CDU	Landrat	Gesellschafterversammlung des Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH Gesellschafterversammlung der kommunalen Aktionärsvereinigung der RWWE GmbH Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH Beirat der Flughafen Gütersloh GmbH Gesellschafterversammlung der KHW Kommunale Haus u. Wohnen GmbH Aufsichtsrat der KHW Haus und Wohnen GmbH Aufsichtsrat der Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG)Halle Westf. e.G. Gesellschafterversammlung der wertkreis Gütersloh gGmbH Gesellschafterversammlung der Altenzentrum Wiepeldorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG Gesellschafterversammlung der Altenzentrum Wiepeldorn VerwaltungsGmbH Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriesgesellschaft mbH & Co. KG Gesellschafterversammlung der Kommunalen Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH Mitgliederversammlung der Musikschule für den Kreis Gütersloh e.V. Mitgliederversammlung des P.A.-Böckstiegel-Freundeskreis e.V. Verbandsversammlung des Zweckverband Infokom Gütersloh Verbandsversammlung des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe Aufsichtsrat der regio iT GmbH Mitgliederversammlung der Nordwestdeutschen Philharmonie e.V. Gesellschafterversammlung der Wege durch das Land GmbH	
Adolf, Jürgen	CDU	Elektrotechniker		Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Albersmann, Roland	SPD	Kaufmännischer Angestellter		Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh
Altehülshorst, Bernhard	CDU	Rechtsanwalt	Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe	Mitgliederversammlung der Nordwestdeutschen Philharmonie e.V.
Bartkowiak, Arne	FDP	Bankbetriebswirt	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Boden, Ulrike	SPD	Geschäftsf./Dipl.-Sozialpädagogin		
Bölling, Renate	SPD	Lehrerin	Aufsichtsrat der Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G.	Mitgliederversammlung der Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G. Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Brune, Udo	SPD	Fleischermeister		Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH Kuratorium der CJD Jugenddorf-Christophorusschule
Bünnigmann, Heinz	CDU	Rechtsanwalt und Notar	Hauptversammlung der RWE AG	
Dirks, Klaus	CDU	Bankfachwirt/Geschäftsführer	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Disselkamp, Dr. Christiane	CDU	Linguistin	Gesellschafterversammlung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh
Doppmeier MdL, Ursula	CDU	Realschullehrerin		
Ecks, Ursula	SPD	Kaufmännische Angestellte	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH Gesellschaft zur Ensorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Gütersloh e.V. Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH	Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn-Lippstadt Gesellschafterversammlung der wertkreis Gütersloh gGmbH
Feldmann, Helmut	CDU	Rentner	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH Verbandsversammlung Zweckverband Infokom Gütersloh Gesellschafterversammlung der regio iT GmbH	Gesellschafterversammlung der wertkreis Gütersloh gGmbH
Fischer, Hartwig	FDP	Bankkaufmann, Rentner	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH	
Flore, Johannes	FDP	Rentner		Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Frankenfeld, Johann-Heinrich	CDU	Kaufmann	Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn-Lippstadt Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH)	
Fülling, Liane	SPD	Kaufmännische Angestellte	Kuratorium der CJD Jugenddorf-Christophorusschule Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh	Hauptversammlung der RWE AG Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Gohr, Detlef	GRÜNE	Fotograf	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh	Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn-Lippstadt
Gürtler, Jochen	SPD	EDV-Systemadministrator	Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Verbandsversammlung des Zweckverband Infokom Gütersloh Beirat des Zweckverbandes Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge	
Gutzeit, Michael	SPD	Sozialversicherungsfachangestellter	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Gesellschafterversammlung der Kommunalen Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh

Mitglieder des Kreistages des Kreises Gütersloh				
Name, Vorname	**Fraktion/ Partei**	**Beruf**	**Mitgliedschaften**	**Persönliche/r Stellvertreter/in der Mitgliedschaften**
Hardieck, Elke-Maria	CDU	Kauffrau	Mitgliederversammlung der Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G. Aufsichtsrat der Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G. Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	Mitgliederversammlung des P.-A.-Böckstiegel-Freundeskreises e.V.
Hesse, Dirk	Partei der Vernunft	Unternehmensberater		
Holtkamp, Dirk	FWG-UWG	Dipl.-Verwaltungswirt	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Höppner, Günter	CDU	Rechtsanwalt		Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Jost, Ute	SPD	Selbst. Familien- u. Seniorenberaterin	Gesellschafterversammlung der wertkreis Gütersloh gGmbH Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Kalley, Peter	FWG-UWG	Regierungsbeamter a.D.	Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH)	
Kaltefleiter, Helmut	CDU	Selbstständiger Landschaftsgärtner	Gesellschafterversammlung der Kommunalen Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh	Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Köster, Bernhild	CDU	Krankenschwester	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Kroos, Detlev	CDU	Betriebswirt, Tischlermeister		Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Lange, Helga	GRÜNE	Lehrerin	Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn-Lippstadt Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH	
Langenscheid, Ralf	FWG-UWG	Gemeindereferent		
Langer, Almut	DIE LINKE	Kauffrau		
Lehmann, Dirk	CDU	Wirtschaftstechniker		
Mantovanelli, Marco	GRÜNE	Teamleiter	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Menke, Karl-Dieter	SPD	Gesamtschulrektor i. R.	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe	
Närdemann, Klaus	GRÜNE	Dipl.-Sozialarbeiter		
Niemann-Hollatz, Birgit	GRÜNE	Landschaftsplanerin	Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe	
Paskarbies, Monika	CDU	Familienfrau	Gesellschafterversammlung der wertkreis Gütersloh gGmbH	
Pavenstädt, Gottfried	CDU	Landwirt		Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Schäfer, Hans	CDU	Ruheständler	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn-Lippstadt
Schmolke, Thorsten	GRÜNE	Historiker		Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Schröder, Silva	CDU	Selbstständige Architektin	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe	
Schütze, Dr. Annegreth	FWG-UWG	Juristin	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH	
Schwartz-Gehring, Dr. Martina	CDU	Rechtsanwältin		Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH
Siefert, Heinz	CDU	Verwaltungsangestellter		
Sieweke, Johannes	FWG-UWG	Rechtsanwalt, vereidigter Buchprüfer		Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH
Sökeland, Dr. Heinrich Josef	CDU	Arzt für Allgemeinmedizin	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Spratte, Fritz	SPD	Angestellter		Gesellschafterversammlung der Flughafen Gütersloh GmbH
Tönshoff, Klaus	SPD	Kaufmann	Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn-Lippstadt	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Unger, Anke	SPD	Jugendbildungsreferentin		
Vincke, Detlef	GRÜNE	Leitender Angestellter	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH
Wadewitz, Anke	SPD	Dipl.-Pädagogin		Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH
Wessel, Herbert	DIE LINKE	Ingenieur		
Weßling, Arnold	CDU	Landwirt	Stiftungsrat der Stiftung Burg Ravensberg Beirat der Höhere Landbauschule der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe	Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Kuratorium der CJD Jugenddorf-Christophorusschule
Westerfellhaus, Andreas	CDU	Geschäftsführer		
Wiese, Peter	CDU	Kaufmännischer Angestellter	Verbandsversammlung des Zweckverband Infokom Gütersloh	
Wiesner, Helen	CDU	Verwaltungswissenschaftlerin	Gesellschafterversammlung der Flughafen Gütersloh GmbH	Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Verbandsversammlung des Zweckverbandes Infokom Gütersloh
Willikonsky, Karin	SPD	Hausfrau		Verbandsversammlung des Zweckverbandes INFOKOM Gütersloh
Witte, Elisabeth	CDU	Landwirtin	Aufsichtsrat der wertkreis Gütersloh gGmbH	
zur Heiden, Michael	FDP	Financial-Planner (HFB)	Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH) Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beteiligungsbericht 2013

- Energieversorgung
- Verkehr
- Wohnungswesen
- Soziales
- Umwelt

Service Finanzen

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	2
2.	Struktur des Beteiligungsportfolios	2
3.	Beteiligungen des Kreises Gütersloh	4
3.1	**Energieversorgungsbereich**	4
3.1.1	RWE AG, Essen	4
3.1.2	Aktionärsvereinigungen der RWE AG	4
3.2	**Verkehrsbereich**	5
3.2.1	Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH, Büren-Ahden	5
3.2.2	Flughafen Gütersloh, Gütersloh	10
3.3	**Wohnungsbaubereich**	12
3.3.1	KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH, Rheda-Wiedenbrück	12
3.3.2	Kreiswohnstättengenossenschaft Halle (Westf.) e.G., Halle (Westf.)	16
3.4	**Sozialbereich**	19
3.4.1	wertkreis Gütersloh gGmbH (WfbM), Gütersloh (vorher: Werkstatt für behinderte Menschen im Kreis Gütersloh gGmbH)	19
3.4.2	Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG, Gütersloh	24
3.4.3	Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH, Gütersloh	26
3.5	**Umweltbereich**	27
3.5.1	Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Rheda-Wiedenbrück	27
3.6	**Übrige Bereiche**	32
3.6.1	„OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region, Bielefeld	32
3.6.2	Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Gütersloh	36
3.6.2.1	Kommunale Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh, Gütersloh	40
3.6.3	pro Wirtschaft GT GmbH, Gütersloh	41
3.6.4	Wege durch das Land gemeinnützige GmbH	45
4.	Übersicht über die Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften mit den Vertreter/innen in den Organen der Gesellschaft	47
5.	Übersicht über die Gesellschaftsanteile und die Beteiligungserträge aus dem Geschäftsjahr 2013 vor Steuern	52

1. Einführung

§ 117 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) schreibt den Gemeinden vor, einen Beteiligungsbericht zu erstellen. Über § 53 der Kreisordnung (KrO) sind hierzu auch die Kreise verpflichtet.

Der Beteiligungsbericht soll die so genannte wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung verselbständigter Aufgabenbereiche einer Kommune erläutern. Die in § 107 ff. GO geregelte wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung umfasst für den Kreis Gütersloh insoweit im Wesentlichen die Beteiligungen an Unternehmen (wirtschaftliche Betätigung) und die vom Kreis gegründeten Eigengesellschaften, die ihren Ursprung aus der Ausgliederung von ehemals im Kreishaushalt abgebildeten Aufgabenbereichen (nichtwirtschaftliche Betätigung) haben.

Im Beteiligungsbericht soll gem. § 52 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) über die Ziele der Beteiligung, die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, die Leistungen der Beteiligungen, die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde, die Zusammensetzung der Organe und über den Personalbestand jeder Beteiligung berichtet werden.

Der Beteiligungsbericht enthält aber auch einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Unternehmen, um neben den unterjährig in den zuständigen Ausschüssen des Kreises behandelten Angelegenheiten der Beteiligungsunternehmen einen komprimierten Überblick über die gesamte wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung des Kreises im Sinne von § 107 ff. GO zu gewinnen. Dazu wird im Wesentlichen aus den Geschäftsberichten der Gesellschaften zitiert.

Der Bericht ist u. a. ein Element der Rechenschaftslegung, da in diesem Zusammenhang auf den letzten beschlossenen Jahresabschluss der Unternehmen zurückgeblickt wird.

Der Beteiligungsbericht wendet sich einerseits an die Kreistagsmitglieder sowie andererseits an die interessierte Öffentlichkeit und liegt daher zur Einsichtnahme aus (§ 117 Abs. 2 GO).
Der Bericht wird außerdem im Netz bereit gestellt und zwar auf der Internetseite des Kreises Gütersloh unter der Rubrik „Verwaltung“, Stichwort „Finanzen“.

2. Struktur des Beteiligungsportfolios

Auch im Bereich der unternehmerischen, kommunalwirtschaftlichen Betätigung muss die Kommune einem öffentlichen Zweck nachgehen (§ 107 GO). Insofern leisten die kommunalen Eigengesellschaften oder Beteiligungsgesellschaften in erster Linie einen Beitrag zur kommunalen Aufgabenerfüllung, unabhängig davon, welche Rechtsform sie besitzen.

Vor diesem Hintergrund werden die mit dem Beteiligungsportfolio des Kreises assoziierten Zielvorstellungen grundsätzlich in zwei Kategorien eingeteilt. Daneben ergeben sich für jedes Beteiligungsunternehmen ganz individuelle Zielsetzungen.

Infrastrukturelle bzw. standortorientierte Beteiligungen bzw. Zielsetzungen

- **RWE AG,** → Sicherung der privaten sowie gewerblichen Energieversorgung
- **OstWestfalenLippe GmbH** → Standortwerbung zur Wettbewerbserhaltung und –steigerung der Region
- **Pro Wirtschaft GT** → Standortförderung
- **Flughafen Paderborn/Lippstadt/; Gütersloh** → Standortförderung

Sozial- und gesellschaftlich orientierte Betätigungen bzw. Zielsetzungen

- **wertkreis, Altenzentrum Wiepeldoorn** → Förderung behinderter und/oder alter Menschen
- **Wohnungsgesellschaften KHW und KWG** → Angebot von sozialverträglichem Wohnraum
- **Betriebsgesellschaft Radio Gütersloh** → Bereitstellung der wirtschaftlichen Grundlagen für den als öffentliche Aufgabe wahrgenommenen lokalen Hörfunk
- **GEG** → Umweltschutz
- **Wege durch das Land** → Pflege kulturellen Lebens

Unterteilt nach den verschiedenen Aufgabenbereichen ergibt sich folgender Portfolioaufbau:

Energie-versorgungs-bereich	Verkehrs-bereich	Wohnungs-bereich	Sozialbereich	Umwelt-bereich	Sonstiger Bereich
RWE AG **0,00 % ***	Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH **7,84 %**	KHW Kommunale Haus u. Wohnen GmbH **37,67 %**	wertkreis Gütersloh gGmbH (vorher: Werkstatt für behinderte Menschen im Kreis Gütersloh gGmbH) **74,00 %**	Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH **100,00 %**	OstWestfalen-Lippe GmbH **7,14 %**
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH **0,42 %**	Flughafen Gütersloh GmbH **20,00 %**	Kreiswohnstätten-genossenschaft Halle (Westf.) e. G. **10,23 %**	Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG **100,00 %**		Radio Gütersloh Betriebs-gesellschaft mbH & Co. KG **25,00 %**
			Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH **100,00 %**		Kommunale Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh **50,00 %**
					Pro Wirtschaft GT GmbH **51,00 %**
					Wege durch das Land gemeinnützige GmbH **7,14 %**

* RWE AG: Es handelt sich lediglich um einen Minimalbestand an Aktien

3. Beteiligungen des Kreises Gütersloh

3.1 Energieversorgungsbereich

3.1.1 RWE AG, Essen (RWE)

Der Kreis Gütersloh hat aufgrund der Fusionierung der VEW AG mit der RWE AG im Jahr 2000 VEW-Aktien in RWE-Aktien umgetauscht und diese, wie die schon vor der Fusion vorhandenen RWE-Aktien, bis zum Jahresende 2006 vollständig veräußert. Gegen die Angemessenheit des Umtauschverhältnisses wurde von einigen ehemaligen VEW-Aktionären Klage erhoben, die Ende 2008 vor dem Landgericht Dortmund mit einem Vergleich entschieden wurde. Der Nachzahlungsanspruch wurde in RWE-Aktien beglichen, so dass der Kreis Gütersloh jetzt wieder RWE-Aktionär ist (ca. 2.780 Stück).

Der Kreis Gütersloh hat für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende in Höhe von rd. 2,8 T€ erhalten.

3.1.2 Aktionärsvereinigungen der RWE AG

Gesellschaftszweck

Nach Nr. 2.1 des Gesellschaftsvertrages ist im Wesentlichen die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge Gegenstand der Gesellschaft.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.823 €. Der Kreis Gütersloh ist mit einer Stammeinlage von 537 € beteiligt. Gesellschafter des VkA RWE sind größtenteils Städte, Gemeinden, Kreise, kommunale Verbände und Sparkassen.

Organe

Organe des VkA RWE sind

- die Gesellschafterversammlung,
- der Verwaltungsrat und
- die Geschäftsführung.

Der Kreis Gütersloh ist nicht im Verwaltungsrat oder der Geschäftsführung vertreten. Es wird lediglich ein Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt. Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Landrat Adenauer (Stellvertretung: Kämmerer Kleinebekel).

Wirtschaftliche Lage und Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die mit der Durchführung der Aufgaben des VkA RWE entstehenden Ausgaben können nicht durch die eigenen Erträge bzw. das Vermögen gedeckt werden. Insoweit ist der Jahresabschluss der Gesellschaft nicht mit dem von Produktionsunternehmen vergleichbar.
Die Gesellschafter des VkA RWE verpflichten sich im Gesellschaftsvertrag, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten.
Während in den vergangenen Jahren der Nachschuss/Vorschuss nur in Höhe des Stammkapitals (537 €) erhoben wurde, sind nunmehr auf Grund des einstimmigen Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2011 die Nachschüsse der Gesellschafter in Höhe der jeweiligen Stammeinlage ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50 % erhöht worden. In 2012 und 2013 wurde jeweils ein Kostenanteil von 806 € vorschussweise überwiesen.

3.2 Verkehrsbereich

3.2.1 Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH, Büren-Ahden

Gesellschaftszweck

Geschäftsgrundlage des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn/Lippstadt GmbH und der Erwerb des dafür notwendigen Geländes.

Öffentlicher Zweck

Mobilität gehört einerseits seit jeher zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Angesichts einer globalisierten Wirtschaftswelt gewinnt die Möglichkeit, Mobilität kurzfristig und schnell in Anspruch zu nehmen, zunehmend an Bedeutung und stellt für eine Region u. a. Aspekten einen wichtigen Standortfaktor dar. Insofern bewegt sich die Bereitstellung von Infrastruktur zur Herstellung von Mobilität im Bereich der Daseinvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft betrug bis Mai 2012 rd. 5,2 Mio. €, wovon der Kreis Gütersloh 7,84 % gehalten hat. Zur Abdeckung von möglichen Verlusten bestand bis zum 31.12.2011 ein Verlustabdeckungsvertrag aus dem Jahr 1986, in dem sich die Gesellschafter verpflichteten, einen Verlust von max. rd. 255 T€ zu tragen. Davon hätte der Kreis Gütersloh 4 % getragen.

Vor dem Hintergrund aktueller, schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Flughafen haben die Gesellschafter den Gesellschaftsvertrag der Flughafen GmbH und den Verlustabdeckungsvertrag novelliert. Darüber hinaus sollen der Gesellschaft zur Finanzierung von Investitionen Gesellschafterdarlehen gewährt werden. Der Kreistag des Kreises Gütersloh hat den neuen vertraglichen Regelungen in seiner Sitzung am 05.03.2012 unter dem Vorbehalt der Zustimmung aller anderen Gesellschafter zugestimmt. Der von allen Gesellschaftern unterschriebene Verlustabdeckungsvertrag liegt seit Anfang Oktober 2012 vor. Am 17.06.2013 ist auch die Eintragung ins Handelsregister erfolgt, nachdem vom Handelsregister noch die Entsendungsbeschlüsse der kommunalen Gesellschafter eingefordert worden sind.

Kernpunkte der neuen vertraglichen Regelungen liegen darin,

- dass das Stammkapital der Gesellschaft auf 10,0 Mio. € angehoben wird und der Kreis Gütersloh dann einen Anteil von rd. 784 T€ hält. Die relative Beteiligungsstruktur der Gesellschafter bleibt unverändert und gestaltet sich wie folgt:

Gesellschafter	Anteil
Kreis Paderborn	56,38 %
Kreis Soest	12,26 %
Kreis Gütersloh	7,84 %
Kreis Lippe	7,84 %
Stadt Bielefeld	5,88 %
Hochsauerlandkreis	3,92 %
Kreis Höxter	3,92 %
IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	1,57 %
IHK Lippe zu Detmold	0,39 %

- Der neue Verlustabdeckungsvertrag sieht eine Obergrenze von 1,25 Mio. € als Verlustabdeckung vor. Die daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen orientieren sich am relativen Anteil am Stammkapital unter Ausschluss der beiden IHK's. Insofern trägt der Kreis Gütersloh 8 %.
- Zudem werden der Gesellschaft Gesellschafterdarlehen gewährt, um Investitionen zu tätigen und die aufgelaufenen Verluste der Jahre 2009 bis 2011 zu decken. Auf den Kreis Gütersloh entfällt ein Gesellschafterdarlehen von insgesamt 148 T€.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind

- die Gesellschafterversammlung,
- der Aufsichtsrat,
- der Geschäftsführer und
- der Beirat.

In die Gesellschafterversammlung hat der Kreistag des Kreises Gütersloh am 23.06.2014 drei Vertreter/innen und drei Stellvertreter/innen entsandt. Es handelt sich um folgende Kreistagsmitglieder:

Vertreter/in	**Stellvertreter/in**
Hans Schäfer	Helmut Kaltefleiter
Ursula Ecks	Jochen Gürtler
Helga Lange	Detlef Gohr

Im Aufsichtsrat ist der Kreis Gütersloh durch Landrat Adenauer (Stellvertreter: Fachbereichsleiter Ingo Kleinebekel) vertreten.

Im Beirat ist der Kreis Gütersloh nicht vertreten.

Wirtschaftliche Lage

Die Zahl der Flugbewegungen verminderte sich im Jahr 2013 um 11,7 % auf 35.407. Der gewerbliche Verkehr verringerte sich um 15,4 % und der nichtgewerbliche Verkehr um 2,8 %. Die Rückgänge im gewerblichen Verkehr sind insbesondere auf weniger durchgeführte Schulflüge sowie Streichungen im Pauschalflugreiseverkehr zurückzuführen. Der einnahmeträchtige gewerbliche Flugverkehr mit Luftfahrzeugen über 20 t Abfluggewicht ging um 10 % zurück. Die Zahl der Passagiere verminderte sich im gewerblichen Verkehr um 9,1 %, unter Berücksichtigung des nicht gewerblichen Verkehrs um 9 %.
Obwohl die Frequenz der werktäglichen Linienflüge nach München zum 1. April 2012 von fünf auf vier reduziert wurde, blieben die Passagierzahlen mit einem Rückgang von 0,1 % bei dieser Verbindung nahezu konstant. Durch die Aufnahme der Linienflugverbindung nach London im April konnten in diesem Segment mehr als 8.600 zusätzliche Passagiere gezählt werden.
Der touristische Verkehr weist ein Minus von 1,9 % aus. Dies ist insbesondere auf die weitere Reduzierung des Flugangebotes der Air Berlin sowie der Insolvenz der türkischen Sky Airlines im Juni 2013 zurück zu führen.
Hinsichtlich der negativen Verkehrsentwicklung im Geschäftsjahr 2013 ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der umfangreichen Sanierung der Start- und Landebahn für einen Zeitraum von fünf Tagen kein Flugbetrieb möglich war.

Die Daten sind in der nachfolgenden Tabelle nochmals dargestellt:

	2013	2012	Änderungen absolut	Änderungen in %
Flugbewegungen	**35.407**	**40.093**	**- 4.686**	**-11,7**
Passagierzahlen:				
Linie Eurowings/LH (MUC) und sonstige Linie	122.096	121.937	159	0,1
City Shuttle mit Air Berlin London, Manchester	8.632	0	8.632	0
Touristik-Charterflugverkehr	644.118	730.924	- 86.806	- 11,9
Sonstiger Luftverkehr	20.145	20.750	- 605	- 2,9
Gesamt:	**794.991**	**873.611**	**- 78.620**	**- 9,0**

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich die Umsatzerlöse um ca. 4 Mio. € auf knapp 28,5 Mio. € verringert. Der Treibstoffumsatz verringerte sich um ca. 3,2 Mio. € und damit um knapp 18 %. Ursache für diese Entwicklung war ein weiterer Rückgang des Verkehrs; die Anzahl der Flugbewegungen sowie der Fluggäste sind die bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren für die Gesellschaft. Die Anzahl der Flugbewegungen verringerte sich um ca. 11,7 % auf 35.407, die Anzahl der Fluggäste um 9 % auf nunmehr rd. 795.000. Während die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Aviation um rd. 4,26 Mio. € sanken, konnten sie im Bereich Non Aviation um ca. 169 T€ verbessert werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge, in denen nicht ständig wiederkehrende Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen von rd. 747 T€ (Vorjahr 175 T€) enthalten sind, stiegen um 213 T€.
Der Materialaufwand reduzierte sich um 970 T€ auf 19,8 Mio. €. Während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe – insbesondere aufgrund des geringeren Treibstoffeinkaufs – um 2,9 Mio. € reduzierten, stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 1,9 Mio. € auf knapp 5,0 Mio. €. Dies ist zum einen auf den Bezug von Abfertigungs- und sonstigen Serviceleistungen von der PAD Airport Services GmbH und andererseits auf einen planmäßig höheren Instandhaltungsaufwand zurückzuführen.
Das negative Zinsergebnis verbesserte sich um 33 T€ auf 601 T€. Darin enthalten sind 108 T€ (Vorjahr 146 T€) aus der Aufzinsung von Rückstellungen, die das Zinsergebnis belasten. Unter Berücksichtigung einer Steuernachzahlung für das Jahr 2008 in Höhe von 229 T€, die sich aus der im Zeitraum September 2012 bis Juli 2013 stattgefundenen Betriebsprüfung für die Veranlagungsjahre 2007 bis 2011 ergab, sowie sonstigen Steuern von 106 T€ errechnet sich ein Jahresfehlbetrag vor Erträgen aus der Verlustübernahme (bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator) von 1.920 T€. Entsprechend des im Jahr 2012 zwischen den Gesellschaftern geschlossenen Verlustabdeckungsvertrages übernehmen die Gesellschafter den entstehenden Verlust bis zu einem Betrag von 1.250 T€. Dementsprechend verbleibt ein Jahresfehlbetrag von 670 T€.

Personalbereich

Die PAD Airport Services GmbH nahm im März 2013 als 100 %ige Tochtergesellschaft den operativen Betrieb auf und erbringt seitdem Abfertigungsleistungen für die Flughafengesellschaft. Durch diese Maßnahme sowie eine weitere Verminderung des Personalbestandes der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH und teilweiser Umstrukturierung konnte der Personalaufwand unter Berücksichtigung des Personalaufwandes der Tochtergesellschaft (1.035 T€) und der einmaligen Abfindungen des Vorjahres (751 T€) trotz Tariferhöhungen um 865 T€ verringert werden.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Kreis Gütersloh hat für den Flughafen eine Bürgschaft in Höhe 376.320 € übernommen. Aus dieser Bürgschaft hat die Flughafengesellschaft eine Bürgschaftsprovision in Höhe von 0,5 % laufend je Jahr nach der verbliebenen Restschuld an den Kreis zu zahlen.
Eine Inanspruchnahme des Kreises darf nur dann erfolgen, wenn die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit des Flughafens Paderborn/Lippstadt festgestellt ist (z. B. Insolvenzverfahren).

Aus dem Verlustabdeckungsvertrag hat der Kreis Gütersloh Anfang Dezember 2012 einen Betrag in Höhe von 100.000 € an die Gesellschaft entrichtet. Vertragsgemäß werden außerdem jeweils am 15.01., 15.04.,15.07. und 15.10. eines jeden Jahres vierteljährliche Abschlagszahlungen geleistet.

Der über die vereinbarte Obergrenze des Verlustabdeckungsvertrages von 1,250 Mio. € hinausgehende Verlustbetrag wird jährlich mit den bestehenden Gewinnrücklagen verrechnet. Dieses entspricht der Intention des Kreises Gütersloh.

Der Kreistag des Kreises Gütersloh hat in seiner Sitzung am 26.11.2012 folgenden Beschluss gefasst: „Der Kreis Gütersloh steht zu seiner Beteiligung am Flughafen Paderborn/Lippstadt, besteht aber weiterhin auf einer Ausstiegsklausel, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können.“ (DS-Nr. 3458). Auf Antrag von Herrn Adenauer wurde der Punkt „Verhandlung über Ausstiegsklausel im Gesellschaftervertrag“ in der Aufsichtsratssitzung am 29.11.2012 behandelt und der Beschluss gefasst, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema mit den Teilnehmern Gütersloh, Lippe, Hochsauerlandkreis und Paderborn unter der Leitung von Landrat Dr. Schneider einzurichten. Diese Arbeitsgruppe hat Vorschläge zu der Thematik erarbeitet, die aber noch nicht in den Gremien der Gesellschaft entschieden worden sind.

Für das Jahr 2014 erwartete die Geschäftsleitung einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von rd. 1,54 Mio. €. Der so geänderte Wirtschaftsplan 2014 wurde seitens des Kreises Gütersloh mitgetragen unter der Voraussetzung, dass der über die vereinbarte Obergrenze des Verlustabdeckungsvertrages von 1,250 Mio. € hinausgehende Verlustbetrag mit den bestehenden Gewinnrücklagen verrechnet wird.

Nachdem das Jahr 2014 fast beendet ist, stellt sich die wirtschaftliche Lage wie folgt dar: Das voraussichtliche Jahresdefizit für 2014 wird auf 2,2 Mio. € vor Verlustausgleich geschätzt. Für 2015 erwartet die Geschäftsführung einen Verlust von rd. 2,6 Mio. €. Zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft hält die Geschäftsführung ein erweitertes finanzielles Engagement der Anteilseigner für notwendig. Dazu soll die jährliche Verlustübernahme von derzeit 1,25 Mio. € auf 2,5 Mio. € ab 2015 und bis auf Weiteres angehoben werden. Es ist zeitnah zu entscheiden, wie der Kreis Gütersloh als Gesellschafter mit diesen Forderungen verfahren soll. Derzeit besteht zumindest ein Kreistagsbeschluss, nach dem einer Erhöhung der Verlustabdeckung nur dann zugestimmt wird, wenn zeitgleich auch eine generelle Ausstiegsklausel in den Gesellschaftervertrag aufgenommen wird.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.567,00	31.014,00	20.458,00
Sachanlagen	43.140.846,44	41.533.519,22	43.673.898,73
Finanzanlagen	0,00	0,00	50.000,00
Vorräte	421.155,06	348.675,74	439.407,71
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.890.969,92	2.046.138,88	2.071.120,75
Liquide Mittel	4.036.450,17	8.982.590,01	3.810.787,16
Aktive Rechnungsabgrenzung	75.132,36	151.820,09	158.269,21
	49.577.120,95	**53.193.757,94**	**50.223.941,56**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	5.215.177,19	5.215.177,19	10.000.000,00
Kapitalrücklage	276.859,42	276.859,42	276.859,61
Gewinnrücklagen	25.428.785,89	22.124.326,52	22.013.070,82
Verlustvortrag	-1.853.319,14	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.451.140,23	-111.255,70	-669.802,26
Einlagen zur Kapitalerhöhung	0,00	4.784.823,00	0,00
Rückstellungen	7.321.356,41	6.437.042,39	4.806.041,17
Verbindlichkeiten	14.542.318,08	14.371.930,38	13.702.265,96
Passive Rechnungsabgrenzung	97.083,33	94.854,74	95.506,26
	49.577.120,95	**53.193.757,94**	**50.223.941,56**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 66,5 % (Vorjahr 64,1 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	32.294.594,51	32.546.775,02	28.452.257,08
sonstige betriebliche Erträge	4.044.595,21	3.162.789,72	3.375.945,53
Materialaufwand	-20.571.835,70	-20.761.716,52	-19.792.394,06
Personalaufwand	-11.526.917,79	-10.942.645,91	-8.290.516,20
Abschreibungen	-2.920.081,03	-2.893.268,52	-3.016.255,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.011.821,58	-1.731.159,83	-1.787.527,72
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	74.592,09
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.444,41	28.314,64	47.417,42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-691.953,36	-662.002,08	-648.584,93
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-175,55	-229.112,14
sonstige Steuern	-92.164,90	-108.166,67	-105.624,01
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	1.250.000,00	1.250.000,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag:	**-1.451.140,23**	**-111.255,70**	**-669.802,26**

3.2.2 Flughafen Gütersloh GmbH

Unternehmenszweck

Der Unternehmenszweck der Flughafen Gütersloh GmbH ist in § 2 des Gesellschaftsvertrages niedergelegt. Gegenstand des Unternehmens ist danach die Nutzung des Flughafens Gütersloh für den zivilen Luftverkehr. Dies umfasst:

a) die Organisation und Durchführung des Flugbetriebes im Rahmen einer zivilen Mitbenutzung des Flughafens Gütersloh, solange dieser als Militärflughafen weiter betrieben wird,

b) nach Erteilung der erforderlichen Genehmigung nach dem Luftverkehrsgesetz den eigenständigen Betrieb des Flughafens als zivile Nachfolgenutzung im Anschluss an den militärischen Betrieb – auch wenn die militärische Liegenschaft dafür nur teilweise zur Verfügung gestellt wird,

c) die Übernahme oder anderweitig geeigneten Sicherung des Betriebsgeländes für zivilen Luftverkehr nach Entlassung der umfassenden Liegenschaft aus der militärischen Kontrolle.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.564,59 € und verteilt sich auf die nachstehenden Gesellschafter:

Gesellschafter	Relativer Anteil am Stammkapital
Kreis Gütersloh	20 %
Stadt Gütersloh	6 %
Stadt Rheda-Wiedenbrück	6 %
Stadt Harsewinkel	4 %
Gemeinde Herzebrock-Clarholz	4 %
Stadt Verl	4 %
IHK Bielefeld	4 %
Private Gesellschafter	52 %

Der Kreis Gütersloh ist wie die anderen öffentlich-rechtlichen Gesellschafter gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages für die Dauer der Beteiligung an der Gesellschaft im Innenverhältnis der Gesellschafter von den übrigen Gesellschaftern von der Übernahme von Verlusten aus dem Betrieb der Gesellschaft freigestellt worden. Als Gegenleistung hierzu besteht die Verpflichtung, nicht bei Beschlüssen mit zu stimmen, die Kosten verursachen und somit zu Verlusten aus dem Betrieb der Gesellschaft führen können. Ferner verzichten die von der Beteiligung an Verlusten freigestellten Gesellschafter auf eine Beteiligung an eventuellen Gewinnen der Gesellschaft, die somit nur auf die privatrechtlichen Gesellschafter zu verteilen sind.

Seit der Kündigung der zivilen Mitnutzung des Flughafengeländes durch die Briten vor 10 Jahren war die Flughafen Gütersloh GmbH nicht mehr operativ tätig. Es bestand jedoch mehrheitlicher Konsens, die Option für eine spätere zivile fliegerische Nutzung des Flughafengeländes aufrecht zu erhalten. Durch den im Jahr 2011 verkündeten Abzug der Briten aus Deutschland und die weitere Konkretisierung der Abzugspläne im Frühjahr 2013 hat sich ein neuer Sachverhalt ergeben. Der gesamte Kreistag hat in den Diskussionen der vergangenen Monate deutlich gemacht, dass eine wie auch immer geartete Fortsetzung der zivilen fliegerischen Nutzung nach dem Abzug der Briten nicht durch Steuermittel unterstützt würde. In der Gesellschafterversammlung der Flughafen Gütersloh GmbH im Juli 2013 ist vereinbart worden, dass die kommunalen Gesellschafter bis Ende 2013 Beschlüsse herbeiführen werden, den weiteren Verbleib in der GmbH zu überprüfen oder der Auflösung der GmbH zuzustimmen.

Organe

Organe der Gesellschaft sind

die Geschäftsführer,
die Gesellschafterversammlung und
der Beirat, der jedoch nicht die Stellung eines Aufsichtsrates nach aktienrechtlichen Vorschriften hat.

In der Gesellschafterversammlung vertritt Helen Wiesner (Stellvertretung: Fritz Spratte) die Interessen des Kreises Gütersloh.

In den Beirat der Gesellschaft ist Landrat Adenauer vom Kreistag entsandt worden.

Wirtschaftliche Lage

Der Mitbenutzungsvertrag vom 14.08.2001 wurde durch die British Forces zum 31.10.2003 vorzeitig gekündigt. Zu diesem Zeitpunkt ist der aktive Flugbetrieb eingestellt worden.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von 2.921,88 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von -4.290,37 €) ab.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergeben sich zur Zeit nicht.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	922,78	1.690,78	0,00
Liquide Mittel	12.782,71	5.463,34	10.899,67
	13.705,49	**7.154,12**	**10.899,67**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Bilanzverlust	-14.870,10	-19.160,47	-16.238,59
Rückstellungen	750,00	750,00	750,00
Verbindlichkeiten	2.261,00	0,00	823,67
	13.705,49	**7.154,12**	**10.899,67**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 85,57 % (Vorjahr: 89,52 %.

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
sonstige Erträge	0,00	0,00	5.250,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.056,42	-4.296,10	-2.328,12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36,58	4,98	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,85	-0,75	0,00
Jahresfehlbetrag:	**-5.017,99**	**-4.290,37**	**2.921,88**

3.3 Wohnungsbaubereich

3.3.1 KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH, Rheda-Wiedenbrück

Gesellschaftszweck

Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Wohnbauten sollen grundsätzlich nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sein. Sie sorgt bei den Wohnbauten für einen zeitgemäßen Wohnungsbedürfnissen entsprechenden Zustand.

Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Preisbildung im Sinne einer sozialverträglichen Miete und für die Veräußerung von Wohnungen soll angemessen sein, d. h. Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens sollen grundsätzlich ermöglicht werden.

Öffentlicher Zweck

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Insofern gehört die Schaffung und Unterhaltung von sozialem Wohnraum zum Bereich der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2.182.710 €. Die Gesellschafterstruktur gestaltet sich wie folgt:

Gesellschafter	Relativer Anteil am Stammkapital
Ravensberger Heimstättengesellschaft mbH, Bielefeld	40,62 %
Kreis Gütersloh	37,67 %
Flora Westfalica GmbH, Rheda-Wiedenbrück	7,82 %
Stadt Gütersloh	4,29 %
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	3,49 %
Gemeinde Herzebrock-Clarholz	2,65 %
Stadt Verl	1,36 %
Gemeinde Langenberg	1,05 %
Stadt Rietberg	1,05 %

Organe

Organe der Gesellschaft sind

die Gesellschafterversammlung
der Aufsichtsrat
die Geschäftsführung.

Mitglied des Kreises Gütersloh in der Gesellschafterversammlung ist Landrat Adenauer (Stellvertreterin: Kreisdirektorin Koch).

Landrat Adenauer übt aufgrund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages (§ 12 Abs.2) zugleich das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrates aus.

In der Geschäftsführung der Gesellschaft wirkt kein Vertreter des Kreises Gütersloh mit.

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Entwicklung der KHW GmbH im Jahr 2013 wird aus Sicht der Geschäftsführung als sehr zufriedenstellend bezeichnet. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,73 %. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erhöhte sich um 10,82 % auf 785.582,80 €. Beim Jahresüberschuss gelang eine Verbesserung um 9,57 % auf 751.079,51 €.

In ihrem wohnungswirtschaftlichen Kerngeschäft war die KHW erneut recht erfolgreich. Die Leerstandsquote betrug in ihrem Wohnungsbestand am Jahresende lediglich 0,5 %. (Zum Vergleich: Bei den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in OWL betrug die Leerstandsquote durchschnittlich 2,57 %.) Die Mieterwechselquote im KHW-eigenen Bestand ging gegenüber dem Vorjahr von 9,9 % auf 8,9 % zurück. Sie lag damit ebenfalls deutlich unter dem OWL-Durchschnittswert von 11,1 %. Wie in den Vorjahren wurden Kündigungen der Wohnungen nur sehr selten aus Unzufriedenheit mit den Wohnbedingungen ausgesprochen. Gekündigt wurde am häufigsten, weil der Wohnort gewechselt wurde, die Wohnung zu klein geworden war und/oder man Eigentum erworben hatte oder weil die Wohnung aus Altersgründen aufgegeben werden musste.

Der eigene Wohnungsbestand der KHW betrug im Rechnungsjahr 1.095 Einheiten, der von ihr für fremde Rechnung verwaltete Bestand belief sich auf 205 Wohnungen. Die Zahl der insgesamt verwalteten Wohnungen betrug damit 1.300 Wohneinheiten. Zusätzlich wurden 178 eigene Garagen, 14 Carport-Stellplätze und 8 Bikeports verwaltet.

Die Summe der Grundmieten war im Berichtsjahr nur geringfügig höher als im Vorjahr. Die durchschnittliche Nettomiete pro m² Wohnfläche stieg von 4,42 € monatlich auf 4,47 €. Die durchschnittlichen Gesamtwohnkosten pro m² Wohnfläche erhöhten sich von 6,64 € pro m² monatlich auf 6,70 €.

Die bei der KHW traditionell vergleichsweise geringen Erlösschmälerungen aufgrund von Leerständen, Mietminderungen und Mietnachlässen nahmen im Berichtsjahr zwar leicht zu, waren aber mit 27.008,90 € immer noch sehr erträglich.

Die KHW registrierte im Berichtsjahr wie schon in den Vorjahren als Folge der sogenannten Hartz IV-Gesetzgebung eine unverändert lebhafte Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Vor allem kleinere Wohnungen für Alleinstehende wurden nach wie vor stark nachgefragt. Andererseits gestaltete sich die Anschlussvermietung für frei gewordene Wohnungen bisweilen sehr schwierig, weil der Zustand der zurückgelassenen Wohnungen eine direkte Weitervermietung nicht zuließ. Auch die noch immer hohe Zahl problembehafteter Mietinteressenten stellte das Vermietungsgeschäft zum Teil vor hohe Anforderungen.

Wie im Vorjahr sind die als möglich erachteten negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die KHW glücklicherweise ausgeblieben. Ausgeblieben sind auch die befürchteten Erlösausfälle. Die Gesellschaft konnte sich vielmehr auf gutem Niveau stabilisieren. Anzeichen für eine negative Entwicklung der KHW im Jahr 2014 liegen zurzeit nicht vor. Es sind weder den Bestand gefährdende noch andere Risiken erkennbar, die sich in wesentlichem Umfang nachteilig auf den Geschäftsverlauf oder die wirtschaftliche Lage auswirken könnten.

Allerdings ist absehbar, dass sich mit der Energiewende und infolge der nach wie vor ansteigenden Energiekosten die Lebenshaltungskosten weiter erhöhen. Die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter könnte sich so weiter verschlechtern und für die KHW zu Erlösschmälerungen führen. Außerdem ist nicht auszuschließen, dass sich die Mieterwechselquote wieder erhöht und auch die Zahl der Wohnungsleerstände wieder zunimmt.

Die Ertragssituation der KHW könnte sich durch all das verschlechtern. Die Existenz des Unternehmens wird aber laut Darstellung der Geschäftsführung nicht gefährdet sein. Es wird vielmehr erwartet, dass die Ertragslage der KHW relativ stabil bleibt und mittelfristig insbesondere die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen nicht nur energetisch und ökologisch positive Effekte haben werden, sondern auch zu einer nachhaltigen Wohnzufriedenheit führen und damit die Vermietbarkeit der Wohnungen dauerhaft gesichert wird.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen stellen die KHW bereits heute vor große Herausforderungen. Sie empfindet die in den Quartieren deutlich spürbaren Auswirkungen des demographischen Wandels nach wie vor aber nicht als Bedrohung, sondern eher als Chance.

Die Erkenntnisse aus der regelmäßig durchgeführten Portfolioanalyse wurden bei der operativen Planungs- und Investitionsrechnung berücksichtigt und in die Wirtschafts- und Finanzplanung für die kommenden Jahre integriert. Für 2014 geht die Geschäftsführung davon aus, dass die wirtschaftliche Lage der KHW gefestigt bleibt und keinen Anlass zur Besorgnis geben wird.

Personalbereich

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2013 durchschnittlich beschäftigt:

	Vollbeschäftigte	**Teilzeitbeschäftigte**
Kaufmännische Mitarbeiter	5	2
Technische Mitarbeiter	4	0
	9	**2**

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die KHW hat im Geschäftsjahr 2013 wie in den Vorjahren eine Dividende von 6 % auf das eingesetzte Kapital ausgeschüttet, so dass der Kreis Gütersloh eine Brutto-Dividende von rd. 49 T€ erzielt hat.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.781,00	4.236,00	4.401,00
Sachanlagen	40.945.741,21	40.594.550,87	41.515.806,41
Finanzanlagen	1.021.375,00	1.021.375,00	417.875,00
Vorräte	1.760.803,70	1.897.445,23	1.987.980,04
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180.183,42	199.960,63	166.519,90
Liquide Mittel	1.338.274,64	1.212.815,60	1.880.429,43
Aktive Rechnungsabgrenzung	58.015,17	72.500,95	46.858,91
	45.313.174,14	**45.002.884,28**	**46.019.870,69**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	2.182.710,00	2.182.710,00	2.182.710,00
Gewinnrücklagen	14.542.321,19	14.923.056,42	15.673.086,90
Bilanzgewinn	434.176,08	607.961,46	478.047,89
Rückstellungen	1.241.919,82	1.141.072,00	1.134.334,57
Verbindlichkeiten	26.912.047,05	26.148.084,40	26.551.691,33
	45.313.174,14	**45.002.884,28**	**46.019.870,69**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 39,84 % (Vorjahr: 39,36 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	5.849.073,18	5.870.705,24	5.913.459,41
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-74.224,88	136.641,53	90.534,81
andere aktivierte Eigenleistungen	61.991,12	63.240,04	150.864,53
sonstige betriebliche Erträge	119.587,62	137.596,47	62.145,88
Materialaufwand	-2.697.305,98	-2.841.092,98	-2.674.361,86
Personalaufwand	-837.126,23	-822.541,36	-861.999,35
Abschreibungen	-1.038.545,61	-1.047.539,82	-1.069.558,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	-195.729,26	-167.620,56	-194.896,06
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	26.412,69	1.030,00	548,75
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54.258,15	47.678,54	23.960,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-695.172,50	-669.224,97	-655.114,84
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-19.964,51	-21.293,41	-32.667,58
sonstige Steuern	-1.614,19	-2.095,51	-1.835,71
Jahresüberschuss:	**551.639,60**	**685.483,21**	**751.079,51**

3.3.2 Kreiswohnstättengenossenschaft Halle (Westf.) e.G., Halle (Westf.)

Genossenschaftszweck

Vorrangiger Zweck der Genossenschaft ist nach § 2 der Satzung eine gute, sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft. Die Genossenschaft kann dazu Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen.

Öffentlicher Zweck

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Insofern gehört die Schaffung und Unterhaltung von sozialem Wohnraum zum Bereich der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Die Genossenschaftsmitglieder weisen zum 31.12.2013 Genossenschaftsanteile in Höhe von insgesamt rd. 2,6 Mio. € auf. Davon entfielen auf den Kreis Gütersloh rd. 266 T€ oder 10,23 %.

Organe

Organe der Genossenschaft sind

der Vorstand,
der Aufsichtsrat und
die Mitgliederversammlung.

In der Mitgliederversammlung ist für den Kreis Gütersloh Frau Elke Hardieck (Stellvertreterin: Frau Renate Bölling) vertreten.

Im Aufsichtsrat der Genossenschaft sind Landrat Sven-Georg Adenauer, Elke Hardieck und Renate Bölling vertreten. Frau Hardieck ist die Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Genossenschaft hat im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 852 T€ erwirtschaftet (Vorjahr: 881 T€). Das Ergebnis liegt über den Planungen. Die Gesamtumsatzerlöse haben im Vergleich zum Vorjahr um rd. 112 T€ abgenommen. Im Einzelnen beträgt die Steigerung bei den Umsatzerlösen aus Vermietung rd. 358 T€, und bei Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen rd. 4 T€. Da im Umlaufvermögen keine Grundstücke mehr zum Verkauf standen, konnten in diesem Bereich keine Umsatzerlöse erzielt werden (Vorjahr: 473 T€).

Die KWG bewirtschaftete am 31.12.2013 im eigenen Bestand 1.735 Wohnungen, 17 gewerbliche und 5 sonstige Einheiten sowie 570 Stellplätze und Einstellplätze in Garagen, Carports und Tiefgaragen.

Für das Jahr 2013 kann aus Sicht der KWG festgehalten werden, dass sich die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt im Norden des Kreises Gütersloh auf einem hohen Niveau stabilisiert hat. Waren es in den Vorjahren vorrangig kleine Wohnungen, die in Größe und Mietpreis den Anforderungen der Grundsicherung genügen sowie barrierearme/seniorengerechte Wohnungen, die sehr stark nachgefragt wurden, kann für das Geschäftsjahr 2013 festgestellt werden, dass vermehrt Wohnungen für fünf- bis sechsköpfige Familien gesucht wurden.

Am 31.12.2013 standen 41 (2012: 32) Wohnungen leer. Das entspricht 2,4 % (2012: 1,8 %) des Wohnungsbestandes. Die mit dem Leerstand verbundenen Erlösschmälerungen bei Sollmieten betrugen für das Jahr 2013 insgesamt 117 T€ (2012: 128 T€). Das sind 1,9 % der Sollmietbeträge. Die Zahl der Wohnungswechsel betrug 160 und verringerte sich damit um 4 (2012 = 164) Wohnungswechsel gegenüber 2012. Die Fluktuationsquote beträgt 9,2 % (2012 = 9,5 %).

Auch in den Geschäftsjahren 2013 bis 2015 wird die KWG Häuser aus den 1960´er Jahren energetisch modernisieren. Für das Anbringen von wärmegedämmten Fassaden und die Modernisierung von Heizungsanlagen stehen jährlich rd. 3.000 T€ zur Verfügung. Darüber hinaus beschäftigt sich die KWG mit der Projektierung von Neubaumaßnahmen in Steinhagen und Versmold.

Ausgehend von einer weiterhin stabilen Nachfrage werden nach Einschätzung der Geschäftsleitung auch für die kommenden Geschäftsjahre Jahresergebnisse in ähnlicher Höhe erwartet, die die Eigenkapitalbasis der Genossenschaft weiter stärken werden.

Personalbereich

Die Zahl der im Geschäftsjahr 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollbeschäftigte	**Teilzeitbeschäftigte**
Kaufmännische Mitarbeiter	6,5	3,9
Technische Mitarbeiter	3,3	0,0
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte etc.	4,0	2,0
Auszubildende	2,0	0,0
	15,8	**5,9**

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die KWG hat im Geschäftsjahr 2013 eine Dividende von 4 % ausgeschüttet. Auf den Kreis Gütersloh entfielen rd. 10,6 T€.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.978,00	8.910,00	12.926,00
Sachanlagen	49.084.894,90	49.276.273,12	49.239.649,82
Finanzanlagen	19.901,76	33.138,16	31.077,29
Vorräte	2.700.009,03	2.840.054,30	2.959.985,53
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	311.029,27	187.441,88	254.618,11
Sonstige Wertpapiere	1.000.000,00	740.250,00	1.344.900,00
Liquide Mittel	551.400,44	850.338,65	1.866.901,68
	53.674.213,40	**53.936.406,11**	**55.710.058,43**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	2.659.199,03	2.684.905,56	2.687.551,35
Ergebnisrücklagen	23.755.541,56	24.312.844,40	24.891.704,53
Bilanzgewinn	257.585,85	480.950,75	652.042,65
Rückstellungen	236.161,00	280.941,15	236.545,15
Verbindlichkeiten	26.747.892,63	26.162.930,92	27.232.381,42
Passive Rechnungsabgrenzung	17.833,33	13.833,33	9.833,33
	53.674.213,40	**53.936.406,11**	**55.710.058,43**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 50,7 % (Vorjahr: 50,9 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	8.706.179,14	9.030.382,33	8.918.467,68
Minderung und Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-182.926,83	140.563,93	117.830,95
andere aktivierte Eigenleistungen	41.502,00	46.481,00	57.268,00
sonstige betriebliche Erträge	172.443,50	241.906,55	245.991,27
Materialaufwand	-4.620.437,52	-4.795.704,66	-4.720.380,77
Personalaufwand	-987.665,82	-1.010.860,84	-1.018.636,56
Abschreibungen	-1.724.508,20	-1.771.496,71	-1.792.679,80
sonstige betriebliche Aufwendungen	-239.111,55	-234.329,53	-273.131,74
Erträge aus Ausleihungen	153,32	190,82	189,98
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.082,13	21.081,48	13.731,11
Abschreibungen a. Finanzanl. u. a. Wertpapiere des Umlaufverm.	0,00	-9.750,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-475.466,04	-480.726,20	-487.991,65
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-60.849,40	-89.870,23	-1.596,65
sonstige Steuern	-201.808,88	-206.917,19	-207.019,17
Jahresüberschuss	457.585,85	880.950,75	852.042,65
Gewinnvortrag	0,00	0,00	200.000,00
Ergebnisabführung	-200.000,00	-400.000,00	-400.000,00
Bilanzgewinn	**257.585,85**	**480.950,75**	**652.042,65**

3.4 Sozialbereich

3.4.1 wertkreis Gütersloh gGmbH (vorher: Werkstatt für behinderte Menschen im Kreis Gütersloh gGmbH (WfbM))

Gesellschaftszweck

Zweck der Gesellschaft ist im Wesentlichen der Betrieb einer Werkstatt sowie das Führen von Wohnheimen für behinderte Menschen. Gegenstand der Gesellschaft ist die pädagogische und pflegerische Assistenz und Unterstützung für Menschen mit Behinderung und Menschen mit Pflegebedarf. Ein weiterer Gegenstand der Gesellschaft ist das Führen von Integrationsunternehmen als Zweckbetriebe im Sinne des § 65 AO.
Aufgabe der Gesellschaft ist die wirksame Eingliederung und Arbeitsförderung von Menschen mit Behinderung. Die Gesellschaft kann zur Erreichung dieser Zwecke auch Wohnungen und weitere Wohnheime für Behinderte errichten oder übernehmen und sonstige Maßnahmen treffen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes geeignet sind. Die Gesellschaft kann im Kreisgebiet Kurzzeitpflegeeinrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche errichten und führen.

Öffentlicher Zweck

Der wertkreis gehört zu den öffentlichen Einrichtungen im Sinne von § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO, die für die soziale Betreuung der Einwohner erforderlich sind. Insofern handelt es sich hier rechtstechnisch um eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit, so dass der öffentliche Zweck nicht gesondert darzulegen ist. Er ergibt sich aber automatisch aus dem Zweck der Gesellschaft.

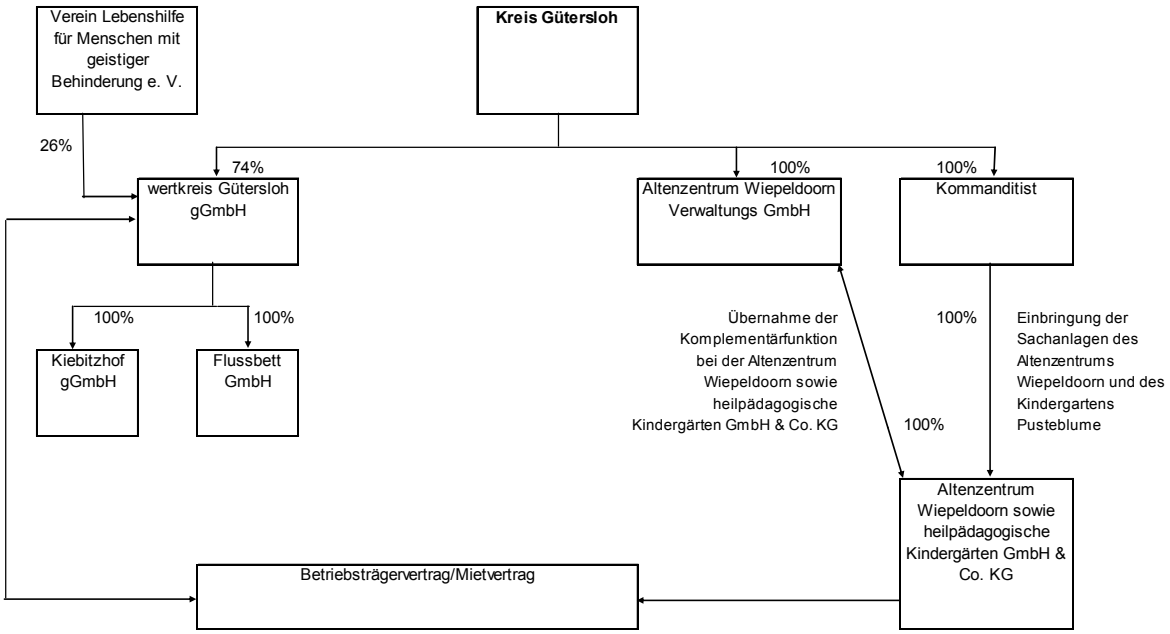
Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 51.150 €.

Gesellschafter sind:

Gesellschafter:	Gesellschaftsanteil:	
Kreis Gütersloh	37.850 €	74 %
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.	13.300 €	26 %

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich in der Übersicht, auch unter Berücksichtigung der Ausgliederung des Altenheimes und der heilpädagogischen Kindergärten sowie der mittelbaren Beteiligungen an der Kiebitzhof gGmbH und der Flussbett GmbH wie folgt dar:



Organe

Organe der Gesellschaft sind

- die Gesellschafterversammlung,
- der Aufsichtsrat und
- die Geschäftsführung.

In der Gesellschafterversammlung sind für den Kreis Gütersloh folgende Personen vertreten:

Mitglieder	Stellvertreter/innen
Sven-Georg Adenauer	Susanne Koch
Monika Paskarbies	Helmut Feldmann
Ute Jost	Ursula Ecks

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Mitglieder	Stellvertreter/innen
Kreisdirektorin Susanne Koch	Judith Schmitz
Elke Hardieck	Detlev Kroos
Elisabeth Witte	Dr. Heinz-Josef Sökeland
Helmut Feldmann	Jürgen Adolf
Hans Schäfer	Klaus Dirks
Bernhild Köster	Günter Höppner
Ursula Ecks	Anke Wadewitz
Michael Gutzeit	Udo Brune
Ute Jost	Renate Bölling
Detlef Vincke	Helga Lange
Marco Mantovanelli	Catharina Vincke
Arne Bartkowiak	Johannes Flore
Dirk Holtkamp	Werner Bohnenkamp

Der Geschäftsführer des wertkreises ist seit dem 1. November 2008 Herr Martin Henke.

Wirtschaftliche Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2013 hat die wertkreis Gütersloh gGmbH den Weg der Konsolidierung erfolgreich fortgeführt. So konnte das Defizit von 1.572 T€ in 2012 auf 380 T€ in 2013 reduziert werden. Laut Aussage der Geschäftsführung ist das ein Beleg dafür, dass die Maßnahmen der optimierten Unternehmenssteuerung greifen. Maßgeblich verantwortlich für das verbesserte Ergebnis ist eine gesteigerte Leistungserbringung bei unterproportionalem Anstieg der Kosten, insbesondere der Personalkosten.
Der Geschäftsbereich, in dem Menschen mit Behinderung lernen und arbeiten, umfasst die Tätigkeitsfelder der Beruflichen Bildung, der Beruflichen Teilhabe sowie der Beruflichen Inklusion. Die durchschnittliche Anzahl der betreuten Mitarbeitenden mit Behinderung ist gestiegen. Die differenzierte Betrachtung der Zahlen ergibt, dass sich die Belegungsstruktur nachhaltig verändert hat. Die Anzahl der Mitarbeitenden mit psychischen sowie schweren und Mehrfachbehinderungen ist gestiegen, die mit geistigen Behinderungen dagegen gesunken. Bezogen auf den Tätigkeitsbereich der Beruflichen Bildung ist wie im Vorjahr ein leichter Rückgang der Teilnehmerzahl zu verzeichnen, während im Arbeitsbereich (Berufliche Teilhabe und Berufliche Inklusion) ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen erzielt wurde. Die Entwicklungen bei der wertkreis Gütersloh gGmbH entsprechen dem Trend wie er im Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2012 festgestellt wurde.
Die Drittumsätze aus dem Geschäftsbereich der Beruflichen Teilhabe waren 2013 von dem untypisch harten und lang dauernden Winter geprägt. Das zeigte sich vor allem im Baugewerbe. Vieles konnte im Jahresverlauf jedoch durch andere Aufträge und zum Teil angepasste Preise kompensiert werden.
Der Geschäftsbereich Wohnen umfasst die stationären Wohneinrichtungen, die Tagesbegleitung „Unter den Ulmen“, das Ambulant Betreute Wohnen sowie das Kurzzeitpflegehaus „Die Arche“. Hier kam es zu einer höheren Auslastung mit einer Steigerung der Belegung. Die Überprüfung der Leistungstypen wurde abgeschlossen und so konnten entsprechend höhere Leistungsentgelte erzielt werden. Während der Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens moderat expandiert, wird das Ergebnis des Kurzzeitpflegehauses „Die Arche“ durch das geringe Platzangebot und die saisonal schwankende Nachfrage voraussichtlich langfristig defizitär bleiben.
Zum Geschäftsbereich Kind und Familie gehören die integrative Kindertagesstätte Hulahoop und der heilpädagogische Kindergarten Pusteblume in Gütersloh sowie zwei additive Kindertagesstätten in Harsewinkel und Schloß Holte-Stukenbrock.
Im Geschäftsbereich des Altenzentrums Wiepeldoorn (AZW) konnten die in 2012 bestehenden Qualitätsprobleme überwunden werden. Trotz Beendigung des Aufnahmestopps lag jedoch nur eine durchschnittliche Belegung von 78 % vor.

Die weiter auseinander gehende Schere zwischen der Refinanzierung der Leistungen der wertkreis Gütersloh gGmbH und den steigenden Personalkosten erschweren es deutlich, den geforderten Qualitätsanforderungen vollumfänglich zu entsprechen. Die Tarifsteigerung im TVöD beträgt zum 1. März 2014 mindestens 90 € je Vollkraft wohingegen die aktuellen Vergütungsvereinbarungen für die Berufliche Bildung und die Berufliche Teilhabe nur Erlössteigerungen von rd. 1,8 % erwarten lassen. Für das stationäre Wohnen liegt ein Angebot mit um 2,85 % gesteigerten Vergütungssätzen auf die Grund- und Maßnahmepauschale ab 1. Juni 2014 vor. Die deutlich geschmolzenen Investitionsförderungen der Kostenträger verschärfen den wirtschaftlichen Druck zudem. Die Auftragslage der Werkstatt ist im starken Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der Kunden abhängig. Ein nachhaltiger Umsatzeinbruch ist laut Aussage der Geschäftsleitung derzeit nicht absehbar. Die Nachfrage der Heilpädagogischen Kindergartenplätze reduziert sich deutlich dynamischer als von Experten prognostiziert. Die Entwicklung bleibt abzuwarten. Im Bereich des AZW ist eine Intensivierung des Wettbewerbs zu verzeichnen. Zusätzliche neue Angebote in der Region durch andere Anbieter könnten sich nachteilig auf die Auslastung auswirken.

Die Liquiditätslage befindet sich aus Sicht der Geschäftsführung auf einem guten Niveau.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Rahmenbedingungen rechnet der Geschäftsführer für 2014 mit einer weiteren Ergebnisverbesserung. Laut Wirtschaftsplan wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Personalbereich

In 2013 waren durchschnittlich 452 Vollkräfte beschäftigt, die sich auf insgesamt 589 sozialversicherungspflichtige Personalfälle aufgeteilt haben. Das Fachpersonal wird nach dem TVöD vergütet. Die tariflichen Verpflichtungen der wertkreis Gütersloh gGmbH sind nicht mehr vollumfänglich Bestandteil der Refinanzierung. Trotz dieser zunehmend schwierigeren Rahmenbedingungen ist es gelungen, den geforderten Qualitätsanforderungen zu entsprechen.

Positiv zu bewerten ist aus Sicht der Geschäftsführung, dass die wertkreis Gütersloh gGmbH alle zu besetzenden Stellen mit qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen konnte. Der vielerorts beschriebene Fachkräftemangel stellte bislang kein Problem für die Gesellschaft dar.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Es bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften zugunsten der verbundenen Unternehmen Flussbett GmbH bis zu einem Höchstbetrag von 120 T€ und zugunsten der Kiebitzhof gGmbH von 160 T€. Darüber hinaus bestehen Bürgschaften zugunsten der Wolkenlos gemeinnützige GmbH (Laufzeit befristet bis 31.12.2015) bis zu einem Höchstbetrag von 320 T€. Trotz Insolvenz der Gesellschaft gab es bisher keine Inanspruchnahme des Kreises Gütersloh, da die bezuschussten Arbeitsplätze von der Kiebitzhof gGmbH, Gütersloh, übernommen werden.
Der wertkreis Gütersloh gGmbH (vorher Werkstatt für Behinderte) sind in den 90er Jahren 3 Bürgschaften gewährt worden. Finanzbelastungen ergaben sich für den Kreis daraus bisher nicht.

Gewinnabführungen des wertkreises an die Gesellschafter sind nach § 3 des Gesellschaftsvertrages aufgrund der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht vorgesehen.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	198.573,00	136.127,00	69.844,00
Sachanlagen	23.964.831,65	24.892.394,17	25.309.666,11
Finanzanlagen	431.655,27	244.928,05	246.122,73
Vorräte	1.327.274,20	1.478.262,46	1.753.473,25
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.984.734,31	12.067.852,66	11.553.388,15
Liquide Mittel	8.794.325,63	8.255.778,79	7.828.395,98
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.265,50	4.025,00	12.520,58
	45.707.659,56	**47.079.368,13**	**46.773.410,80**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	51.150,00	51.150,00	51.150,00
Kapitalrücklage	5.820.161,92	5.820.161,92	5.820.161,92
Gewinnrücklagen	20.568.787,02	20.568.787,02	20.568.787,02
Verlustvortrag	0,00	0,00	-1.572.306,78
Jahresfehlbetrag	0,00	-1.572.306,78	-380.225,20
Sonderposten	3.946.720,93	3.656.463,78	3.608.782,95
Rückstellungen	2.299.433,48	2.814.495,36	2.402.147,00
Verbindlichkeiten	12.989.960,02	15.718.407,04	15.744.785,88
Passive Rechnungsabgrenzung	31.446,19	22.209,79	530.128,01
	45.707.659,56	**47.079.368,13**	**46.773.410,80**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 52,4 % (Vorjahr: 52,8 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	16.139.595,91	16.411.264,71	16.279.871,89
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	28.236,00	39.776,00	601.038,77
Aktivierte Eigenleistungen	1.075,02	506,58	3.993,00
sonstige betriebliche Erträge	35.579.045,64	37.530.620,57	39.512.645,75
Materialaufwand	-9.367.577,19	-9.923.265,64	-10.473.986,85
Personalaufwand	-32.763.533,46	-34.544.877,50	-34.780.226,37
Abschreibungen	-1.926.546,46	-2.062.550,20	-1.969.937,99
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.409.519,43	-8.970.957,58	-9.434.148,91
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	5.907,96	1.347,88	1.298,39
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	253.772,69	232.637,55	189.007,67
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-49.999,00	-24.999,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-253.020,76	-235.242,84	-278.756,85
sonstige Steuern	-22.628,00	-26.567,31	-31.023,70
Jahresüberschuss:	**214.808,92**	**-1.572.306,78**	**-380.225,20**

3.4.2 Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG, Gütersloh

Gesellschaftszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages die Überlassung vom Altenzentrum sowie heilpädagogischen Kindergärten an die wertkreis Gütersloh gGmbH (vorher: Werkstatt für behinderte Menschen im Kreis Gütersloh gGmbH).

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft gehört aufgrund der per Gesellschaftszweck definierten Verknüpfung mit dem wertkreis zu den öffentlichen Einrichtungen im Sinne von § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO, die für die soziale Betreuung der Einwohner erforderlich sind. Insofern handelt es sich hier kommunalrechtlich ebenfalls um eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit, so dass der öffentliche Zweck nicht gesondert darzulegen ist.

Beteiligungsverhältnisse

Einziger Kommanditist der Gesellschaft ist der Kreis Gütersloh mit einer Stammeinlage in Höhe von 511.291,88 € (1.000.000 DM), die als Sacheinlage erbracht wurde.

Komplementär ist die Firma Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH. Sie hat keine Einlage in die GmbH & Co. KG geleistet und hält keinen Kapitalanteil.

Organe

Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst. Der Kreistag des Kreises Gütersloh hat Landrat Adenauer in die Gesellschafterversammlung entsandt (Stellvertreterin: Kreisdirektorin Koch).

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH vorgenommen.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Da der Jahresabschluss 2013 zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vorlag, wird an dieser Stelle über das Jahr 2012 berichtet. Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen umfassen die Jahre 2010 bis 2012.

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung des Kreises Gütersloh von August 2010 bis September 2011 hat die GPA NW (Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen) folgende Empfehlung ausgesprochen: „Wir empfehlen dem Kreis Gütersloh darüber hinaus, auf die Geschäftsleitung einzuwirken, mittelfristig mit ausgeglichenen Jahresergebnissen zu operieren, um den gemeinnützigen Zweck der Einrichtung dauerhaft nicht zu gefährden.“

Mit der Geschäftsführung sind Maßnahmen zur näheren Analyse der Problemlagen vereinbart worden, auf deren Grundlage Handlungsschritte zur Stabilisierung der Gesellschaft festgelegt werden sollen.

Unmittelbare finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergeben sich aus der Beteiligung nicht. Der Gesellschaft sind allerdings 9 Bürgschaften gewährt worden. Finanzbelastungen ergaben sich für den Kreis daraus bisher nicht.

Bilanzen:

Aktiva:	2010	2011	2012
Immaterielle Vermögensgegenstände	4,00	4,00	365,00
Sachanlagen	19.705.873,84	19.085.332,84	18.731.054,45
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	883.248,24	866.676,04	949.836,25
Liquide Mittel	190.234,79	177.484,90	660.976,09
	20.779.360,87	**20.129.497,78**	**20.342.231,79**

Passiva:	2010	2011	2012
Haftkapital	511.291,88	511.291,88	511.291,88
Verlustkonto	-1.770.652,09	-1.862.752,53	-1.967.337,93
Gewinnrücklagen	3.826.410,48	3.826.410,48	3.826.410,48
Rückstellungen	9.300,00	10.300,00	10.800,00
Verbindlichkeiten	18.203.010,60	17.644.247,95	17.961.067,36
	20.779.360,87	**20.129.497,78**	**20.342.231,79**

Die Eigenkapitalquote im Jahr 2012 betrug 11,7 % (Vorjahr 12,3 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2010	2011	2012
Umsatzerlöse	1.544.872,14	1.577.765,36	1.575.330,84
sonstige betriebliche Erträge	8.906,40	958,17	27.731,02
Materialaufwand	-53,55	0,00	0,00
Abschreibungen	-693.932,79	-690.969,12	-686.929,14
sonstige betriebliche Aufwendungen	-331.172,03	-369.795,24	-438.848,85
Erträge aus Wertpapieren u.a.	0,00	0,00	227,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	441,40	1.530,72	50,11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-636.416,90	-611.590,33	-590.235,25
sonstige Steuern	0,00	0,00	8.088,87
Jahresfehlbetrag:	**-170.355,33**	**-92.100,44**	**-104.585,40**

3.4.3 Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH, Gütersloh

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Komplementärfunktion, Geschäftsführungsfunktion bei der Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG.

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft ist Teil der gesellschaftsrechtlichen Gestaltung des Altenheimbetriebes und insoweit ebenfalls der nichtwirtschaftlichen Betätigung im Sinne von § 107 Abs. 2 GO zuzuordnen.

Beteiligungsverhältnisse

Einziger Gesellschafter ist der Kreis Gütersloh mit einer Stammeinlage von 25.000 €.

Organe

In der Gesellschafterversammlung ist Landrat Adenauer (Stellvertreterin: Kreisdirektorin Koch) vertreten.

Die Geschäftsführung obliegt dem Geschäftsführer der wertkreis Gütersloh gGmbH, Martin Henke.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Da der Jahresabschluss 2013 zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vorlag, wird an dieser Stelle über das Jahr 2012 berichtet. Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen umfassen die Jahre 2010 bis 2012.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich aus der Beteiligung nicht.

Bilanzen:

Aktiva:	2010	2011	2012
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.029,62	10.446,75	11.824,01
Liquide Mittel	17.170,38	15.996,05	14.618,79
	26.200,00	**26.442,80**	**26.442,80**

Passiva:	2010	2011	2012
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Rückstellungen	1.200,00	1.300,00	1.300,00
Verbindlichkeiten	0,00	142,80	142,80
	26.200,00	**26.442,80**	**26.442,80**

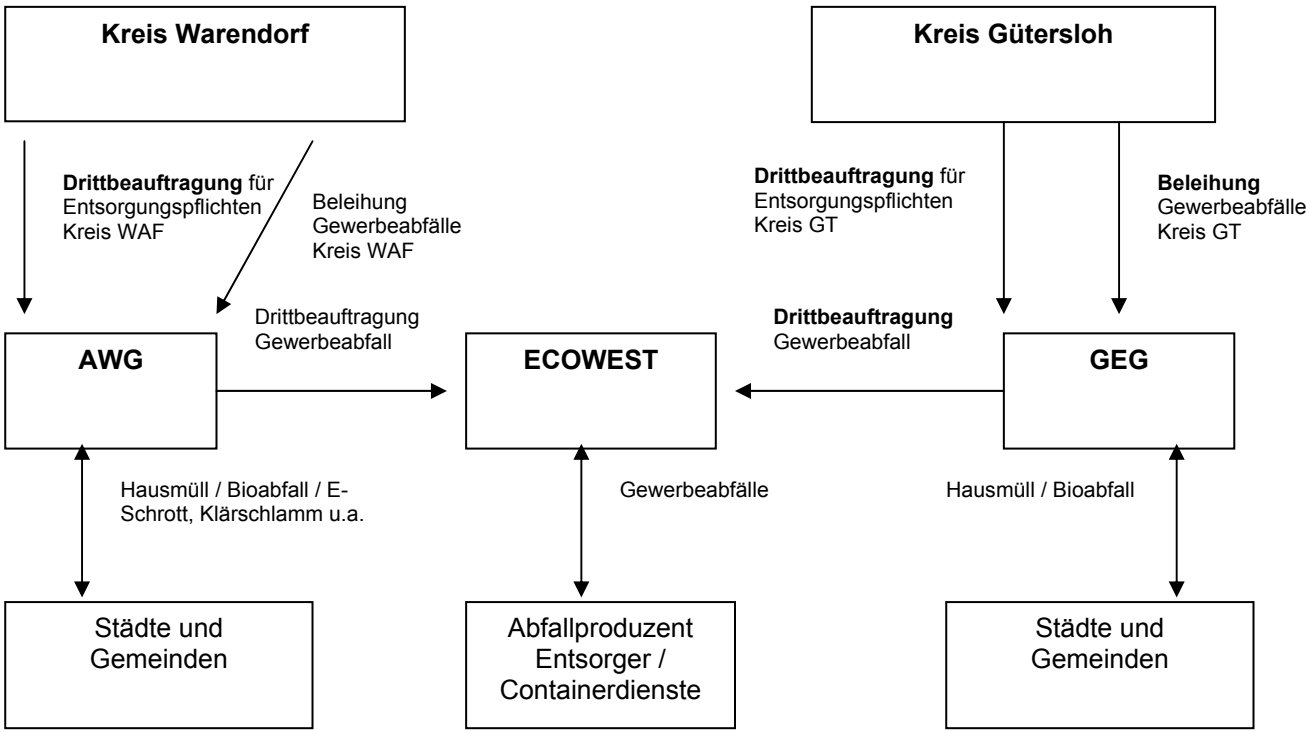
Die Eigenkapitalquote im Jahr 2012 betrug 94,6 % (Vorjahr: 94,6 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2010	2011	2012
sonstige ordentliche Erträge	1.370,82	1.468,13	1.377,26
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.370,82	-1.468,13	-1.377,26
Jahresüberschuss:	**0,00**	**0,00**	**0,00**

3.5 Umweltbereich

Nach der in zwei Schritten erfolgten Ausgliederung der Abfallwirtschaft (zunächst der Gewerbeabfall, dann der Hausmüllbereich) aus dem Haushalt des Kreises im Jahr 2000 bzw. 2001 und der in der Abfallwirtschaft vorgenommenen engen Kooperation mit dem Kreis Warendorf ergibt sich für diesen Tätigkeitsbereich die nachstehende Organisationsstruktur:



3.5.1 Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Rheda-Wiedenbrück

Gesellschaftszweck

Nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand der Gesellschaft die Entsorgung (Beseitigung/Verwertung) von Abfällen, die im Kreis Gütersloh anfallen und/oder der Gesellschaft überlassen werden, wobei der Gesellschaft die Hausmüllentsorgung als Drittbeauftragte nach § 16 Abs. 1 KrW-/AbfG übertragen wurde, die Nachsorge von Abfallentsorgungsanlagen sowie die Abfallberatung.

Öffentlicher Zweck

Die GEG gehört zu den öffentlichen Einrichtungen des Umweltschutzes im Sinne von § 107 Abs. 2 Nr. 4 GO. Insofern handelt es sich hier rechtstechnisch um eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit, so dass der öffentliche Zweck nicht gesondert darzulegen ist.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 500 T€. Einziger Gesellschafter ist der Kreis Gütersloh.

Über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der GEG an anderen Unternehmen der Abfallwirtschaft ergeben sich für den Kreis Gütersloh ebenfalls folgende mittelbare Beteiligungsverhältnisse:

a) Unmittelbare Beteiligung der GEG an der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH; Ennigerloh

Die GEG ist an der ECOWEST unmittelbar mit 49 % beteiligt.

Vor dem Hintergrund der Regelungen des Vertrages über die Kooperation in der Abfallwirtschaft mit der AWG hatte der Kreistag des Kreises Gütersloh beschlossen, gemeinsam mit der AWG Ersatzbrennstoffe aus geeigneten Abfällen zu erzeugen. Die AWG hat hierzu ursprünglich gemeinsam mit dem Kreis Gütersloh und der Fa. Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG die ECOWEST GmbH gegründet.

In 2003 wurden die vom Kreis Gütersloh gehaltenen Anteile im Nennwert von 100 T€ auf die GEG übertragen und abgetreten. Die GEG hat der ECOWEST in 2006 ein Darlehen über 2 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2010 hat die Firma REMONDIS GmbH & Co. KG (vorher Fa. Rethmann) ihre Beteiligungsverhältnisse neu geordnet und ist aus der ECOWEST ausgeschieden. Die Geschäftsanteile in Höhe von 9 % wurden in diesem Zusammenhang auf die GEG übertragen, so dass sich die Beteiligung der GEG an der ECOWEST von 40 % auf 49 % erhöht hat.

Die ECOWEST betreibt am Standort des Entsorgungszentrums Ennigerloh die Anlage zur Aufbereitung von Sekundärbrennstoffen (EBS-Anlage). Zur Auslastung der EBS-Anlage und zur Entsorgung der Abfälle aus dem Kreis Gütersloh (siehe auch Organigramm oben) beauftragte der Kreis Gütersloh die ECOWEST mit der Entsorgung vertraglich näher geregelter Abfälle. Die GEG verpflichtet sich, ab Inbetriebnahme der Anlage mindestens 32.000 Mg/a anzuliefern (Kontingentabnahme). Gemeinsam mit der AWG hat die GEG somit die Grundauslastung der EBS-Anlage sicherzustellen. Mit der Firma REMONDIS hat die ECOWEST nach deren Austritt im Jahre 2010 einen Anlieferungsvertrag über Abfallmengen geschlossen, um auch weiterhin eine zusätzliche Auslastung für die EBS-Anlage zu erhalten.

b) Mittelbare Beteiligung der GEG an der BIOWEST Biologische Abfallbehandlung Westfalen GmbH, Ennigerloh

Weiterhin ist die GEG an der BIOWEST mittelbar mit 36,7 % beteiligt.

Die BIOWEST ist ein Unternehmen, an der die ECOWEST unmittelbar zu 74,9 % beteiligt ist. Der Geschäftszweck der BIOWEST ist die Errichtung und der Betrieb einer biologischen Abfallbehandlungsanlage in Ennigerloh.

Zur Finanzierung des Baus einer biologischen Abfallbehandlungsanlage hat die GEG der BIOWEST Darlehen gewährt. In 2006 wurde der BIOWEST ein Darlehen über 2.500 T€ zur Verfügung gestellt.

Organe

Gem. § 4 des Gesellschaftsvertrages sind die Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Organisationsstruktur der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

Die Gesellschafterversammlung setzt sich aus folgendem Personenkreis zusammen:

Vertreter/in	Stellvertreter/in
Frank Scheffer	Ingo Kleinebekel
Klaus Dirks	Arnold Weßling
Bernhard Altehülshorst	Matthias Humpert
Ursula Ecks	Liane Fülling
Birgit Niemann-Hollatz	Thorsten Schmolke
Johannes Brinkrolf	Michael zur Heiden
Johannes Sieweke	N.N.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse haben sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um 520 T€ auf 14.100 T€ verringert. Die höheren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus den Bereichen Boden- und Bauschuttdeponie, kommunale Sammlung und sonstige Erlöse. Dagegen sanken u.a. die Altpapier-Erträge um 137 T€. Die sonstigen Erträge erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund der Erträge aus den Photovoltaikanlagen um 283 T€.

Die Gesellschaft hat 2013 ein Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von -56 T€ erwirtschaftet.

Vor dem Hintergrund, dass den Rückstellungen für die künftigen Aufwendungen der laufenden Nachsorge 518 T€ zugeführt wurden, ist die Ertragslage der GEG aus der Sicht der Geschäftsführung als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Die Erträge aus Finanzanlagen sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Finanz- und Liquiditätslage der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch einen nach wie vor hohen Bestand an liquiden Mitteln und Geldanlagen. Diese Mittel wurden im Rahmen der Einbringung des Regiebetriebes durch den Kreis Gütersloh der Gesellschaft zugeführt. Sie werden auch künftig für Maßnahmen der Rekultivierung und Nachsorge der verfüllten Deponien verwendet. Auf der Grundlage des Nachsorgegutachtens des Ingenieurbüros IWA sind die Verpflichtungen für die investiven (Bau)Maßnahmen der Rückstellung vollständig zugeführt.

Die anstehenden Verpflichtungen für die laufende Nachsorge der Deponien sind zum Ende des Wirtschaftsjahres in unterschiedlicher Höhe in der Rückstellung berücksichtigt.

Risiken für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben bzw. den Bestand der Gesellschaft gefährden, sind aus Sicht der Geschäftsführung derzeit nicht erkennbar. Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Für die Jahre 2014 sowie 2015 wird in der GEG seitens der Geschäftsführung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Die künftige Entwicklung der GEG ist auch an die wirtschaftliche Entwicklung der ECOWEST gekoppelt. Infolge des Überangebotes an Müllverbrennungs- sowie EBS-Kapazitäten sind die Preise für die Entsorgung von gewerblichen Abfällen nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

In den nächsten Geschäftsjahren steht die Rekultivierung der Deponie Halle-Künsebeck II sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden im Vordergrund. Die in 2013 erfolgte Übertragung der Altpapiersammlung der Stadt Gütersloh und der Elektroaltgeräte- und Metallsammlung der Stadt Versmold ab 2014 sind hierzu weitere wichtige Schritte.

Das ehemalige Betriebsgelände der FA. L.I.E.F.U. Kraftfuttermittel GmbH & Co.KG am Standort Rheda soll von der GEG in den nächsten Jahren schrittweise zu einem Entsorgungspunkt ausgebaut werden, um das Mengenaufkommen weiter zu stabilisieren und den Bürgern bzw. Gewerbebetrieben ein erweitertes und verbessertes Dienstleistungsangebot zur Verfügung stellen zu können. Die Fortführung des Projekts wird aktuell durch die noch laufenden Klageverfahren verlangsamt.

Personalbereich

Die Beschäftigtensituation der GEG stellt sich wie folgt dar:

	2011	2012	2013
Leitende Angestellte	2	2	2
Technische Angestellte	4	3	3
Arbeiter	2	2	2
Geringfügig Beschäftigte	4	3	5
Insgesamt	**12**	**10**	**12**

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die Kosten für das der GEG vom Kreis Gütersloh zur Verfügung gestellte Personal werden von der GEG erstattet. Im Rahmen der Personalgestellung des Kreises Gütersloh wurden zwei weitere Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	236,17	16,51	16,51
Sachanlagen	2.860.676,89	6.319.894,67	7.846.176,78
Finanzanlagen	5..048.216,79	5.349.316,43	5.331.655,66
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.557.874,79	1.811.772,87	1.814.753,48
Liquide Mittel	6.419.316,35	3.232.513,09	4.892.651,06
Aktive Rechnungsabgrenzung	9.461,41	43.905,79	96.026,96
	15.895.782,40	**16.757.419,36**	**19.981.280,45**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00	500.000,00
Kapitalrücklage	1.273.069,65	1.273.069,65	1.273.069,65
Gewinnrücklagen	1.874.700,00	1.874.700,00	1.874.700,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	951.298,31	1.017.935,01	1.081.327,65
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	66.636,70	63.392,64	-56.429,92
Rückstellungen	10.307.313,81	11.023.776,32	12.102.898,49
Verbindlichkeiten	922.763,93	1.004.545,74	3.205.714,58
	15.895.782,40	**16.757.419,36**	**19.981.280,45**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 23,4 % (Vorjahr: 28,2 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	14.165.758,03	13.580.384,34	14.099.934,79
sonstige betriebliche Erträge	226157,09	142.778,56	426.227,59
Materialaufwand	-11.286.228,96	-10.908.964,45	-11.184.885,17
Personalaufwand	-468.828,22	-410.350,89	-392.774,30
Abschreibungen	-212.799,44	-362.940,28	-498.055,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.143.118,63	-2.432.217,46	-2.051.027,47
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	185.250,26	155.673,36	137.868,35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	55.987,79	311.529,43	11.339,48
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-3.375,00	0,00	-2.500,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	-9.035,80	-24.682,83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-443.142,21	-1.051,06	-567.142,04
sonstige Steuern	-9.024,01	-2.413,11	-10.732,60
Jahresergebnis:	**66.636,70**	**63.392,64**	**-56.429,92**

3.6 Übrige Bereiche

3.6.1 OstWestfalenLippe GmbH – Gesellschaft zur Förderung der Region

Gesellschaftszweck

Die öffentliche Zwecksetzung des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung), die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Koordination von Kulturförderung und die Koordination von Tourismusförderung.

Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können.

Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur im Rahmen dieser Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Verein Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V.	14.350 €
Stadt Bielefeld	2.050 €
Kreis Gütersloh	2.050 €
Kreis Herford	2.050 €
Kreis Höxter	2.050 €
Kreis Lippe	2.050 €
Kreis Minden-Lübbecke	2.050 €
Kreis Paderborn	2.050 €
Stammkapital:	**28.700 €**

Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und die Fachbeiräte.

Vertreter/in aus dem Kreistag	Stellvertreter/in aus dem Kreistag
Dr. Christine Disselkamp	Albrecht Pförtner

Die Fachbeiräte sollen aus Spezialisten bestehen, die – möglichst paritätisch – aus der Wirtschaft und aus dem kommunalen Bereich stammen und die Geschäftsführung in konzeptionellen Fragen beraten. Die Beiräte haben nicht die Funktion eines Aufsichtsrats. Analog den Geschäftsfeldern gab es in 2013 vier Fachbeiräte. (FB Marketing, FB Innovation + Wissen, FB Tourismus und FB Kultur).

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Gesamtvolumen (Erträge/Einnahmen) der OWL GmbH hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 weiter verändert. Nach den Plandaten ergibt sich eine Steigerung von rd. 2 % und den Istdaten eine Reduktion von rd. 4 %. Für die Aufgaben des Geschäftsjahres 2013 standen der Gesellschaft nach dem Budgetplan einschließlich eines Vortrages aus 2012 insgesamt 2.782.692 € (Vortrag aus Plan 306.427 €) Erträge zur Verfügung. Die Gesellschafter stellen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung einen Sockelbeitrag (ohne Tourismus) in Höhe von 544.574 € zur Verfügung. An den Zusatzbeiträgen für 2013 haben sich die Kreise Gütersloh, Herford und Minden-Lübbecke nicht beteiligt, so dass von den Gebietskörperschaften und der Wirtschaft je 56.135 € zur Verfügung standen. Die Wirtschaft hat in 2013 insgesamt 268.750 € an Geldleistungen zu erbringen. Der Restbetrag von insgesamt 59.385 € kann über die Finanzierung von Projekten erfolgen. Der Gesellschaft standen somit Gesellschafterbeiträge für die Finanzierung der Kernaufgaben in Höhe von 597.459 € als Geldleistung und 59.385 € als Sachleistung zur Verfügung.

Die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2013 grundsätzlich planmäßig entwickelt. Die Bilanzsumme hat sich um rd. 12.400 € vermindert. Die Eigenkapitalquote beträgt 32,9 % (Vorjahr 35,6 %). Die Jahresergebnisse der einzelnen Rechnungskreise haben unterschiedliche Vorzeichen. Insgesamt erzielt die Gesellschaft jedoch einen Jahresfehlbetrag von 32.403,29 €. Geplant war ein Jahresfehlbetrag von 101.672 €. Die Ursachen liegen darin, dass einige Projekte nicht umgesetzt werden konnten.

Der von der Gesellschafterversammlung eingeschlagene Weg einer strukturellen Weiterentwicklung incl. einer mittelfristigen Erhöhung des Budgets der Gesellschaft in den Geschäftsjahren 2012, 2013 und 2014 wurde weiter getrieben. Angestrebt wird eine Erhöhung des Budgets um jährlich 50.000 € je Gesellschafterseite. Dies würde eine jährliche Budgeterhöhung um 100.000 € auf dann im Jahr 2014 insgesamt 840.000 € ermöglichen. Mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2014 im November 2013 haben vier der sieben Gebietskörperschaften für 2014 eine Erhöhung beschlossen. Wirtschaft und Wissenschaft legen entsprechend nach. Allerdings muss laut Geschäftsführung über einen mittelfristigen Finanzierungsplan eine Finanzierungssicherheit hergestellt werden.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend dynamischer werdenden Standortwettbewerbs geht es in den nächsten Jahren darum, die gesamtregionale Entwicklungsanstrengung zu stärken und so OstWestfalenLippes Position im Standortwettbewerb zu sichern; wobei sich der zu erwartende Bedarf an Fach- und Führungskräften als zusätzlich große Herausforderung darstellt. Der größte Erfolg und Garant für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges ist die erfolgreiche Umsetzung des Clusters it´s OWL. Mit it´s OWL – „Intelligente Technische Systeme OstWestfalenLippe“ - wurde nicht nur ein erfolgreiches inhaltliches Konzept aufgesetzt, sondern durch die konstruktive Zusammenarbeit von insgesamt 174 Projektpartnern auch eine bisher nicht dagewesene Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft umgesetzt. Insgesamt hat das Projekt bereits jetzt einen großen Impuls in die Region hinein gegeben. Die Umsetzung lässt weitere Impulse erwarten.

Das Gesamtbudget der OWL GmbH im Jahr 2014 umfasst ohne Liquiditätsvortrag von 0,13 Mio. € ca. 2,65 Mio. €. Es soll finanziert werden durch Einnahmen von 2,52 Mio. € und einer Entnahme aus dem Gewinnvortrag von 0,26 Mio. €, so dass insoweit ein Jahresfehlbetrag für 2014 von ca. 0,13 Mio. € geplant ist.

Da die Gesellschafterbeiträge durch öffentliche Gebietskörperschaften erfolgen, besteht das generelle Risiko, dass diese Zahlungen Beihilfen im Sinne des Europarechts darstellen, was möglicherweise zu einer Verpflichtung zur Rückforderung dieser Zahlungen führen würde. Eine solche Rückzahlungsverpflichtung wäre eine Existenzbedrohung der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wurde eine beihilferechtliche Stellungnahme insbesondere auch die Erforderlichkeit eines Betrauungsaktes durch einen Fachanwalt eingeholt. In einer Stellungnahme der Bezirksregierung wurde festgestellt, dass die Risikoabwägung zu den einzelnen Tätigkeitsbereichen zeigt, dass einiges dafür spricht, dass eher verwaltungsähnliche Tätigkeiten übernommen werden, aber auch ein Beihilferisiko besteht. Auf der Gesellschafterversammlung am 29.11.2013 haben die Gesellschafter beschlossen, die Absicht, einen Betrauungsakt vorzunehmen, zu unterstützen. Die Gesellschafter haben sich verpflichtet, dieses Vorhaben ihren jeweiligen Gremien vorzuschlagen. Die Abfassung eines entsprechenden Betrauungsdokuments soll von einer Anwaltskanzlei vorgenommen werden.

Personalbereich

Die Gesellschaft beschäftigt im Durchschnitt 28 Mitarbeiter (Vorjahr 27 Personen). Darüber hinaus werden sporadisch Praktikanten beschäftigt. Zum Jahresende betrug die Mitarbeiterzahl 29 Personen (Vorjahr 27 Personen).

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Zur Bestreitung anteiliger Geschäftskosten der OWL Marketing GmbH wurden seit 2007 rd. 54 TEUR aufgewendet. Seit dem Jahr 2008 war darin auch der Beitrag für den Teutoburger Wald Tourismus e. V. enthalten, der in die OWL Marketing GmbH integriert wurde. Ab dem Jahr 2010 wurde der Beitrag aufgrund der stärkeren Vermarktung der touristischen Dachmarke Teutoburger Wald auf 59 TEUR angehoben. Der Ansatz wurde für das Haushaltsjahr 2012 auf 66.800 € erhöht. Der höhere Anteil resultierte aus einer geplanten Neuausrichtung der OWL-Marketing-GmbH. Diese wurde jedoch nicht realisiert, da einzelne OWL-Kreise sich nicht in der Lage sahen, dem vorgelegten Konzept inklusive der finanziellen Aufstockung des Budgets zuzustimmen. Für die Jahre 2013 und 2014 wurde daher zunächst ein Beitrag in Höhe von 61.000 € eingeplant. In seiner Novembersitzung entscheidet der Kreistag (DS-Nr. 3933) über eine Erhöhung des Zuschussbudgets um rd. 25 T€ ab dem Haushaltsjahr 2015.

Am Kompetenzzentrum Frau und Beruf bei der OWL-GmbH beteiligt sich der Kreis Gütersloh seit 2012 mit einem Betrag von jährlich rd. 6.200 € (DS-Nr. 3147). Über die Fortführung des Kompetenzzentrums nach dem 31.12.2014 entscheidet der Kreistag ebenfalls in seiner Novembersitzung (DS-Nr. 3932).

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	110.778,00	76.878,00	47.219,00
Sachanlagen	37.093,00	34.726,00	31.139,00
Finanzanlagen	28.478,00	28.478,00	28.478,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	168.563,62	193.409,52	166.898,23
Liquide Mittel	717.675,55	662.970,20	707.975,09
Aktive Rechnungsabgrenzung	14.456,74	18.059,88	20.442,86
	1.077.044,91	**1.014.521,60**	**1.002.152,18**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	28.700,00	28.700,00	28.700,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	391.555,15	329.274,40	333.450,43
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-62.280,75	4.176,03	-32.403,29
Sonderposten	123.837,00	94.412,00	59.747,00
Rückstellungen	388.934,54	379.328,65	468.084,66
Verbindlichkeiten	173.129,47	145.460,66	119.806,88
Passive Rechnungsabgrenzung	33.169,50	33.169,86	24.766,50
	1.077.044,91	**1.014.521,60**	**1.002.152,18**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 32,9 % (Vorjahr: 35,7 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	1.796.452,66	1.572.079,23	1.497.948,14
sonstige betriebliche Erträge	634.808,14	732.212,99	650.778,38
Materialaufwand	-960.009,36	-695.696,06	-515.207,36
Personalaufwand	-1.123.711,89	-1.265.846,68	-1.339.943,54
Abschreibungen	-14.071,01	-12.288,49	-9.991,37
sonstige betriebliche Aufwendungen	-400.336,72	-326.083,05	-316.200,53
Erträge aus anderen Wertpapieren	841,00	616,25	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.855,43	2.219,15	1.320,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-2.848,40	-672,24
sonstige Steuern	-109,00	-188,91	-435,42
Jahresergebnis:	**-62.280,75**	**4.176,03**	**-32.403,29**

3.6.2 Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Gütersloh

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks. Danach sind die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Weiterhin sind der Veranstaltergemeinschaft, die neben der Betriebsgesellschaft die Zweite Säule des lokalen Rundfunks in NRW darstellt (siehe nachstehendes Organigramm), die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Finanzmittel und Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen. Zum Unternehmenszweck der Betriebsgesellschaft gehört zudem die Verbreitung von Hörfunkwerbung.

Veranstaltergemeinschaft	Verbindungsbrücken	**Betriebsgesellschaft**
Gemeinwohlverpflichteter Verein		Gesellschafter
Alleinige Veranstalterin des Programms Lokaler Rundfunk-Mitglieder pluralistisch nach Gesellschafter relevanten Gruppen zusammengesetzt	Vertragliche Vereinbarung nach §§ 58 Abs. 3 und 60 LMG NRW	Vorrangiger Zugang für Lokalpresse
Zulassungsnehmer und Programmveranstalter	Chefredakteur	Beschaffung und Vorhaltung der Technik
alleinige Verantwortlichkeit für das Programm	Stellenplan/ Wirtschaftsplan	Sicherstellung von Personal, Organisation und Finanzierung aus Werbung
Arbeitgeber der Redakteure	Teilnahmerecht an Sitzungen	Arbeitgeber der Funkwerbeberater
Ausrichtung auf Info-Pluralität	Vereinbarung über Rahmenprogramm	Presseschutz
Gemeinwohlorientierung	Aufwandsdeckung Sparsamkeit	Gewinnorientierung

Öffentlicher Zweck

Nach den landesmedienrechtlichen Vorschriften wird Rundfunk als Medium und Faktor des Prozesses freier Meinungsbildung und als Sache der Allgemeinheit verbreitet und insofern als öffentliche Aufgabe wahrgenommen (§ 31 Landesmediengesetz). Lokaler Hörfunk ist nach § 53 Landesmediengesetz dem Gemeinwohl verpflichtet. Hieraus ergibt sich auch für die Betriebsgesellschaft eines lokalen Rundfunksenders, die die technischen und wirtschaftlichen Ressourcen für den Sendebetrieb bereitstellt, per jure die öffentliche Zwecksetzung, so dass nach § 59 Landesmediengesetz § 107 GO bei der Frage der Beteiligung einer Kommune an einer Betriebsgesellschaft keine Relevanz hat.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 520.000 €. Der Kreis Gütersloh ist gemeinsam mit den kreisangehörigen Gemeinden mit 130.000 € an der Gesellschaft beteiligt (siehe hierzu näher auch 3.6.2.1). Der relative Gesellschaftsanteil des Kreises beträgt 25 %. Der Kreis Gütersloh ist der einzige öffentlich-rechtliche Gesellschafter. Im übrigen sind die regionalen Zeitungen an der Betriebsgesellschaft beteiligt.

Gesellschafter	Gesellschaftsanteil
Die Glocke	32,71 %
Neue Westfälische	27,04 %
Kreis Gütersloh	25,00 %
Haller Kreisblatt	15,25 %

Organe

Bei der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG handelt es sich um eine Kommanditgesellschaft. Der Kreis ist in diesem Fall (wie die o. g. Zeitungsverlage) Kommanditist oder Mitunternehmer der Gesellschaft. Die Geschäftsführung wird von der Radio Gütersloh Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH vorgenommen. Die den Kommanditisten nach dem Gesellschaftsvertrag und dem Handelsgesetzbuch zustehenden Rechte üben sie in der Gesellschafterversammlung aus. In die Gesellschafterversammlung haben der Kreis Gütersloh und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden 5 Vertreter/innen entsandt:

Vertreter/innen aus dem Kreistag	Stellvertreter/innen aus dem Kreistag
Sven-Georg Adenauer	Ingo Kleinebekel
Dr. Christine Disselkamp	Anja Toppmöller
Ute Jost	Jochen Gürtler
Vertreter/innen aus den Stadt- u. Gemeinderäten	**Stellvertreter/innen aus den Stadt- u. Gemeinderäten**
Michael Meyer-Hermann	Atila Kirbas
Hubert Erichlandwehr	Knut Weltlich

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Betriebsgesellschaft hat das Geschäftsjahr 2013 mit einem Überschuss von rd. 205 T€ abgeschlossen. Die Umsatzerlöse von Radio Gütersloh stiegen geringfügig von 2.090 T€ in 2012 um 7 T€ auf 2.097 T€ in 2013 (plus 0,3 %).

Die Erlöse aus Spotsendungen (Funkkombi OWL+, Einzelbelegung des Senders und Sonderwerbeformen) nahmen von 1.453 T€ um 12 T€ auf 1.465 T€ zu (plus 0,9 %). Der Erlös aus der Lokalfunk Kombi Westfalen (LKW) nahm dagegen von 24 T€ um 1 T€ auf 23 T€ ab (minus 3,8 %).

Die auf Radio Gütersloh entfallende Vertriebsprovision von radio NRW verminderte sich von 588 T€ um 74 T€ auf 514 T€ (minus 12,6 %). Die Mindereinnahme in dieser Größenordnung ist hauptsächlich auf eine Verschlechterung des Geschäftsergebnisses bei der radio NRW GmbH zurück zu führen. Die Gesamtvergütung von radio NRW an die 44 NRW-Lokalradios hat sich von 24,3 Mio. € in 2012 um 2,1 Mio. € auf 22,3 Mio. € in 2013 vermindert (minus 8,0 %). Die durchschnittliche Stundenreichweite von Radio Gütersloh war im Vergleich der EMA 2012 I zur EMA 2013 I mit 8,45 % konstant geblieben. Damit betrug der Anteil der Betriebsgesellschaft an der Gesamtausschüttung der Vertriebsprovision von radio NRW im Jahr 2013 2,31 % (Vorjahr: 2,42 %). Erstmals seit mehreren Jahren hat radio NRW 2013 eine „Überhangwerbung“ für die Bereitstellung von zusätzlicher lokaler Werbezeit für landesweite Werbespots vergütet, und zwar pauschal 2 Mio. € für alle 44 Vertragspartner nach einem Verteilschlüssel analog zur BG-Vergütung. Dies brachte der BG 2013 eine Zusatzeinnahme von 46 T€. Der Erlös aus Werbeveranstaltungen stieg um 16 T€ auf 47 T€ (plus 50,4 %).

Der Materialaufwand nahm von 1.061 T€ um 46 T€ auf 1.107 T€ zu (plus 4,4 %). Die Aufwendungen für den Vertragspartner Veranstaltergemeinschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17 T€ auf 643 T€ (plus 2,7 %). Hauptursache ist eine Ausweitung des lokalen Programms seit September. Die

(Personal-)Aufwendungen für die Mediaberatung durch ams stiegen um 21 T€ auf 202 T€ (plus 11,9 %), insbesondere weil die Media-Assistenz am Standort Gütersloh im Zuge eines Personalwechsels von Teil- auf Vollzeit aufgestockt worden ist, um die Mediaberater im Backoffice stärker als bisher zu unterstützen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 44 T€ auf 683 T€ zu (plus 6,9 %). Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen gestiegene Werbe- und Vertriebskosten sowie eine Erhöhung der Raummiete (erstmals nach mehreren Jahren).

Die Abschreibungen auf Anlagen sanken um 23 T€ auf 62 T€ (minus 27,4 %).

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in 2013 bildeten Anschaffungen in den Bereichen Sendebetriebstechnik und Telekommunikation. So wurden z. B. alle Redaktionsarbeitsplätze mit einem Audioschnittsystem ausgestattet und die veralteten Reportagekoffer durch leichter und schneller zu handhabende ipads ersetzt. Die Gesamtinvestitionssumme 2013 betrug 23 T€.

Die Veranstaltergemeinschaft hat als Reaktion auf gesunkene Hörerakzeptanz im September 2013 das Programmschema geändert und das lokale Programm ausgeweitet. Die Redaktion produziert seitdem werktags zwischen 6 und 12 Uhr sowie zwischen 16 und 19 Uhr insgesamt neun Stunden lokales Programm. Im zunehmenden Wettbewerb erweist sich die Stärkung des Alleinstellungsmerkmals „Lokales“ für ein Lokalradio als probates Mittel, um die Marktführerschaft auf dem örtlichen Hörermarkt zu verteidigen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist gut. Die nominelle Eigenkapitalausstattung ist gut. Zur Absicherung eventueller Verluste in den Folgejahren besteht unverändert eine Gewinnrücklage in Höhe von 250 T€. Während des Geschäftsjahres 2013 standen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung. Auf die Einforderung von Gesellschafterdarlehen konnte verzichtet werden. Zahlungsbereitschaft war stets gegeben.

Mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 2013 und mit dem wirtschaftlichen Ergebnis ist die Geschäftsführung nicht zufrieden. Der Jahresüberschuss nach Steuern sank auf Grund gestiegener Kosten von 272 T€ in 2012 um 67 T€ auf 205 T€ in 2013 (minus 24,5 %). Die Umsatzrendite betrug 9,8 % (Vorjahr 13,0 %). Aus Sicht der Geschäftsführung ist das unter den Rahmenbedingungen auf dem NRW-Lokalfunkmarkt noch als sehr positiv zu bewerten.

Die Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG erwartet auch für das Geschäftsjahr 2014 ein positives Geschäftsergebnis. Ambitioniertes Ziel ist ein Jahresüberschuss von 227 T€ nach Steuern. Die Stundenreichweite von Radio Gütersloh nahm im Vergleich der EMA 2013 I zur EMA 2014 I deutlich von 8,45 % auf sehr gute 10,83 % zu. Damit beträgt der Anteil der Betriebsgesellschaft an der Gesamtausschüttung der Vertriebsprovision von radio NRW im Jahr 2014 2,83 % (Vorjahr: 2,31 %). Der Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) geht für 2014 von einem weiteren Wachstum des Gesamtwerbemarktes aus. Radio NRW kalkuliert für 2014 erneut mit einer deutlichen Verschlechterung seiner Erlössituation und geht in seiner Etatplanung von einer Gesamt-BG-Vergütung an die 44 Vertragspartner in Höhe von 20,5 Mio. € aus, was einen Rückgang gegenüber 2013 in Höhe von 1,7 Mio. € oder 7,7 % bedeuten würde.

Die Stimmung auf dem lokalen/regionalen Markt ließ zum Ende des Berichtsjahres erwarten, dass auf der lokalen Ebene 2014 mit relativ stabilen Erlösen zu rechnen ist.

Personalbereich

Die Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von AUDIO MEDIA SERVICE, Bielefeld, erledigt.

Bei der mit der Betriebsgesellschaft vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Gütersloh e. V. waren auf Basis eines jährlich zu verabschiedenden Stellen- und Wirtschaftsplanes im Berichtsjahr unverändert 1 Chefredakteur, 4 Redakteure, 2 Volontäre und 1 Redaktionsassistent in Vollzeit als Angestellte beschäftigt. Mit Ausnahme des Chefredakteurs fallen die fest angestellten Mitarbeiter unter den Tarifvertrag für die Angestellten im Lokalfunk NRW. Die über den Stellen- und Wirtschaftsplan eingestellten Mittel umfassen auch Aufwendungen für

Arbeitgeberanteile an Lohn und Gehalt, Berufsgenossenschaft, Ausbildung, Honorare für freie Mitarbeiter sowie Beiträge für die Künstlersozialkasse.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Von dem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von rd. 205 T€ entfallen 25 % oder rd. 51 T€ auf den Kreis und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. 50 % davon verbleiben im Kreishaushalt, so dass vor Steuern ein Ertrag von rd. 26,5 T€ erzielt wird.

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.842,00	6.901,00	15.586,00
Sachanlagen	242.047,00	169.336,00	121.007,00
Finanzanlagen	25.663,92	25.663,92	25.663,92
Vorräte	32.474,97	36.067,94	30.309,18
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	530.013,65	797.360,31	771.273,32
Liquide Mittel	611.086,75	292.031,75	311.954,08
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.625,00	0,00	0,00
	1.453.753,29	**1.327.360,92**	**1.275.793,50**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	520.000,00	520.000,00	520.000,00
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	250.230,05	250.230,05	250.230,05
Sonderposten	25.663,92	25.663,92	25.663,92
Rückstellungen	51.318,85	23.527,00	24.405,00
Verbindlichkeiten	606.540,17	507.939,95	455.494,53
	1.453.753,29	**1.327.360,92**	**1.275.793,50**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 60,3 % (Vorjahr: 58 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	2.163.836,78	2.089.932,98	2.096.863,39
sonstige betriebliche Erträge	6.753,15	22.075,41	4.218,94
Materialaufwand	-1.062.385,76	-1.060.694,66	-1.107.181,76
Abschreibungen	-66.658,42	-85.825,47	-62.344,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	-708.188,74	-639.328,46	-683.127,69
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.542,91	1.098,54	182,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15.901,06	-9.558,23	-9.609,15
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-45.537,00	-45.450,00	-33.323,00
sonstige Steuern	-556,06	-572,90	-611,73
Jahresüberschuss:	**275.905,80**	**271.677,21**	**205.067,40**

3.6.2.1 Kommunale Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh, Gütersloh

Wie unter 3.6.2 bereits erwähnt, hält der Kreis Gütersloh 25 % des Gesellschaftskapitals der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG. Es handelt sich dabei nach den Bestimmungen des Landesrundfunkgesetzes um den öffentlich-rechtlichen Körperschaften zustehenden Maximalanteil. Neben den Kreisen haben auch Städte und Gemeinden die Möglichkeit, sich an lokalen Rundfunksendern zu beteiligen. Im Zuge der Gründung von Radio Gütersloh haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden diese Absicht auch bekundet. Eine unmittelbare Beteiligung aller 14 Kommunen im Kreis Gütersloh hätte allerdings bedeutet, dass der „öffentlich-rechtliche Anteil“ von maximal 25 % am Gesellschaftskapital der Betriebsgesellschaft in viele kleine Geschäftsanteile unterteilt worden wäre. Um die Interessen der öffentlichen Hand in der Gesellschafterversammlung der Betriebsgesellschaft zu bündeln, hat man sich seinerzeit entschlossen, dass im Außenverhältnis lediglich der Kreis Gütersloh Gesellschafter der Betriebsgesellschaft wird. An dem auf den Kreis entfallenden Gesellschaftskapital in Höhe von 130.000 € hat der Kreis die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 % unterbeteiligt. Diese Unterbeteiligung ist durch die Gründung der Gesellschaft „Kommunale Beteiligung Lokalfunk“ in eine feste Rechtsform gekleidet worden. Die Gesellschaft hat den Zweck, den Gemeinden die Beteiligung an der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft in Form der Unterbeteiligung zu ermöglichen und die Interessen von Kreis und Gemeinden an der Lokalfunkbeteiligung abzustimmen. Zudem bestimmt die Gesellschafterversammlung, welche gemeindlichen Vertreter/innen (zwei Personen) in die Gesellschafterversammlung der Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft entsandt werden (siehe 3.6.2). Ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse, das zu eigenen Einnahmen und Ausgaben führt, verfolgt die Gesellschaft nicht.

Die Gesellschaftsbeschlüsse werden in der Gesellschafterversammlung getroffen. Der Kreis Gütersloh wird von folgenden Kreistagsmitgliedern in dem Gremium vertreten:

Vertreter/in	Stellvertreter/in
Sven-Georg Adenauer	Ingo Kleinebekel
Helmut Kaltefleiter	Liane Fülling

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergeben sich nicht.

3.6.3 pro Wirtschaft GT GmbH, Gütersloh

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Gestaltung und Begleitung des Strukturwandels im Kreis Gütersloh durch Maßnahmen der indirekten Wirtschaftsförderung mit dem Ziel, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gesellschaft wird nur tätig, soweit dem vorgenannten Zweck unterfallende Aufgaben nicht schon durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden wahrgenommen werden oder durch gesetzliche Zuständigkeitsregelungen anderen Körperschaften, Anstalten oder ähnlichen Einrichtungen obliegen (Grundsatz der Subsidiarität).

Zur Förderung und Erfüllung der Aufgaben darf sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Vereinigungen nur dann beteiligen, wenn es dem Gesellschaftszweck unmittelbar dient. Dabei ist sicherzustellen, dass die Haftung auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist.

Öffentlicher Zweck

Die Pro Wirtschaft GT gehört zu den öffentlichen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung im Sinne von § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Insofern handelt es sich hier rechtstechnisch um eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit, so dass der öffentliche Zweck nicht gesondert darzulegen ist.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 50.000 €.

Die Gesellschafterstruktur stellt sich zur Zeit wie folgt dar:

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital
Kreis Gütersloh	25.500 €
Wirtschaftsinitiative Kreis Gütersloh e. V.	12.500 €
Stadt Borgholzhausen	300 €
Stadt Gütersloh	3.250 €
Stadt Halle (Westf.)	700 €
Stadt Harsewinkel	800 €
Gemeinde Herzebrock-Clarholz	550 €
Gemeinde Langenberg	250 €
Stadt Rheda-Wiedenbrück	1.600 €
Stadt Rietberg	1.000 €
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	900 €
Stadt Verl	850 €
Gemeinde Steinhagen	700 €
Stadt Versmold	700 €
Stadt Werther (Westf.)	400 €

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

a) die Gesellschafterversammlung und
b) die Geschäftsführung.

Auf die Möglichkeit der Bildung eines Beirates wurde bisher verzichtet.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung:

Mitglied	StellvertreterIn
Landrat Sven-Georg Adenauer	Kreisdirektorin Susanne Koch
Dr. Heinz-Josef Sökeland	Dr. Martina Schwartz-Gehring
Liane Fülling	Elvan Korkmaz
Helga Lange	Birgit Niemann-Hollatz
Udo Hemmelgarn	Michael zur Heiden
Johannes Sieweke	Dr. Annegret Schütze

Geschäftsführer der pro Wirtschaft GT GmbH ist Herr Albrecht Pförtner.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die pro Wirtschaft GT GmbH hat im Jahr 2013 ein riesiges Arbeitspensum absolviert. Die Realisierung des MINT-Technikums in Verl, der neue Film über den Kreis Gütersloh, das Projekt Ausbildung sowie die Unterkunftsdatenbank sind nur einige Beispiele dafür.

Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen aus dem Zuschuss des Kreises Gütersloh sowie dem Beitrag der Wirtschaftsinitiative Kreis Gütersloh e. V.. Diese Beträge sind als „festes“ bzw. „Kernbudget“ einzustufen. Die weitere Finanzierung erfolgt über Sponsoring, wobei der Betrag der Kreissparkasse Wiedenbrück in Abhängigkeit von der Ertragskraft als annähernd gesichert einzustufen ist. Weitere Mittel von weiteren Partnern werden in Abhängigkeit von konkreten Projekten einzuwerben sein.

Die Gesellschaft erzielte im Wirtschaftsjahr 2013 erstmalig einen Verlust in Höhe von 13 T€. Aufgrund der mit den Gesellschaftern abgestimmten Projekte ist dieser Verlust planmäßig eingetreten.

Die liquiden Mittel der Gesellschaft entwickelten sich von rd. 485 T€ zum Ende des Vorjahres auf rd. 492 T€ zum Ende des Berichtsjahres. Eine Fremdfinanzierung der Gesellschaft ist weiterhin nicht vorgesehen.

Die Risiken der Gesellschaft sind derzeit überschaubar. Die Grundfinanzierung der Gesellschaft über den Zuschuss des Kreises Gütersloh ist bis einschließlich 2014 sichergestellt. Die Wirtschaftsinitiative hat für das Jahr 2014 einen Zuschuss in Höhe von 60 T€ in Aussicht gestellt. Durch die relativ hohe Liquidität der Gesellschaft sind unter gleichen Rahmenbedingungen für die kommenden zwei Jahre keine besonderen Risiken zu erwarten. Generell ist festzustellen, dass die Einnahmenseite zu verbessern ist, um operativ handlungsfähig bleiben zu können.

Die pro Wirtschaft GT GmbH erhält Zuwendungen des Hauptgesellschafters Kreis Gütersloh. Unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AUEV) kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich auf Grund dessen eine Rückzahlungsverpflichtung für erhaltene Beihilfen ergibt. Das könnte theoretisch auch die Geschäftsjahre 2006 bis 2012 betreffen. Insgesamt wird das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung unter Bezugnahme auf die derzeitige EU-rechtliche Situation als gering eingestuft. Ein Verstoß gegen die Vorschriften würde dann vorliegen, wenn die pro Wirtschaft GT im Zusammenhang mit der Beihilfe wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und damit den Wettbewerb der EU verfälschen würde.

Im Jahr 2013 hat der Hauptgesellschafter Kreis Gütersloh einen sogenannten „Betrauungsakt“ der pro Wirtschaft GT beschlossen, um die Zuwendungen beihilferechtlich für die Zukunft zu legitimieren und weitgehende Rechtssicherheit zu erlangen. Die pro Wirtschaft GT wurde im Rahmen eines Verwaltungsaktes durch den Kreis Gütersloh mit den EU-konformen Aufgaben der Wirtschaftsförderung betraut. Hierbei handelt es sich um ein gängiges, den Anforderungen der EU entsprechendes Verfahren.

Die Geschäftsführung hat in den letzten Jahren vielfach mündlich und auch schriftlich darauf hingewiesen, dass die pro Wirtschaft GT GmbH für den Umfang ihrer Aufgaben nicht ausreichend finanziert ist. Der erstmalige Verlust des Wirtschaftsjahres 2013 beweist diese Aussage. Die Gesellschafterversammlung bzw. die Hauptgesellschafter haben diesen Umstand im Jahr 2013

aufgegriffen und möchten in 2014 Beschlüsse fassen, die Klarheit für die mittelfristige Zukunft erwarten lassen können.

Inhaltlich wird der am 11. Dezember 2013 verabschiedete Wirtschaftsplan und die dortigen Maßnahmen und Projekte Schwerpunkt der Arbeit sein. Generell muss beachtet werden, dass eine regionale Wirtschaftsförderung neben den „eigengesteuerten“ Projekten immer wieder mit Ansprachen, Ansprüchen und konkreten Projekten aus den Städten und Gemeinden, der Politik oder der OWL-Ebene konfrontiert wird.

Personalbereich

Im Geschäftsjahr 2013 waren durchschnittlich 7 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die Gesellschaft erhält seit 2006 jährlich einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 400 T€. Die bei der pro Wirtschaft GT GmbH eingerichtete Geschäftsstelle des „Bündnisses für Familie im Kreis Gütersloh“ wird bis einschließlich 2014 mit 35 T€ unterstützt. Daneben werden 5 T€ an Raumkosten bereitgestellt. Für die vom Kreis Gütersloh stammenden Mitarbeiter erfolgt eine Personalkostenerstattung.
Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 20.11.2013 (DS-Nr. 3654) einstimmig das strukturelle Finanzierungsdefizit der pro Wirtschaft GT GmbH anerkannt. Die Höhe des Ausgleichs sollte jedoch der neue Kreistag festlegen. In seiner Novembersitzung entscheidet der Kreistag über eine Aufstockung des Finanzbedarfs um 135 T€ auf insgesamt 570 T€ (DS-Nr. 3932).

Bilanzen:

Aktiva:	2011	2012	2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.252,00	8.189,00	12.425,50
Sachanlagen	7.223,00	8.442,00	5.785,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.199,24	60.589,60	26.527,07
Liquide Mittel	488.305,39	485.449,12	492.302,34
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.207,96	2.252,82	3.262,57
	515.187,59	**564.922,54**	**540.302,48**

Passiva:	2011	2012	2013
Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	227.166,46	305.440,61	347.184,77
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	78.274,15	41.744,16	-13.284,03
Rückstellungen	148.535,00	146.750,00	129.605,00
Verbindlichkeiten	11.211,98	20.987,77	26.796,74
	515.187,59	**564.922,54**	**540.302,48**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2013 bei 71,1 % (Vorjahr: 70,3 %).

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2011	2012	2013
Umsatzerlöse	937.401,48	966.869,44	917.813,54
sonstige betriebliche Erträge	11.544,73	15.109,38	6.382,78
Personalaufwand	-425.168,14	-431.289,12	-438.969,93
Abschreibungen	-2.889,18	-6.547,00	-10.308,93
sonstige betriebliche Aufwendungen	-446.905,88	-505.673,88	-489.942,07
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.299,06	3.277,27	1.740,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7,92	-1,93	0,00
Jahresüberschuss:	**78.274,15**	**41.744,16**	**-13.284,03**

3.6.4 Wege durch das Land gemeinnützige GmbH

Gesellschaftszweck

Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages, durch Veranstaltungen und Veröffentlichung der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfest „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln.

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Sie wird nach den Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes, allerdings ohne die Absicht der Gewinnerzielung, geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 28.000 €.

Der Kreistag des Kreises Gütersloh hat am 30.11.2009 den Beschluss gefasst, dass der Kreis Gütersloh sich an der Gründung der Gesellschaft „Wege durch das Land gemeinnützige GmbH“ beteiligt.

Die Gesellschafterstruktur stellt sich zur Zeit wie folgt dar:

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital
Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V.	11.000 €
Landesverband Lippe	3.000 €
Kreis Lippe	4.000 €
Kreis Paderborn	2.000 €
Kreis Höxter	2.000 €
Kreis Minden-Lübbecke	2.000 €
Kreis Gütersloh	2.000 €
Stadt Bielefeld	2.000 €

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

a) die Gesellschafterversammlung und
b) die Geschäftsführung.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung:

Mitglied	Stellvertreter
Kreisdirektorin Susanne Koch	Jan Focken

Geschäftsführerin der Gesellschaft ist die Leiterin des Literaturbüros OWL, Frau Dr. Labs-Ehlert..

Wirtschaftliche Entwicklung

Da der Jahresabschluss 2013 zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vorlag, wird an dieser Stelle über das Jahr 2012 berichtet. Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen umfassen die Jahre 2010 bis 2012.

In der Zeit vom 11.05. bis 28.07.2012 fand zum 13. Mal das vom Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe n Detmold e.V. gegründete Literatur- und Musikfest statt. An 17 verschiedenen Orten gab es 33 Veranstaltungen. Erstmals wurde ein Schauspieler in Residence berufen und es fand ein erster Kurs

der Akademie der Lesenden Künste statt. Diese in 2012 eingeführten Neuerungen schärften das Profil des Literatur- und Musikfestes und trugen maßgeblich dazu bei, das Erleben der Künste in heutiger Zeit zu vertiefen. „Wege durch das Land“ wurde ausgezeichnet als „ausgewählter Ort 2012“ von „Deutschland.Land der Ideen“.

Die Gesellschaft ist eine nicht erwerbswirtschaftlich ausgerichtete gemeinnützige GmbH. Bei Betrachtung der Ertragslage geht es somit nicht um Rentabilität, sondern um die Überprüfung, ob der Wirtschaftsplan ausgeglichen ist.
Die Projektkosten (Erlöse und Aufwendungen) sind insgesamt um 6 % höher ausgefallen als geplant, da aufwendige Veranstaltungen aufgrund der großen Nachfrage wiederholt wurden.
Die Veranstaltungswiederholungen führten zu einer Steigerung der Eintrittsgelder. Zudem empfahl die Gesellschafterversammlung in 2012 eine moderate Erhöhung der Eintrittsgelder in der höchsten Kategorie A.
Der Gewinnvortrag 2011 konnte nach Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17.01.2012 zum Ausgleich des Erfolgsplanes genutzt werden, sodass das Ergebnis 2012 einen Bilanzgewinn von 3.187 € aufweist.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaft wird dauerhaft durch das Land NRW unterstützt (zurzeit jährlich 192.000 €). Die acht Gesellschafter zahlen einen jährlichen Zuschuss. Der Kreis Gütersloh hat seinen Gesellschafterzuschuss ab dem Jahr 2012 von jährlich 10.000 € auf 11.000 € erhöht.

Bilanzen:

Aktiva:	2010	2011	2012
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	9.131,00
Sachanlagen	9.404,00	7.447,00	3.783,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.121,76	33.653,74	36.867,22
Liquide Mittel	42.4960,21	30.267,99	34.234,42
	73.985,97	**71.368,73**	**84.015,64**

Passiva:	2010	2011	2012
Gezeichnetes Kapital	28.000,00	28.000,00	28.000,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.081,54	10.438,21	3.187,00
Rückstellungen	9.500,00	17.700,00	18.835,80
Verbindlichkeiten	5.404,43	15.230,52	33.992,84
	73.985,97	**71.368,73**	**84.015,64**

Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2011 bei 39,2 % und im Jahr 2012 bei 37,1 %.

Gewinn- und Verlustrechnungen:

Ertrag/Aufwand	2010	2011	2012
Umsatzerlöse	398.547,78	452.938,15	415.346,07
sonstige betriebliche Erträge	367.000,00	367.145,60	414.172,61
Veranstaltungsaufwand	-639.624,14	-649.138,85	-652.008,14
Personalaufwand	-129.082,47	-140.431,70	-157.106,21
Abschreibungen	-34.083,72	-7.219,06	-8.556,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	-37.252,89	-16.348,17
Zinsaufwendungen	0,00	-2,70	-0,20
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.224,000	871,51	1.152,55
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-7.553,39	-3.903,00
Jahresergebnis:	**-36.018,55**	**-20.643,33**	**-7.251,21**

4. Übersicht über die Eigengesellschaften und Beteiligungsgesellschaften mit den Vertreter/innen in den Organen der Gesellschaft

Beteiligungsgesellschaften laut Beteiligungsbericht

Gremium:	**Mitglieder**	**Persönliche/r Stellvertreter/in**
Hauptversammlung der **RWE AG** in Essen	Bünnigmann, Heinz	Willikonsky, Karin
Gesellschafterversammlung des **Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH** in Essen	Adenauer, Sven-Georg	Kleinebekel, Ingo
Gesellschafterversammlung der **Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH** in Paderborn	Schäfer, Hans Ecks, Ursula Lange, Helga	Kaltefleiter, Helmut Gürtler, Jochen Gohr, Detlef
Aufsichtsrat der **Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH** in Paderborn	Adenauer, Sven-Georg	Kleinebekel, Ingo
Gesellschafterversammlung der **Flughafen Gütersloh GmbH** in Gütersloh	Wiesner, Helen	Spratte, Fritz
Beirat der **Flughafen Gütersloh GmbH** in Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg	
Gesellschafterversammlung der **KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH** in Rheda-Wiedenbrück	Adenauer, Sven-Georg	Koch, Susanne
Aufsichtsrat der **KHW Kommunale Haus und Wohnen GmbH** in Rheda-Wiedenbrück	Adenauer, Sven-Georg	
Mitgliederversammlung der **Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G.,**	Hardieck, Elke	Bölling, Renate
Aufsichtsrat der **Kreiswohnstättengenossenschaft (KWG) Halle (Westf.) e.G.**	Adenauer, Sven-Georg Hardieck, Elke Bölling, Renate	
Gesellschafterversammlung der **wertkreis Gütersloh gGmbH** in Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg Paskarbies, Monika Jost, Ute	Koch, Susanne Feldmann, Helmut Ecks, Ursula

Aufsichtsrat der **wertkreis Gütersloh gGmbH** in Gütersloh	Koch, Susanne Hardieck, Elke Witte, Elisabeth Feldmann, Helmut Schäfer, Hans Köster, Bernhild Ecks, Ursula Gutzeit, Michael Jost, Ute Vincke, Detlef Mantovanelli, Marco Bartkowiak, Arne Holtkamp, Dirk	Schmitz, Judith Kroos, Detlev Sökeland, Dr. Heinrich Josef Adolf, Jürgen Dirks, Klaus Höppner, Günter Wadewitz, Anke Brune, Udo Bölling, Renate Lange, Helga Vincke, Catharina Flore, Johannes Bohnenkamp, Werner
Gesellschafterversammlung der **Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG** in Gütersloh	Koch, Susanne	Kleinebekel, Ingo
Gesellschafterversammlung der **Altenzentrum Wiepeldoorn VerwaltungsGmbH** in Gütersloh	Koch, Susanne	Kleinebekel, Ingo
Gesellschafterversammlung der **Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH (GEGmbH)** in Rheda-Wiedenbrück	Scheffer, Frank Dirks, Klaus Altehülshorst, Bernhard (Vors.) Ecks, Ursula Niemann-Hollatz, Birgit Brinkrolf, Johannes Sieweke, Johannes	Kleinebekel, Ingo Weßling, Arnold Humpert, Matthias Fülling, Liane Schmolke, Thorsten Zur Heiden, Michael
Gesellschafterversammlung der **OstWestfalenLippe Marketing GmbH** in Bielefeld	Disselkamp, Dr. Christine	Pförtner, Albrecht

Gesellschafterversammlung der **Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG** in Gütersloh	**Für den Kreis Gütersloh:** Adenauer, Sven-Georg Disselkamp, Dr. Christiane Jost, Ute **Für die kreisangeh. Städte und Gemeinden:** Meyer-Hermann, Michael Stadt Versmold Erichlandwehr, Hubert Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	 Kleinebekel, Ingo Toppmöller, Anja Gürtler, Jochen Kirbas, Atila Gemeinde Steinhagen Weltlich, Knut Stadt Werther/Westf.
Gesellschafterversammlung der **Kommunalen Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh** in Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg Kaltefleiter, Helmut	Kleinebekel, Ingo Fülling, Liane
Veranstaltergemeinschaft für **Lokalfunk im Kreis Gütersloh e.V.** in Gütersloh	Wiesner, Helen Spratte, Fritz	
Gesellschafterversammlung der **pro Wirtschaft GT GmbH,** in Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg Sökeland, Dr. Heinz-Josef Fülling, Liane Lange, Helga Hemmelgarn, Udo Sieweke, Johannes	Koch, Susanne Schwartz-Gehring, Dr. Martina Korkmaz, Elvan Niemann-Hollatz, Birgit zur Heiden, Michael Schütze, Dr. Annegret

Sonstige Mitgliedschaften im Bereich des privaten Rechts

Gremium:	**Mitglieder**	**Persönliche/r Stellvertreter/in**
Mitgliederversammlung des **Nördlicher Teutoburger Wald, Wiehengebirge, Osnabrücker Land e.V.** in Osnabrück	Pförtner, Albrecht	Gröver, Wilhelm
Kuratorium der **CJD Jugenddorf-Christophorusschule** in Versmold	Kampwerth, Marianne Fülling, Liane	Weßling, Arnold Brune, Udo
Gesellschafterversammlung der **ecowest Entsorgungsverbund Westfalen GmbH**	Scheffer, Frank Altehülshorst, Bernhard	Kleinebekel, Ingo Ecks, Ursula
Mitgliederversammlung der **Musikschule für den Kreis Gütersloh e.V.**, Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg	Focken, Jan

Mitgliederversammlung des **P.-A.-Böckstiegel-Freundeskreis e.V.** in Werther (Westf.)	Adenauer, Sven-Georg	Balsliemke, Beate
Stiftungsrat der **Stiftung Burg Ravensberg,** inBorgholzhausen	Weßling, Arnold	
Mitgliederversammlung des **Westfälischen Heimatbundes e.V.** in Münster	Othengrafen, Ralf	Focken, Jan
Mitgliederversammlung des **Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalen e. V.** in Münster	Othengrafen, Ralf	Focken, Jan
Mitgliederversammlung des **Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg e.V.** in Bielefeld	Othengrafen, Ralf	Focken, Jan
Gesellschafterversammlung der **Wege durch das Land gGmbH** in Detmold	Koch, Susanne	Focken, Jan
Mitgliederversammlung der **Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)** in Köln	Koch, Susanne	Kleinebekel, Ingo
Mitgliederversammlung des **Vereins zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung in Ostwestfalen-Lippe**, Bielefeld	Sökeland, Dr. Heinz-Josef	Niemann-Hollatz, Birgit
Mitgliederversammlung des **Fachverbandes der Standesbeamtinnen und Standesbeamten Westfalen-Lippe e.V.** in Hamm	Schwentker, Dr. Wolfgang	Wullengerd, Simone
Mitgliederversammlung des **Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.** in Berlin	Koch, Susanne	Schmitz, Judith
Mitgliederversammlung **Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.** in Heidelberg	Koch, Susanne	Busche, Lothar
Mitgliederversammlung **Verkehrswacht Kreis Gütersloh e.V.**, Gütersloh	Kuhlbusch, Thomas	Stieg, Detlef
Mitgliederversammlung der **Probierwerkstatt e.V.**, Gütersloh	Koch, Susanne	Mackensen, Gudrun
Mitgliederversammlung der **Nordwestdeutschen Philharmonie e.V.**, Herford	Koch, Susanne	Focken, Jan

Mitgliedschaften im Bereich des öffentlichen Rechts

Gremium:	Mitglieder	Persönliche/r Stellvertreter/in
Verbandsversammlung des **Zweckverbandes INFOKOM Gütersloh** in Gütersloh	Adenauer, Sven-Georg Humpert, Matthias Toppmöller, Anja Wiese, Peter Gürtler, Jochen Goldberg, Jan Gohr, Detlef	Kleinebekel, Ingo Adolf, Jürgen Disselkamp, Dr. Christine Kulage, Ute Tessa Klages, Gert Fülling, Liane Sellenschüttler, Martin
Gesellschafterversammlung der **regio iT GmbH** in Aachen	Adenauer, Sven-Georg	Humpert, Matthias
Aufsichtsrat der **regio iT GmbH** in Aachen	Adenauer, Sven-Georg Humpert, Matthias Unger, Maria	Lohmann, Jürgen
Verbandsversammlung des Zweckverbandes **Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe** in Bielefeld	Adenauer, Sven-Georg	Kleinebekel, Ingo Hunkenschröder, Jutta
Verbandsversammlung des Zweckverbandes **Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe** in Bielefeld	Scheffer, Frank Altehülshorst, Bernhard Schulte, André Korkmaz, Elvan Niemann-Hollatz, Birgit	Rakel, Josef Kaltefleiter, Hemut Wiese, Peter Tönshoff, Klaus Sellenschüttler, Martin
Verbandsversammlung des Zweckverbandes **Naturpark Teutoburger Wald** / **Eggegebirge** in Detmold	Scheffer, Frank	Gröver, Wilhelm
Beirat des Zweckverbandes **Naturpark Teutoburger Wald** / **Eggegebirge** in Detmold	Schäfer, Hans	Gröver, Wilhelm
Beirat der **Höheren Landbauschule der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe** in Herford	Weßling, Arnold	Pförtner, Albrecht

5. Übersicht über die Gesellschaftsanteile und die Beteiligungserträge aus dem Geschäftsjahr 2013 vor Steuern

Beteiligung	Gesellschafts-anteil in %	Beteiligungs-ertrag (kassenwirksam in 2014)
RWE AG	0,00	2.788,00
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,42	0,00
Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH	7,84	0,00
Flughafen Gütersloh GmbH	20,00	0,00
Kommunale Haus und Wohnen GmbH	37,67	49.330,00
Kreiswohnstättengenossenschaft Halle Westfalen eG	10,23	10.650,00
wertkreis Gütersloh gGmbH (vorher: Werkstatt für behinderte Menschen im Kreis Gütersloh gGmbH)	74,00	0,00
Altenzentrum Wiepeldoorn sowie heilpädagogische Kindergärten GmbH & Co. KG	100,00	0,00
Altenzentrum Wiepeldoorn Verwaltungs GmbH	100,00	0,00
Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH	100,00	0,00
OstWestfalenLippe Marketing GmbH	7,14	0,00
Radio Gütersloh Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG (50 % des Ertrages werden an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weitergeleitet.)	25,00	53.104,00
Kommunale Beteiligung Lokalfunk Kreis Gütersloh	50,00	0,00
pro Wirtschaft GT GmbH	51,00	0,00
Wege durch das Land gemeinnützige GmbH	7,14	0,00

Beteiligungsbericht 2013 Kreis Gütersloh

Kreis Gütersloh
Service Finanzen

33324 Gütersloh

Tel: 05241 / 85-1075
Fax: 05241 / 85-1079
Mail: Luise.Meier@gt-net.de

© 2014 Kreis Gütersloh

Die Angaben im Beteiligungsbericht beruhen auf den Gesellschaftsverträgen der Unternehmen, den Geschäftsberichten oder anderen öffentlich zugänglichen Informationen.

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.